

d'Lëtzeburger **Land**

WUO

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#30 64. Jahrgang 28. Juli 2017



5 453000 174663



1 7 0 3 0

3,50€

„Und wenn Cattenom explodiert?“

Der etwas spezielle Windpark in
Oberkorn, eine Bürgerinitiative und
der nervöse grüne Differdinger
Bürgermeister

Projekt statt Party

Wohnungsnot trifft Jugendliche
besonders hart. Angebote wie
Jugendwunnen bieten denen, die nicht
bei den Eltern wohnen können, ein
Zuhause

Quiet politics & regulatory capture

Deux interviews – l'une avec l'ex-
directeur général de la CSSF Jean Guill,
l'autre avec l'historien suisse Thibaud
Giddey – pour comparer l'évolution
de la régulation bancaire en Suisse et
au Luxembourg

photo : Sven Becker

Projekt statt Party

Ines Kurschat

Eines Tages war Schluss. Sandra* wurde von ihrer Mutter vor die Tür der gemeinsamen Wohnung gesetzt. Die Konflikte zwischen den beiden waren zuletzt immer heftiger geworden, so dass sich die Schülerin einer Schule der Nordstad-Gemeinde Ettelbrück ans örtliche Jugendhaus wandte. Bei den Erziehern dort hatte sie bei früheren Familiestreits bereits ein offenes Ohr gefunden. „Zum Glück gab es das Projekt *Jugendwunnen* und es war gerade ein Zimmer frei“, erinnert sich die 25-Jährige im Gespräch mit dem *Land*.

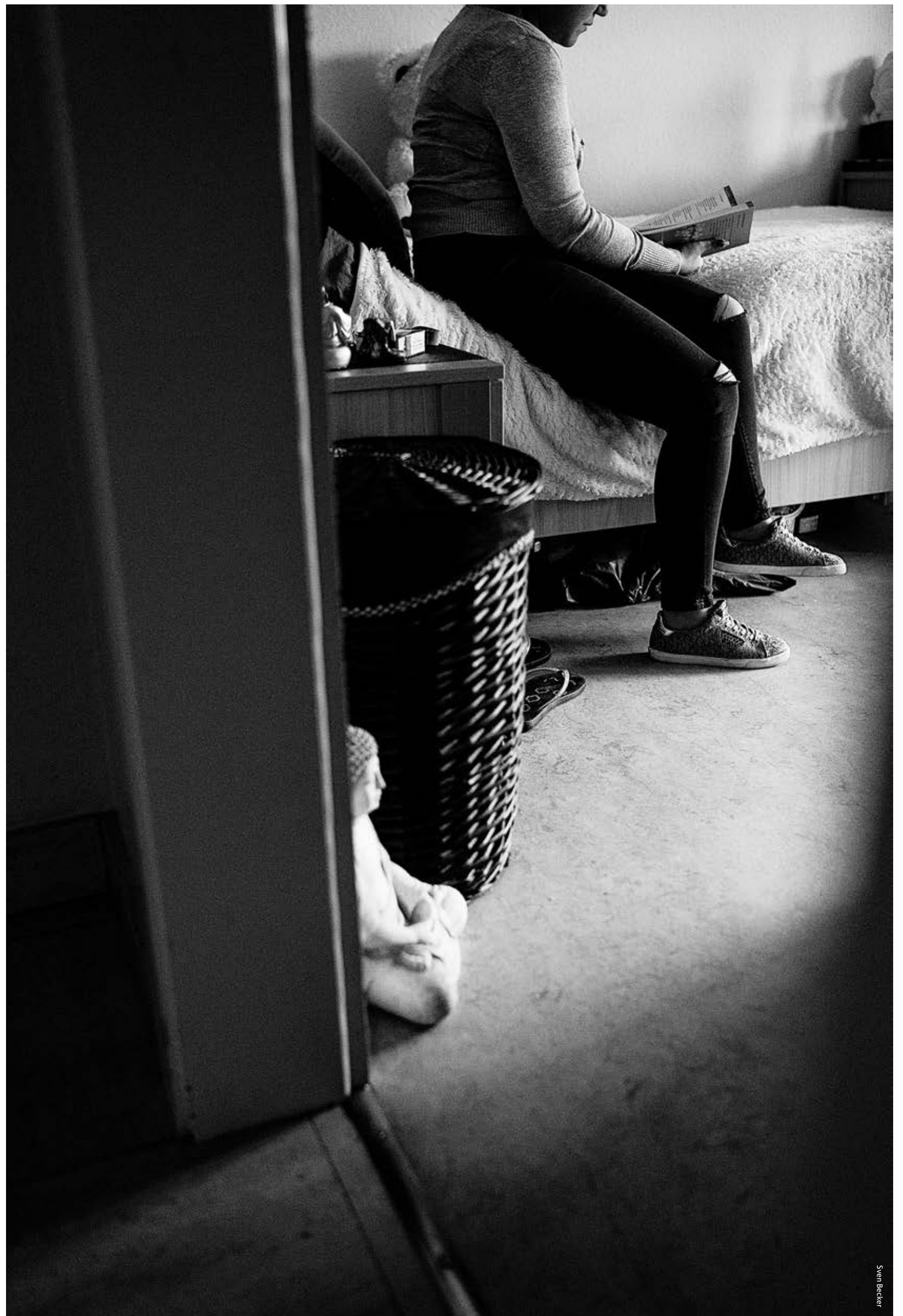
Strenges Auswahlverfahren

Nach einem Gespräch mit den Verantwortlichen, Sozialpädagoge und Koordinator von *Jugendwunnen* Claude Nussbaum und Erzieherin Joana Lopes, in dem Sandra ihre Situation schilderte und sie ihr persönliches Ausbildungsprojekt skizzierte, stand fest: Sie kann das etwa 16 Quadratmeter-Zimmer im zentral in der Ettelbrücker Innenstadt gelegenen Wohnprojekt beziehen. Erschwingliche 355 Euro kostet die Miete normalerweise. Das Projekt finanziert sich über die Mieteinnahmen. Weil aber Sandra außer Kindergeld kein Einkommen hatte und die Eltern nichts beisteuerten, konnte sie zunächst für 80 Euro monatlich wohnen. „So blieb mir Geld für Essen und andere Dinge.“ *Jugendwunnen* hat zwei Plätze zum reduzierten Tarif für Härtefälle wie Sandra, die plötzlich ohne Dach über Kopf und ohne Einkommen dastehen. Für die Dauer von drei Jahren maximal können bedürftige junge Frauen und Männer aus der Nordregion das Angebot nutzen, nach strengem Verfahren ausgewählt: Lebenslauf, Gespräch mit einer *Assistante sociale* und Interview mit den Betreuern inklusive. Voraussetzung ist, dass die Jugendlichen sich um ihre Zukunft bemühen, die Schule besuchen oder eine Lehrstelle haben. Wer auf der faulen Haut liegen, den ganzen Tag Party feiern und sich nicht einbringen will, ist bei *Jugendwunnen* an der falschen Adresse.

Doch obwohl sich die junge Frau schnell einlebte und ihr Examen bestand, kam bald die nächste Hürde: Weil die Absolventin einer 13^e *Technicien commerce* keine Anstellung finden konnte, satelte sie um auf *Aide soignante* und drückte erneut die Schulbank. „Ich wollte eigentlich immer Krankenschwester werden“, sagt Sandra. Weil aber das Kindergeld auslief und sie für den zweiten Bildungsweg als Umschülerin keine staatliche Unterstützung mehr bekam, stand sie plötzlich wieder ohne Einkommen da. Das staatliche Mindesteinkommen RMG gibt es erst mit 25 Jahren. Wohlfahrtsorganisationen wie die Caritas fordern schon länger, die untere Altersgrenze beim RMG zu überdenken, um Härtefälle gerade bei jungen Menschen zu vermeiden. Sandras Fall erregte die Aufmerksamkeit von Erziehungsminister Claude Meisch: Er war Mitte Juli durchs Land getourt, um Projekte für Jugendliche ohne abgeschlossene (Schul-)Ausbildung, die sein Ministerium kofinanziert, zu besichtigen. Darunter *Jugendwunnen*.

Das Pilotprojekt der Region Nordstad mit den Gemeinden Bettendorf, Colmar-Berg, Diekirch, Erpeldange, Ettelbrück und Schieren gibt es noch nicht lange: Offiziell fiel der Startschuss im Mai 2015, zunächst mit 14 Plätzen, verteilt auf acht Apartments mit Einzel- und mit Doppelzimmern. Doch bereits in den ersten beiden Jahren gab es über 150 Anfragen. Ein eindeutiges Zeichen, dass die Nachfrage nach solchen Wohnplätzen groß ist. Demnächst sollen acht weitere Plätze für Jugendliche geschaffen werden, oder besser gesagt: für junge Frauen und Männer, denn obwohl sich das Angebot an Jugendliche zwischen 18 und 26 Jahren richtet, sind es vor allem Anfang Zwanzigjährige, die hier Unterschlupf finden.

Dabei ist *Jugendwunnen* nicht das einzige Wohnprojekt im Land, das sich speziell an Jugendliche und junge Erwachsene richtet. Ähnliches gibt es in der Hauptstadt mit der „Villa“ in Bonneweg,



Ein Zimmer für sich und Hilfe, wenn sie gebraucht wird. Das reicht oft, um Jugendlichen in Not wieder Halt und Orientierung zu geben

in der Schüler, die familiäre Probleme haben, auf Vermittlung des schulpsychologischen Dienstes wohnen und ihre Schulausbildung in Ruhe fortführen können. Oder *Etape21*, ein Angebot der *Wunnengshëllef* in Esch, das in diesem Herbst auf die Hauptstadt erweitert werden soll. Dort können Jugendliche drei bis sechs Monate wohnen, sie werden wesentlich enger betreut. *Etape21* richtet sich an Jugendliche, die „wir stabilisieren wollen, die sonst ohne Perspektive auf der Straße wären“, erklärt Georges Andrabe, Leiter der *Wunnengshëllef*, der das Projekt koordiniert. 40 Jugendliche wurden bisher in den 17 Plätzen in Esch betreut, die Nachfrage lag bei über hundert. Weil viele bedürftige Jugendliche aus der Hauptstadt stammten, entstand die Idee, dort ein ähnliches Angebot zu unterbreiten, kofinanziert durch die Stadt. Die Miete kostet, so Andrabe, von 50 Euro monatlich für Härtefälle bis 400 Euro, abhängig vom und gestaffelt nach dem jeweiligen Einkommen. Außerdem gibt es Zugang zu Sozialleistungen wie Lebensmittelscheine, *Épicerie sociale* und ähnliches mehr.

Mieten von 1 000 Euro und mehr können junge Heranwachsende nicht zahlen. Vielen bleibt nur, weiter bei den Eltern zu wohnen. Aber was, wenn zuhause Streit, Gewalt und Vernachlässigung drohen?

Gegen Jugend-Obdachlosigkeit

2013 hatte der Service Streetwork der Stadt Luxemburg mit einer Studie versucht, den dringenden Wohnbedarf für Jugendliche in Not zu ermitteln. Besonderes Augenmerk der Sozialarbeiter galt Jungen und Mädchen, die bereits auf der Straße lebten oder riskierten, dort demnächst zu landen. Keine leichtes Unterfangen, sie zu ermitteln, denn die Hauptstadt gilt als Anziehungspunkt für Jugendliche auch aus den benachbarten Regionen.

„Wir sind kein betreutes Wohnen. Unser Angebot wendet sich an Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren, vorrangig aus dem Norden, die weitgehend autonom sind. Die aus welchen Gründen auch immer nicht mehr bei ihrer Familie wohnen können“, erklärt Sozialpädagoge Claude Nussbaum den Unterschied zu dem Angebot der *Wunnengshëllef*. Junge Menschen mit psychiatrischen Problemen, Suchterkrankungen oder schweren Verhaltensauffälligkeiten werden an geeignete, eng betreute Unterkünfte überwiesen.

Wohnungsnot trifft Jugendliche hart. Angebote wie *Jugendwunnen* bieten denen, die nicht bei den Eltern wohnen können, ein Zuhause

Der kräftige Mann mit dem breiten Lächeln sieht aus, als könne er einiges schultern. Das müssen er und seine sympathische Kollegin Joana Lopes fast täglich: Manche Geschichten, die die Jungen und Mädchen aus Schule und Familie mit ins Jugendhaus bringen, sind erschütternd, erfordern Empathie und zugleich professionelle Distanz.

Ursprünglich waren für die Begleitung von *Jugendwunnen* 20 Stunden vorgesehen. Lopes und Nussbaum, die seit 2006 bei der *Nordstadjugend* engagiert sind, teilen sich die Arbeit: Sie ist mehr im Haus, er erledigt zudem technische Reparaturen: „Ich habe viel dazugelernt. Situationen, wie ein verstopfter Abfluss oder ein defektes Licht, sind ideal, um mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen“, findet Nussbaum, der betont, dass geregelte Arbeitszeiten in der Jugendsozialarbeit selten funktionieren: „Manchmal erhalten wir einen Hilferuf, dann kommen wir selbstverständlich. Aber wenn wir die Entwicklung sehen, die die Bewohner machen, bekommen wir für unseren Einsatz viel zurück.“ Mit der Unterstützung von Staat und Gemeinden soll das Stundenpensum für *Jugendwunnen* um weitere 20 Stunden erhöht werden. Eigentlich ist auch das eher knapp gerechnet und nur möglich, weil die Betreuer vorrangig im Hintergrund wirken.

„Wir stehen selbstverständlich für Tipps und Fragen zur Verfügung, aber als Grundsatz gilt, dass die Jugendlichen ihr Leben selbst auf die Reihe bekommen“, unterstreicht Joana Lopes. Hilfe kann der gemeinsame Großeinkauf mit dem Auto sein oder wenn jemand privat nicht mehr weiter weiß oder Tipps benötigt, wo er oder sie sich über Ferienjobs und Lehrstellen informieren kann. „Wir arbeiten vernetzt mit anderen Diensten, wie dem Office social, dem Office national de l'enfance, den schulpsychologischen Diensten, dem Comité national de défense sociale und so weiter zusammen. Sonst wäre das nicht zu leisten“, sagt Claude Nussbaum.

Einmal im Monat setzen sich alle zusammen und die Bewohner und die Betreuer sprechen über das, was gerade anliegt. Oft stehen auf der Tagesordnung klassische Themen einer Wohngemeinschaft: wer für was zuständig ist, sich aber nicht gekümmert hat. In der Waschkammer, wo die beiden Waschmaschinen und Trockner im Dauerlauf ihre Runden drehen, hängt ein Plan, der genau festhält, wer wann was zu erledigen hat. „Klar, Hygiene, Putzen und Aufräumen sind die typischen Reibungspunkte im Zusammenwohnen“, erzählt Joana Lopes lachend. Erst diese Woche hat die Erzieherin kurzerhand die beliebte Fritteuse entsorgt: Weil selbst nach mehrmaligem Auffordern kein Bewohner den Fettfilter reinigen wollte, müssen sie jetzt ohne auskommen. „Das ist hart, hier wird nämlich alles frittiert“, scherzt Claude Nussbaum.

Wenn zuhause nichts mehr geht

Für die Jugendlichen sind solche Konflikte aber ein Klacks im Vergleich zu dem, was sie zuhause erlebt haben. „Wenn ich die Unterstützung von *Jugendwunnen* nicht gehabt hätte, weiß ich nicht, wo ich heute wäre“, sagt Anne. Die junge Frau ist ebenfalls aus dem Elternhaus ausgezogen, weil sie es nicht mehr ausgehalten hatte. Nächstes Jahr möchte sie an der Uni eine Ausbildung zur Erzieherin beginnen. Sollte sie angenommen werden, kann sie, das hat sie bereits abgeklärt, ihr Zimmer bei *Jugendwunnen* behalten. „Die Betreuer nehmen sich für uns Zeit, unsere Projekte durchzudiskutieren und Lösungen zu finden“, fügt Vanessa' lobend hinzu, die gerade ihr Examen bestanden hat und ebenfalls studieren will.

„Für manche Jugendliche sind wir fast so etwas wie Ersatzeltern“, sagt Claude Nussbaum. Etwa für Isabelle. Die 24-Jährige hatte schon als 12-Jährige das Jugendhaus in Diekrich besucht. Mit 21 Jahren war sie eine der Pionierinnen, die bei *Jugendwunnen* unterkamen. „Probleme mit der Familie“ nennt sie kurz und knapp als Grund für den Umzug. Inzwischen steht die junge Frau auf eigenen Füßen: Sie ist, nach abgeschlossener Ausbildung, Flugbegleiterin bei der nationalen Fluggesellschaft und kann sich mit ihrem Einkommen inzwischen sogar eine eigene kleine Wohnung leisten. Allerdings auf der anderen Seite der Grenze: „In Luxemburg sind die Mieten unbezahlbar geworden“, sagt sie entrüstet.

Wohnungsknappheit und die hohen Preise sind für Jugendliche wie Tom, der aus dem gewalttätigen Elternhaus bei *Jugendwunnen* unterkam und inzwischen eine Ausbildung als *Auxiliaire de vie* angefangen hat, ein echtes Problem. Aber nicht nur für sie. Der nationale *Jugendbericht von 2015* der Universität Luxemburg, dessen Schwerpunkt den Übergängen vom Jugend- ins Erwachsenenalter gewidmet ist, stellt fest, dass die Sorge um ein eigenes Dach überm Kopf für viele Jugendliche und junge Erwachsene zentral ist. Luxemburg ist ein Eigentümerland: Über 70 Prozent der Einwohner leben in ihren eigenen vier Wänden, der Bau von Mietwohnungen kommt trotz millionenschwerer Investitionen nur schleppend voran. Obwohl der Auszug von daheim zur Schlüsseletappe

Staat und Gemeinden erkennen allmählich (zu spät) den Riesen- Handlungsbedarf. Aber konkrete Maßnahmen brauchen Zeit, Zeit, die viele Jugendliche nicht haben

auf dem Weg ins Erwachsenenleben und in die eigene Selbstständigkeit zählt, wohnt ein Drittel der 25- bis 29-Jährigen in Luxemburg noch bei den Eltern. Christof Mann, Leiter des Jugenddienstes der Stadt Luxemburg hat zwar recht, wenn er darauf hinweist, dass in Spanien oder Griechenland der Anteil der Jugendlichen, die noch bei den Eltern wohnen, deutlich höher liegt. Aber in den südeuropäischen Ländern ist die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen auch viel höher (in Spanien liegt sie laut Eurostat bei 38,6 Prozent) und die staatliche Unterstützung ist zudem deutlich geringer.

Aufschieben ist (k)eine Option

In Luxemburg, so ist dem *Jugendbericht* zu entnehmen, wohnt mehr als die Hälfte der Jugendlichen im Alter von durchschnittlich 24,3 Jahren nicht mehr zu Hause, bei den Männern liegt das Durchschnittsalter mit 24,9 Jahren um ein Jahr höher als bei den Frauen (23,7 Jahre); Frauen verlassen das Elternhaus also durchschnittlich früher als ihre männlichen Kollegen.

Anders als man meinen könnte, wohnt die Hälfte der Jugendliche mit niedrigem Sekundarschulabschluss mit 22,4 Jahren nicht mehr bei den Eltern, bei jungen Menschen mit Sekundarschulabschluss liegt das Alter, bei dem mehr als 50 Prozent daheim ausgezogen sind, bei 24,7 Jahren und bei Heranwachsenden mit post-sekundärem Abschluss sogar bei 25,6 Jahren. Der Auszug passiert also immer später, je höher der Bildungsgrad ist. Manche wohnen für die Zeit des Studiums im Ausland in Wohngemeinschaften oder alleine, müssen dann aber, wenn sie nach Luxemburg zurückkommen, feststellen, dass sie sich eine Unterkunft auf dem privaten Wohnungsmarkt nicht leisten können und ziehen wieder bei der Familie ein. Rückkehrer oder Boomerang-Generation nennen Soziologen das Phänomen.

Für Jugendliche, die wie Sandra, Tom, Vanessa zuhause Streit, Gewalt oder Vernachlässigung erlebt haben, ist den Auszug zu verschieben aber keine Option. Darüber ob ihre Zahl in den vergangenen Jahren gewachsen ist, liegen in Luxemburg keine gesicherten Daten vor, auch wenn anzunehmen ist, dass mit der wachsenden Bevölkerung der Anteil derjenigen steigt, die sich in solchen Notlagen befinden. Der *Jugendbericht* weist darauf hin, dass es sich bei Jungen und Mädchen, die nicht bei den Eltern leben, nicht immer nur um Wohnungslose handelt, sondern auch um Jugendliche in einer staatlichen Wohnstruktur, einem Heim oder in einer Pflegefamilie.

Die Forscher versuchen eine Annäherung über Anträge auf eine *Domiciliation*, der Möglichkeit für Personen ohne festen Wohnsitz pro forma und für einen befristeten Zeitraum eine Wohnadresse zu bekommen, um Sozialleistungen zu



Kompliment an die Sozialarbeiter: „Ohne *Jugendwunnen* wüsste ich nicht, wo ich heute wäre.“

beantragen und Arbeit und Wohnung zu finden. Denn wer keine Adresse hat, findet meist keine Arbeit und umgekehrt. Ein Teufelskreis, aus dem nur schwer ein Ausbruch gelingt.

Tropfen auf den heißen Stein

Laut Tätigkeitsbericht des Familienministeriums von 2015 hatten 147 Personen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren solche Anträge bei der zuständigen Kommission gestellt. Die Dunkelziffer aber könnte deutlich höher liegen, wird auch die verdeckte Obdachlosigkeit berücksichtigt. Viele Jugendliche, die kein Zuhause haben, weichen zunächst zu Freunden auf die Couch aus. Tatsächlich wird diese Problematik zunehmend von staatlicher und kommunaler Seite erkannt: Ob *Jugendwunnen*, *Etape21*, *Petrushaus*, *Betrëit Wunnen*, *Sleemo* oder *Liewenshaaff*; Wohnangebote, die sich speziell an junge Menschen in Not wenden, werden zahlreicher. Aber sie alle und die Jugendlichen selbst, die, weil sie noch nicht arbeiten, oft keine finanzielle Rücklagen haben, müssen konkurrieren um immer knapper werdenden Wohnraum, ebenso wie Flüchtlinge, kinderreiche Familien und andere sozial Benachteiligte. Anfang 2017 meldete das nationale *Observatoire de l'habitat* neue Spitzen im Wohnungsmarkt: Die Mieten stiegen im dritten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahr weiter an. Eine Wohnung zu mieten, kostete 1 430 Euro für 70 Quadratmeter oder 20,28 Euro pro Quadratmeter im Gegensatz zu 19,46 Euro im dritten Quartal 2015.

„Mieten von 1 000 Euro und mehr können wir nicht bezahlen, auch nicht, wenn wir ordentliches Lehrgeld bekommen“, sagt Tom verdrossen. Er kann verstehen, wenn Jugendliche Projekte wie *Jugendwunnen* als günstiges Wohnangebot missverstehen, obwohl es das eben nicht ist: „Für uns junge Leute, die nicht mehr daheim wohnen können oder wollen, fehlen bezahlbare Angebote.“ Wer sich auf sozialen Netzwerken umsieht, stellt fest: Wie Isabelle und Tom klagen viele junge Menschen frustriert. Die Wohnungsknappheit ist insbesondere bei der Jugend ein heißes Thema. Und wird es noch eine ganze Weile bleiben.

* Namen von der Redaktion geändert

ECH WIELEN EGALITÉIT, WELL...

ESOUWUEL DE FRAE
WÉI DE MÄNNER HIR
ËNNERSCHIDDLECH
USIICHTEN A
KOMPETENZE
GEBRAUCHT GINN

RIDDO OP FIR
ÄR MEENUNG

Janine Reuland-Schneider
Vize-Präsidentin vum
Nationale Fraerot Lëtzebuerg

Leitartikel

Law & Order in Blau-Rot-Grün

Ines Kurschat

Polizeiminister Étienne Schneider (LSAP) gab sich betont gelassen, sein Parteikollege Alex Bodry habe ihm versichert, Polizeireformen hätten in der Vergangenheit schon kritische Bemerkungen von Seiten des Staatsrats provoziert. Doch das nonchalante Beschwichtigen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es ist eine schallende Ohrfeige ist, die der Staatsrat dem Gesetzgeber ausstellt: 18 gelbe Karten, drei rote – und dies zu den Kernpunkten des Gesetzentwurfs.

Konkret geht es darum, die Polizei mit erweiterten Befugnissen im Kampf gegen Terrorismus und schwerer, grenzüberschreitend organisierter Kriminalität auszustatten, ihr beispielsweise zu erlauben, präventiv Häuser, Wohnungen und Autos zu durchsuchen, verdächtige Personen zu identifizieren und vorsorglich einzusperren. Allerdings nicht nur – und das ist der Knackpunkt – wie bisher als Maßnahmen der Strafverfolgung (*police judiciaire*), wenn also ein konkreter Tatverdacht vorliegt, sondern im Rahmen der vorbereitenden Polizeiarbeit (*police administrative*).

Das hat weitreichende Konsequenzen nicht zuletzt für uns Bürgerinnen und Bürger. Denn anders als Instrumente der Strafverfolgung erfolgen die der vorbereitenden

Polizeiarbeit nicht unter Aufsicht, auf Befehl und unter Kontrolle der Justizbehörden und mit den jeweiligen Rechtsgarantien, die Strafprozessordnung und Strafverfahrensrecht vorsehen. Obwohl es sich um Maßnahmen handelt, die teilweise tief in Grundrechte, wie das Recht auf Privatsphäre oder das auf freie Bewegung, eingreifen.

Kein Wunder, dass der Staatsrat die Notbremse zieht und die Kontroll- beziehungsweise Kompetenzfrage stellt. Es scheint so, als habe sich die Polizei ihr Wunschgesetz auf den Leib geschrieben und dabei vergessen, dass neben dem Schutz der öffentlichen Ordnung zu den Aufgaben der Strafverfolgungsbehörden auch gehört, die Grundfreiheiten eines jeden zu schützen. Luxemburg befindet sich damit in schlechter Gesellschaft, denn es folgt einem europaweiten Trend, den Strafrechtsprofessor Stefan Braum von der Uni Luxemburg gegenüber dem *Radio 100,7* mit „präventiver Logik“ beschreibt, wonach nicht mehr konkret Tatverdächtige, sondern alle Bürger unter Generalverdacht und im Visier von Polizei und Geheimdiensten stehen.

Es ist dies nicht der erste Entwurf dieser Regierung, zu dem Staatsrat, Menschenrechtskommission, Datenschützer, aber auch Richter und Staatsanwaltschaft teils

massive Bedenken äußern. Ähnliche Kritik gab es beim Notstandsartikel, bei der Vorratsdatenspeicherung (die weiterhin, obwohl nicht konform zu EU-Recht, in Kraft ist) und beim Staatstrojaner. Soeben hat der Europäische Gerichtshof sein Urteil zur Europäischen Fluggastdatenspeicherung gefällt: Die Richter in Luxemburg warnen, dass mit dem Übereinkommen zwischen der EU und Kanada zu sensible Daten von unverdächtigen Personen erfasst und weitergeleitet und zudem viel zu lange gespeichert würden. Dem Luxemburger Parlament liegt ein Gesetz zur Umsetzung dieses EU-Übereinkommens zum Fluggastdatenaustausch vor, es dürfte aus rechtsstaatlicher Sicht ähnlich problematisch sein.

Dabei können, das betont auch der EuGH, Eingriffe in Grundfreiheiten zur terroristischen Gefahrenabwehr durchaus gerechtfertigt sein. Es gilt, terroristische Gefahren und konkrete Anschläge frühzeitig zu erkennen und ihre Durchführung zu verhindern. Doch die Politik ist den Nachweis schuldig geblieben, dass die bisherigen Instrumente und Befugnisse nicht ausreichen und Aufrüstung Not tut: Die meisten Anschläge in Europa geschahen durch Terroristen, die längst im Visier von Geheimdienst, Polizei und Staatsanwaltschaft standen und dennoch nicht gestoppt wurden.

„Fokus Luxemburg“ heißt die Kampagne von Médecins du Monde, die aufmerksam machen will auf den schwierigen bis unmöglichen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen für Menschen in großer Armut. Mehr als 70 Freiwillige, darunter Ärzte, Krankenschwestern und -pfleger, Psychologen und Übersetzer helfen Menschen in Not in den Anlaufstellen in Bonneweg und in Esch-Alzette, die keine Krankenversicherung haben und deshalb nur notdürftig, wenn überhaupt, versorgt werden. Jean Bottu, Präsident von Médecins du Monde, fordert daher eine inklusive Gesundheitsversorgung, ähnlich der *Aide médicale d'urgence* in Belgien oder die *Couverture maladie universelle* in Frankreich. ik

Patrick Galbats



blog

- Personalien
- Personalien
- Politik
- Politik
- Soziales
- Sonstiges

Dan Kersch,



Minister für den Öffentlichen Dienst (LSAP), und Romain Wolff von der Beamtengewerkschaft CGFP waren sich am vergangenen Freitag einig, dass das neue Zeitsparkonto für den Staatsdienst eine wunderbare Sache sei, „viel besser und einfacher“ als das, was die CSV vorgeschlagen hatte. Nach dem neuen Entwurf, der noch durch Regierungsrat und Parlament muss, sollen Staatsdiener 1 800 Stunden ansparen können, die sie entweder als bezahlten Urlaub nehmen, damit früher in Rente gehen oder sich auszahlen lassen können. 1 800 Stunden entsprechen einem Arbeitsjahr. Da blieb der CGFP nur noch eine Forderung: die *Stagiaires*-Gehälter anzupassen. Minister Dan Kersch (Foto: P. Galbats) antwortete prompt: „Ich gehe davon aus, dass die verschiedenen Parteien sich dazu in ihren Wahlprogrammen äußern werden.“ Weiß doch jedes Kind, dass hierzulande die Wahlen gewinnt, wer den Staatsdienst auf seiner Seite hat. ms

Yves Bot,

Generalanwalt vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, brach am vergangenen Mittwoch eine Lanze für das 2015 erfundene Umverteilungssystem für Flüchtlinge zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Die Slowakei und Ungarn – mit Unterstützung von Polen – hatten gegen den Umverteilungsmechanismus, der den Umzug von 120 000 Flüchtlingen innerhalb von zwei Jahren vorsieht, geklagt, weil er angeblich illegal sei. Die Gründung des Mechanismus sei kein Rechtsakt an sich, so Yves Bot, aber der Rat der EU habe in klar ausgemachten Notsituationen das Recht, Entscheidungen zu treffen, um diese zu beheben. „That mechanism is actually a proportionate means of enabling Greece and Italy to deal with the impact of the 2015 migration crisis“, heißt es – ziemlich optimistisch – in der Pressemitteilung des Gerichtshofs. ms

Burkaverbot kommt

Der Regierungsrat gab am Mittwoch grünes Licht für einen Gesetzentwurf, der die Vollverschleierung an bestimmten öffentlichen Plätzen verbieten soll. Wo genau und um welche Kleidungsstücke es sich konkret handelt, teilte weder die Pressestelle der Regierung noch der grüne Justizminister Félix Braz mit. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte es sich dabei um die Burka handeln, ein Ganzkörperschleier mit Stoffgitter für das Gesicht, der vor allem in Afghanistan (Foto: ik) getragen wird, und der Niqab, ein Gesichtsschleier, der nur einen Spalt für die Augen freilässt und in Saudi-Arabien und den Golf-Staaten verbreitet ist. Es waren Braz’ Partei Déi Gréng und die DP, die sich zunächst vehement gegen ein Verschleierungsverbot ausgesprochen hatten, mit der Begründung, Fälle von voll verschleierten Frauen gebe es in Luxemburg so gut wie keine. Dann hieß es, die Gemeinden sollten selbst entscheiden. Die LSAP hatte sich, ebenso wie die Oppositionsparteien ADR und CSV, für ein solches landesweites Verbot ausgesprochen und hat sich offenbar durchgesetzt. ik



Streit geht weiter

Der Dachverband der Kirchenfabriken Syfel hält nach der gemeinsamen Unterredung mit dem Erzbistum und Abgeordneten des zuständigen parlamentarischen Innenausschusses am Montag an seiner Klage gegen das Erzbistum fest. Die Legalität der Konvention zwischen Staat und Erzbistum, mit der der Grundstein für die Abschaffung der Kirchenfabriken gelegt wurde, stehe weiter in Frage, so das Syfel in einer Pressemitteilung. Daran habe das Gutachten des Staatsrats nichts geändert. Das Gremium hatte bestätigt, dass die 118 Kirchenfabriken als *Établissements publics* per Gesetz abgeschafft werden können, Regierung und Bistum also das Recht hatten, über ihre Abschaffung zu verhandeln. Den geplanten Kirchenfonds sieht der Staatsrat als rechtmäßigen Nachfolger, er ist dem Syfel jedoch ein Dorn im Auge: Dessen Struktur sei „absolutistisch“, liege er doch „ausschließlich in der Hand des Erzbistums“. Im Streit ums Kofinanzierungsverbot für die Gemeinden schlägt der Staatsrat vor, Bezuschussungen per Gemeinderelement zu regeln, etwas das die CSV und auch das Syfel ablehnen, die sich für eine Konvention zwischen Fonds und den Gemeinden aussprechen. Innenminister Dan Kersch hatte die Anhörung vorzeitig verlassen, nachdem ADR und CSV seine Anwesenheit in Frage gestellt hatten. ik

Weiter im Überschuss

Die nach dem Regierungswechsel für ohne Reform ab 2016 „strukturell defizitär“ erklärte Pflegeversicherung verzeichnete vergangenes Jahr einen Überschuss von 50,3 Millionen Euro. Die Reserven der Pflegekasse wuchsen dadurch von 80,5 auf 130,8 Millionen Euro. Auch „mittelfristig“ dürfte das finanzielle Gleichgewicht der Pflegekasse erhalten bleiben, stellt die CNS, die die Pflegekasse verwaltet, in deren Jahresbilanz 2016 fest. Der 50-Millionen-Überschuss liegt noch acht Millionen über dem von der CNS im Pflegekassenbudget 2016 eingeplanten Plus. Grund für die günstige Entwicklung sind laut CNS die gute Konjunkturlage, die nur „schwache“ Zunahme der Zahl der Pflegeleistungsempfänger sowie die Sparmaßnahmen im *Zukunftspak*. Denn während die vor zwei Wochen vom Parlament verabschiedete Pflegeversicherungsreform keine Sparreform ist, änderte sich mit dem Zukunftspaket die Zuerkennung von Pflegeversicherungsleistungen. Allerdings gehend bis heute die Meinungen darüber auseinander, wie einschneidend und wie transparent das war. pf

Nachtrag

Dass der in Luxemburg-Stadt durch den Parc Pescatore verlaufende Radweg „Teil des Baus der Tram“ sei, wie auf S. 3 im *Land* vom 21.07.2017 zu lesen war, ist ein schlecht gewähltes Beispiel dafür, wie vom Nachhaltigkeits- und Infrastrukturministerium ein Großteil der Fahrradpolitik der Hauptstadt miterledigt werde. Dieser Radweg geht auf Planungen der Stadtverwaltung zurück. Initiiert wurden sie noch unter dem Mobilitätsschöffen François Bausch (Déi Gréng) im Zusammenhang mit dem Bau des Lifts vom Parc Pescatore nach Pfaffenthal.

Raisins verts

Comme c'était à prévoir, le fraîchement créé Comité pour la mémoire de la Deuxième Guerre mondiale se fissure. Il s'agit d'une fusion mémorielle (politiquement forcée) entre les organisations de « résistants » (ou ceux qui s'étaient officiellement faits reconnaître comme tels) et l'ancien lobby des enrôlés de force (deux députés en 1979), des groupes longtemps ennemis. Un ensemble hétérogène auquel le gouvernement avait ajouté la communauté juive. Les divisions n'ont pas tardé à refaire surface : Erny Lamborelle, le président de la Fédération des enrôlés de force, vient ainsi de démissionner du Comité, dénonçant sur la *Radio 100,7* des « machinations » qui viseraient sa personne et la Fédération. (Au centre de la polémique : les Luxembourgeois du « Polizei-Bataillon 101 ».) Lamborelle sera remplacé par André Pletsch, ancien chargé de direction au lycée du Nord. bt

„Und wenn Cattenom explodiert?“

Peter Feist

In der Straße Um Biergwee in Oberkorn stehen Einfamilienhäuser neueren Baujahrs. Es gibt hier nur Anwohnerverkehr, denn die Straße mündet bald nach Ende der Siedlung in einen Wanderweg, der in den nahegelegenen Wald führt. Kinder spielen vor den Häusern, die Gärten sind gepflegt. Gut vorstellbar ist, dass wer hier wohnt, den Grünen zuneigen könnte. Die bilden im Differdinger Gemeinderat in einer Koalition mit CSV und LSAP die Mehrheit, sie stellen den Bürgermeister und den Umwelt- und Schulschöffen.

Um Biergwee wohnen aber auch besonders viele Mitglieder einer Bürgerinitiative, die sich „Wandtastesch“ nennt. Sie macht mobil gegen den Bau eines Windparks auf einem Plateau oben auf dem Berg hinter einem Waldstück. Dort wollen die Gemeinde und ein privater Energie-Promoteur drei Windräder errichten lassen. Eigentlich ist das nicht spektakulär: Die Windkraft ist im Aufschwung in Luxemburg. Zurzeit drehen sich 68 Windräder im Land (siehe auch S. 7). Dass die Gemeinde und ihr Investor auf Windräder mit einem 135 Meter hohen Mast setzen, an dem ein Rotor mit 130 Metern Durchmesser sich dreht, so dass vom Boden bis zur Rotorspitze jede Anlage 200 Meter in der Höhe misst, wenn der Rotor sich dreht, ist ebenfalls nicht ungewöhnlich. In Weiler im hohen Norden, wo der zurzeit leistungsstärkste Windpark Luxemburgs steht, sind die Masten der Windräder noch sieben Meter länger als die der in Oberkorn geplanten.

Speziell macht das Vorhaben auf dem Plateau beim Kazebësch in Oberkorn, dass die Windräder nur 550 Meter von den nächsten Wohnhäusern entfernt wären, die Um Biergwee stehen. Auch der Differdinger Umweltschöffe Georges Liesch meint gegenüber dem *Land*, so klein sei der Abstand wohl bei keinem anderen Windpark im Großherzogtum.

Und darin sieht die Bürgerinitiative den Quell allen möglichen Übels: Derart nah gelegen, würden die drei Räder zu laut und zu viel Schatten werfen. Und was, wenn sie umfallen? Immerhin verlaufen unter dem Plateau oben auf dem Berg Stollen ehemaliger Eisenerzbergwerke. „Wir haben überhaupt nichts gegen erneuerbare Energien“, erklärt Wandtastesch-Präsident Alessandro Fradini, der Um Biergwee wohnt. „Viele von uns haben Solarstrompaneele auf dem Dach, und wir sind nicht etwa prinzipiell gegen Windkraft.“ Aber gegen den Windpark „da oben“ schon. Wenn man ihn baut, dann woanders.

Typische Nimby-Haltung verwöhnter Bürger? Ziemlich nah bei den nächsten Häusern würden die Windräder ja gebaut. Und Alessandro Fradini hat nicht Unrecht, wenn er sagt, „auch der Schöfferrat weiß, dass das Projekt nicht unproblematisch ist“. Gemeinde und Promoteur haben es unter *diffwand.lu* publik gemacht und dort auch Expertenstudien veröffentlicht. Ihnen ist zu entnehmen, dass die Windpark-Idee schon einige Jahre alt ist. Vor fünf Jahren wurde von sechs Windrädern ausgegangen. Nach einer „Bodenvorerkundung“ im November 2012 aber riet ein Geophysik-Büro aus Karlsruhe von einem Windrad ab und äußerte zu einem zweiten einen „mittleren Verdacht“ auf Risiken. Woraufhin das Projekt auf vier Räder verkleinert wurde. Rad Nummer vier fiel vor zwei Jahren Natur- und Vogelschutzbedenken zum Opfer: Rund um den geplanten Windpark liegen Natura-2000-Zonen. Ein Büro aus dem Saarland ermittelte unter anderem „hohe Kollisionsgefahren“ mit den Rotoren des vierten Windrads für Rotmilan, Schwarzmilan und Uhu sowie für durchziehende Kraniche.

Und dann die Fledermäuse, von denen viele in den alten Stollen ein Domizil gefunden haben: Über sie wurden zwischen Januar 2015 und Juni 2016 vier Berichte geschrieben. In dem letzten kam ein deutsches Büro für Landschaftsökologie zwar zum Fazit, dass die Rotoren der Anlagen keine „Schlaggefährdung“ für geschützte Fledermausarten darstellen dürften. Beispielsweise für die in Europa seltene, aber in den Stollen in Oberkorn heimische Große Hufeisennase. Abschließend aber lasse sich das noch nicht beurteilen, denn man habe bisher nur im Frühjahr gemessen. Noch wichtiger sei der Herbst. Dazu steht nichts auf der Webseite von Diffwand.

Dafür aber findet man Analysen über Lärmschutz und Schattenwurf. Zu Ersterem gibt es in Luxemburg Regeln. Zu Letzterem nicht, weshalb die Umweltverwaltung sich dabei an deutsche Kriterien hält. Ihnen zufolge darf ein Windrad höchstens 30 Minuten pro Tag oder 30 Stunden pro Jahr Schatten auf Wohngebiete werfen. Je nach Sonnenstand und Distanz zu den Häusern können die Schatten groß sein, wenn die Rotoren sich schnell genug drehen. Einem Expertenbericht nach könnten an neun von 14 relevanten Orten Tages- oder Jahres-Maximum nicht eingehalten werden. Um Biergwee, wo bezeichnenderweise besonders viele Windparkgegner wohnen, könnte das Jahres-Maximum um das Vierfache überschritten werden. Und

apropos Lärm: Das laut einer großherzoglichen Verordnung geltende Maximum könnte wiederum vor allem *Um Biergwee* überschritten werden, nachts um ungefähr sechs Dezibel. Das ist ziemlich viel. Weil die Dezibel-Skala eine logarithmische ist, entsprechen sechs zusätzliche Dezibel einer Verdoppelung des Lautstärkeempfindens. Das, könnte man meinen, fiele schon ins Gewicht, wenn jemand in Windradnähe schlafen will.

„Ich sage Ihnen ganz klar: Stellt sich heraus, dass der Windpark nicht genehmigt werden kann, dann wird er nicht gebaut!“, unterstreicht Umweltschöffe Liesch. Das hat auch der Bürgermeister vergangene Woche im Gemeinderat gesagt, sogar mehrmals. Denn entschieden ist noch nichts. Das Projekt ist so groß, dass es eine „Umweltverträglichkeitsprüfung“ durchlaufen muss. Gemeinde und Promoteur haben das seit Oktober vergangenen Jahres von Umweltschaftssekretär Camille Gira (Grüne) schriftlich. In dem Schreiben steht, „le projet est susceptible d'avoir des incidences négatives importantes sur l'environnement“.

Während in Vorstudien zwar manches gemessen, aber daraus vieles nur abgeschätzt und extrapoliert wird und theoretisch bleibt, geht es bei einer Umweltverträglichkeitsprüfung konkreter zur Sache. Zum Beispiel zum Lärm: „Der zuständige Abteilungsleiter bei der Umweltverwaltung ist da ganz geradlinig“, erklärt ein Windkraft-Promoteur, der nichts mit dem Oberkorn Projekt zu tun hat, dem *Land*. „Der sagt, so und so viel Dezibel will ich maximal haben, und wenn das Limit nicht in jedem Fall eingehalten werden kann, fällt ein Windpark flach.“ Denn im Unterschied zu Deutschland ist in Luxemburg für Lärmschutz nicht der Abstand eines Windparks zu Wohngebieten entscheidend, sondern die Dezibel vor den Haustüren. Außerdem müssen Gemeinde und Promoteur in einer Umweltverträglichkeitsprüfung einen „Variantenvergleich“ liefern: neben ihrem eigentlichen Projekt zum Beispiel eines an einem anderen Standort oder in verkleinerter Form.

Die Oberkorn Bürgerinitiative scheint dem aber nicht recht zu trauen. Ihr Vorsitzender geht so weit zu sagen, „Bürgermeister und Umweltschöffe sind in derselben Partei wie die Umweltministerin und ihr Staatssekretär“. Man wisse ja, „wie aggressiv Carole Dieschbourg für erneuerbare Energien eintritt“, und Camille Gira habe vor zwei Jahren sich und die Grünen in der Regierung dafür gelobt, die Genehmigungsverfahren für Windparks vereinfacht zu haben. In anderen Worten: Er werde seinen Parteikollegen im Differdinger Schöfferrat deren Projekt schon an *d'Rei maachen*.

Camille Gira weist das kaum überraschend von sich. „Wir haben Prozeduren vereinfacht, aber keine Normen. Und ich werde mich hüten, in ein Genehmigungsverfahren einzugreifen.“



Auf dem Plateau beim Kazebësch in Oberkorn (Foto links und Mitte) könnten demnächst Windräder stehen wie etwa bei Givenich (rechts)

„Bauen wir den Windpark nicht, soll sich keiner beschweren kommen, falls in einem Atomkraftwerk hinter der Grenze etwas geschieht!“ Roberto Traversini

fen.“ Was die Bürgerinitiative behaupte, habe womöglich mit „Wahlkampf“ zu tun.

Denkbar ist das natürlich. Wenngleich der Wandtastesch-Vorsitzende erzählt, die Briefe, die man an die großen Parteien im Gemeinderat geschrieben habe, seien mit „dazu äußern wir uns erst nach den Gemeindewahlen“ beantwortet worden. Ein Wunder ist das nicht. CSV und LSAP können nicht gut gegen das Vorhaben sein, das sie im Schöfferrat mit den Grünen mittragen, und die DP-Opposition gibt ebenfalls keine gute Proteststimme her. Schon die Tatsache, dass die ersten Expertenstudien zum Windpark 2012 geschrieben wurden und der Park damals noch doppelt so groß werden sollte, deutet darauf hin, dass in der damals blau-grünen Koalition sich auch die Differdinger DP mit der Windkraft ein Denkmal setzen wollte.

Dennoch könnte das Vorhaben wahlkampfrelevant werden. Gegenüber dem *Land* erklärt Bürgermeister Traversini, wie „erfreut“ er sei, dass Bürger sich zu dem Windpark äußern. Wenn Bürger sich äußern, sei das immer gut, solange es „sachlich“ bleibe. Und Umeltschöffe Liesch sagt, „würde ich parteipolitisch handeln, müsste ich das Projekt bis nach dem 8. Oktober in eine Schublade legen“. Stattdessen will er „mit den Leuten reden“. Im September fände eine weitere Bürgerversammlung zum Windpark statt, „das ist klar“.

Aber ob der grüne Bürgermeister und sein Umweltschöffe tatsächlich ganz gelassen dialogbereit sind, scheint nicht so sicher. Eigentlich wollten sie den Windpark längst stehen haben, 2016 war als Inbetriebnahmedatum angepeilt. Dann räumte Roberto Traversini im April vergangenen Jahres im *RTL*-Interview ein, „das schaffen wir nicht, es wird 2017“, und nun geht man von 2019 aus – wegen der Umweltverträglichkeitsprüfung. In der Zwischenzeit aber ist nicht nur die Bürgerinitiative „emotional“, wie Umweltschöffe Liesch das sieht und für „ganz erklärlich“ hält, „denn die Leute machen sich Sorgen“. Im Gemeinderat vergangene Woche sagte Traversini zwar, „sobald einer nachweisen kann, dass etwas schädlich ist für die Leute, die da

wohnen, wird der Windpark nicht gebaut“. In dem Fall aber, fügte er an, „soll sich später keiner beschweren kommen, wenn in einem Atomkraftwerk hinter der Grenze etwas geschieht, da soll sich keiner beschweren kommen!“ Im Saal anwesende Vertreter der Bürgerinitiative fanden das ungeheuerlich: „Der Bürgermeister gab uns die Schuld, dass Cattenom explodieren könnte“, findet Alessandro Fradini.

Umweltschöffe Liesch wiederum setzte am Tag der Gemeinderatssitzung auf seine *Facebook*-Seite eine Karikatur, auf der ein AKW explodiert, eine Erdöl-Pipeline leckt, schwarzer Qualm aus einem Kohlebergwerk dringt – und sich vor einem Windrad auf einer grünen Wiese ein Mann aufgebaut hat und „Not in my backyard!“ ruft. Grünen-Parteipräsident Christian Kmiolek postete die Karikatur mit einem „No Comment“ gleich noch einmal zurück. Worauf ein kleiner *Shitstorm* anhub und Georges Liesch vorgehalten wurde, sich über Bedenken seiner Bürger lustig zu machen, statt ihnen zuzuhören.

Weil, so Alessandro Fradini, „die Kommunikation, die Art und Weise, wie das Vorhaben vorangetrieben wird, besonders schlimm“ sei, vermutet die Bürgerinitiative ein Komplott auch hinter der Idee von Traversini und Liesch, der geplanten Beteiligungsgesellschaft für die Bürger am Windparkprojekt zu erlauben, entscheiden zu können, wie schnell – und damit wie laut – die Rotoren aller drei Anlagen im Park sich drehen können. „Der Bürgermeister hat uns gesagt, da kriegt ihr eine Fernbedienung, und ist euch die Anlage zu laut, dann macht ihr sie einfach aus“, erinnert sich Alessandro Fradini.

Ganz so sei es nicht gedacht, sagt der Umweltschöffe dem *Land*. Aber eines der drei Windräder soll von einer Bürger-Beteiligungsgesellschaft erworben werden, das sei der Plan. Dieses Rad werde als „Master“ bestimmen, wie auch die beiden anderen, als „Slaves“, sich drehen. Doch davon würde nicht nur abhängen, welchen Lärmpegel die Räder von sich geben. Auf die Stromausbeute hätte das ebenfalls Einfluss – und damit auf den Erlös auf die Investitionen, die der Bürger wie die des Promoteurs. „Da wird die beste Lösung sich in Diskussionen ergeben“, meint Georges Liesch, und ist sich sicher: „Das werden bestimmt interessante Diskussionen.“

Vor denen graut es zumindest der Bürgerinitiative heute schon. „Wir wären wahrscheinlich in der Minderheit, falls auch unsere Mitglieder Anteile erwerben“, sagt Fradini, der sich erinnern kann, dass der Bürgermeister schon laut darüber nachgedacht hat, die Beteiligungsgesellschaft für alle Leute im Korntal zu öffnen. Nun ja, meint der Umweltschöffe, „vielleicht gibt es eine Möglichkeit, den Stimmen der Windpark-Anrainer mehr Gewicht zu geben. Wir lassen das zurzeit juristisch prüfen“. Politisch in der Schublade liegt das Projekt definitiv nicht.



Der in Oberkorn geplante Windpark ist kein ganz gewöhnlicher. Er wäre der erste in der Minette-Region und nur 550 Meter von den nächsten Häusern entfernt. Dort rumort es unter den Leuten

France

L'état de grâce est déjà fini

Emmanuel Defouloy, Paris

Il s'est à nouveau passé un événement peu banal en France, après une longue année électorale ponctuée de surprises et de rebondissements. Le président de la République et le chef d'état-major des armées ont étalé leur désaccord au grand jour, avec comme dénouement la démission du second. Ce n'était pas arrivé dans le pays depuis 1962. Tout part de l'annonce le 11 juillet par le ministre des Comptes publics, Gérard Darmanin, d'économies de 4,5 milliards d'euros dans les ministères en 2017, pour respecter dès cette année la limite européenne de trois pour cent du PIB pour le déficit public. Une promesse maintes fois répétée mais jamais tenue, en cinq ans, par le président sortant François Hollande.

La plus grosse part de ces 4,5 milliards concerne le ministère de la Défense : 850 millions d'annulations de crédits. Or il était connu que les armées avaient du mal depuis plusieurs années à remplacer et renouveler leurs matériels, dans un contexte de nombreuses opérations extérieures (Sahel, Proche-Orient) et intérieure (Sentinelle) dues aux menaces terroristes, et avec la dissuasion nucléaire à maintenir. À tel point que le chef d'état-major des armées nommé en 2014, Pierre de Villiers, avait publiquement milité, pendant la campagne présidentielle, pour porter le budget de la Défense de 1,77 à deux pour cent du PIB, soit 42,5 milliards d'euros, en cinq ans. Et la plupart des grands candidats avaient

repris cet objectif de deux pour cent pour 2022. La plupart... sauf Emmanuel Macron. Le vainqueur du scrutin s'en était tenu à 2025, soit le même calendrier que celui fixé depuis 2014 par l'Otan pour tous les États membres de l'organisation.

Quand le général de Villiers apprend les annulations de crédits, il proteste dès le 12 juillet devant les députés de la commission de la Défense. La réunion a beau avoir lieu à huis clos, les propos du plus haut gradé du pays fuient très vite. « Le grand écart entre les objectifs assignés à nos forces et les moyens alloués n'est plus tenable », dit-il. « Je ne vais pas me faire baisser par Bercy comme ça ».

Dès le 13 juillet au soir, et qui plus est devant des militaires se préparant à défiler le lendemain pour la fête nationale, Emmanuel Macron recadre publiquement le chef d'état-major. « Il n'est pas digne d'étaler certains débats sur la place publique », assène-t-il, avant de rappeler aux gradés présents l'ordre constitutionnel : « Je suis votre chef ». Le lendemain, les deux hommes ont beau descendre ensemble les Champs-Élysées dans un command-car, le différend est quasiment scellé. Le temps d'organiser son départ et Pierre de Villiers annonce sa démission le 19 juillet au matin. Il est aussitôt remplacé par le général François Lecointre, qui a eu une carrière de terrain en Irak, au Rwanda (pendant l'opération Turquoise) et s'est notamment illustré à Sarajevo.

Mais les critiques fusent contre Emmanuel Macron, d'autant que le démissionnaire était très respecté. Plus que d'autorité, le jeune président n'a-t-il pas fait preuve d'autoritarisme ? Surtout, ne risque-t-il pas de mettre en danger la vie de soldats par les économies demandées, lui qui n'a pas hésité à se servir des armées pour affirmer son pouvoir dans les toutes premières semaines du quinquennat, en

Les critiques fusent contre Emmanuel Macron, d'autant plus que le général démissionnaire était très respecté

visitant la force française au Mali ou en embarquant dans le sous-marin nucléaire « Le Terrible » au large de Brest ? Dès le lendemain de la démission, le président est donc déjà en opération de « reconquête » des militaires : sur la base aérienne d'Istres, près de Marseille, il promet qu'en 2018 « aucun budget » ne sera augmenté, hormis celui de la Défense. Et il repart pour Paris dans un Boeing C-135 de l'Armée de l'Air, en tenue militaire.

Au-delà de cette hypercommunication dont il est devenu coutumier, Emmanuel Macron « a en réalité procédé à un recadrage général, il a sifflé la fin de la partie pour tout le monde, administration de Bercy, parlementaires et militaires, tous ceux qui sont entrés dans un jeu de pression ces dernières années en n'en faisant qu'à leur tête en dépit des arbitrages présidentiels », a commenté face au *Monde* l'historien de la défense Philippe Vial. Le président veut tenir ses engagements de candidat. De même qu'il a refusé de repousser les baisses de l'impôt sur la fortune (ISF) et de la taxe d'habitation, il entend aller vers les deux pour cent mais à son rythme.

Pour cela, il espère la coopération de l'Allemagne. Le conseil franco-allemand du 13 juillet, tenu à Paris avec Angela Merkel, a surtout porté sur la défense. Les deux pays y ont annoncé vouloir un « avion de combat commun ». L'initiative a été peu commentée, car l'horizon de 2035 est lointain, mais certains jugent qu'il pourrait s'agir d'un « marché de dupes » pour Paris, si Berlin cherche à « phagocytter » le savoir-faire hexagonal : pour le journaliste économique Jean-Michel Quatrepoint, « le piège des trois pour cent se referme donc sur nous et sur ce qui restait encore de l'excellence industrielle française : les industries de défense »¹. En tout cas, à plus court terme, le budget de la Défense reste un casse-tête. Pour montrer qu'elle garde la main, la ministre des Armées Florence Parly a finalement annoncé un dégel de 1,2 milliard d'euros de crédits sur les 1,9 milliards bloqués en 2017. Et assuré que l'annulation des 850 millions n'aurait « aucun impact » sur le « fonctionnement quotidien » des armées cette année.

Reste que cet épisode, couplé à celui de l'ISF et à la hausse à venir de la CSG pour les retraités, sans compter la nouvelle loi travail, a laissé des traces. En un mois, la cote de popularité d'Emmanuel Macron a perdu dix points, à 54 pour cent, selon l'Ifop. À ce stade du mandat, c'est davantage que Jacques Chirac en 1995, mais moins que Nicolas Sarkozy en 2007 (66 pour cent) et même François Hollande en 2012 (56 pour cent). Et encore, le sondage a été mené avant la polémique sur la baisse des aides au logement. Une fin d'état de grâce rapide, pour un président censé porter un profond renouvellement.

¹ « Macron, Villiers et le piège des 3% », tribune au *Figaro*, 21 juillet 2017



Le président français, Emmanuel Macron, et la chancelière allemande, Angela Merkel, à Berlin

Israel

Kampagnenberg

Susanne Knaul, Jerusalem

Trotz internationaler Bemühungen, den akuten Konflikt um den Tempelberg in der Altstadt von Jerusalem beizulegen, ist ein Ende der Krise nicht abzusehen. Israels Regierung gab der Forderung der muslimischen Religionshüter der Wakf sowie der palästinensischen Führung nach und ließ Mitte der Woche die Metalldetektoren an den Zugängen zum Gelände vor der al-Aksa-Moschee und dem Felsendom demontieren, die Anlass gewaltvoller Demonstrationen waren. Nichtsdestotrotz setzte die muslimische Verwaltung der Gebetsstätten den Boykott fort. Die Situation am Haram al-Sharif, so der arabische Name für den Tempelberg, müsse wieder so hergestellt werden, wie sie bis zum 14. Juli war. An dem Tag waren bei einem Attentat auf dem heiligen Areal zwei israelische Grenzpolizisten erschossen worden sowie die drei Angreifer. Mit der Errichtung der Metalldetektoren zielte die israelische Polizei darauf ab, den Schmuggel von Waffen auf den Tempelberg zu verhindern.

Metalldetektoren sind keine ungewöhnliche Sicherheitsmaßnahme in Israel, sondern an Einkaufszentren, Museen und auch an der Klagemauer, der für Juden wichtigsten Pilgerstätte, für Besucher völlig normal. Am Tempelberg, der Muslimen und Juden heilig ist, kann indes schon kleinsten Veränderungen dramatische symbolische Bedeutung zukommen. Die Muslime fürchten, dass Israel den Status quo verändern könnte. Regierungschef Benjamin Netanjahu hatte sich wiederholt zum Festhalten an der seit 1967 bestehenden Regelung verpflichtet, die Juden zwar Besuchsrechte auf dem Tempelberg einräumt, das Gebet hingegen nur muslimischen Gläubigen erlaubt. Israel ist laut Status quo für die Sicherheit auf dem Tempelberg verantwortlich, die Wakf übernimmt im Auftrag Jordaniens die Verwaltung der religiösen Angelegenheiten.

Das Weiße Haus begrüßte Israels Entscheidung, die umstrittenen Metalldetektoren zu entfernen, „trotz der Notwendigkeit, die Sicherheitsmaßnahmen aufzustocken“, so erklärte die Sprecherin Sarah Huckabee Sanders. Aktuell gelte es, „die Anspannung zu reduzieren“. Seit dem Attentat vor zwei Wochen waren mindestens vier Palästinenser (*Maan Network* berichtet von zwölf) bei gewaltvollen Demonstrationen erschossen worden, mehrere hundert Menschen trugen Verletzungen davon. Von der Krise am Tempelberg motiviert war auch der Attentäter, der eine israelische Familie in der Siedlung Halamisch überfiel und drei Menschen erstach.

Aus Sorge vor einer Eskalation forderte das Nahost-Quartett, dem die EU, die USA, die UN und Russland angehören, beide Seiten dazu auf, Maßnahmen zur schnellen

Entspannung einzuleiten. Auf Initiative Schwedens, Frankreichs und Ägyptens trat auch der UN-Sicherheitsrat zu einer außerordentlichen Krisenberatung zusammen. Der UN-Nahostgesandte Nicholay Mladenov warnte in New York, dass die Entwicklungen „ein großes Risiko bergen“. Der israelisch-palästinensische Konflikt drohe, über die Tempelberg-Krise „in einen religiösen Konflikt“ auszuarten, der „den Rest der Region in einen Strudel der Gewalt zerrt“.

Der aufgeregte Protest der Religionshüter und auch der palästinensischen Führung in Ramallah hat nicht nur mit Israel zu tun, sondern er dient Palästinenserpräsident Mahmud Abbas dazu, innenpolitisch gegenüber der Hamas zu punkten. Die Entscheidung, die Kontakte einzufrieren, sei ihm nicht leicht gefallen, meinte Abbas. Erst wenn Israel alle Veränderungen am Areal rund um den Felsendom und der al-Aksa-Moschee wieder rückgängig mache, sei er bereit zu erneuten Absprachen mit der Regierung in Jerusalem.

Zusätzlichen Zündstoff zur ohnehin angespannten Lage lieferte ein Zwischenfall in Amman Anfang der Woche. Unmittelbar neben der israelischen Botschaft hatte ein junger Jordanier den Wachmann der Diplomaten mit einem Schraubenzieher angegriffen, worauf der Israeli den Angreifer erschoss und versehentlich noch einen zweiten Mann tötete. Jordanien forderte zunächst, den israelischen Sicherheitsmann zu verhören, was Israel unter Berufung auf die Wiener Konvention ablehnte.

Jason Greenblatt, US-Sondergesandter im Nahen Osten, dürfte entscheidend mit zur Beilegung der Krise zwischen Israel und Jordanien beigetragen haben. Greenblatt erreichte am Montag Jerusalem, um in der Tempelbergkrise zu vermitteln, als der Zwischenfall an der israelischen Botschaft in Amman bekannt wurde. Innerhalb weniger Stunden erreichte Greenblatt Ausreisegenehmigungen für das gesamte Botschaftspersonal aus Jordanien, den Sicherheitsmann inklusive. Fast zeitgleich entschied das Kabinett in Jerusalem für die Entfernung der Metalldetektoren. Möglich ist, dass die beiden Entwicklungen in Verbindung stehen. Jordaniens König Abdullah II. hatte im Vorfeld der Kabinettsentscheidung telefonisch von Netanjahu gefordert, die Detektoren entfernen zu lassen.

Die muslimischen Gläubigen lehnen grundsätzlich jede Sicherheitsmaßnahme ab, auch die modernen Kameras mit Gesichtserkennung, die der israelische Sicherheitsapparat derzeit erwägt. Zakaria Odeh, Chef der Menschenrechtsorganisation „Civic Coalition for Palestinian Rights in Jerusalem“ erklärt, dass nicht der Metalldetektor oder Kameras das Problem seien, „sondern die Entscheidung, wer auf den Haram al-Sharif darf“. Schließlich ginge es hier um muslimische Gläubige. „Der Haram al-Sharif ist unser Haus. Wer bist du, so etwas zu tun? So denken die Leute.“ Es sei einleuchtend, so meint Odeh, dass der Shin Beth, der inländische israelische Geheimdienst, gegen die Position der Polizei von Anfang der Krise an dazu riet, die Kontrollanlagen umgehend wieder zu demontieren.



Plus de hauteur

Découvrez le nouveau Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

Der israelisch-palästinensische Konflikt droht, über die Tempelberg-Krise in einen religiösen Konflikt auszuarten

.....

3,2,1

ticker

.....

200-Meter-Antenne

Kleos-Space, eine Tochtergesellschaft des britischen Raumfahrt-Unternehmens Magna Parva, zieht nach Luxemburg um. Dazu unterzeichneten Kleos und Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) am Montag eine Vereinbarung, die vorsieht, dass Kleos und seine Partner rund zwei Millionen Euro Forschungsgelder zur Entwicklung neuer Technologie bekommen. Kleos will ein Netz sehr langer Antennen im All aufbauen, das Funksignale registriert (aber keine Gesprächsinhalte). Die Daten könnten genutzt werden, um Boote und Schiffe zu lokalisieren, die ihr (freiwilliges) Ortungssystem abschalten. Den Antennen von Kleos würde es reichen, wenn ein Mobilfunktelefon an Bord ein Signal sucht, oder jemand in der Bordküche die Mikrowelle einschaltet, um es zu detektieren. Die dazu notwendigen Antennen von bis zu 200 Metern Länge werden im Orbit produziert. An Bord der Satelliten ist eine Miniatur-Manufaktur, die in einen Schuhkarton passt und die Kohlenstoff und Harze zu Antennen mischt und presst. Das Forschungszentrum List soll bei der Ermittlung der Komponenten und der Delphi-Ableger Emtronix mit der Hardware helfen. Wirtschaftsminister Etienne Schneider gab am Montag weitere Schritte bei der Umsetzung seiner Weltraumstrategie bekannt. Bis Ende des Jahres soll die Luxemburger Weltraumagentur geschaffen werden. Schneider berichtete außerdem, dass sich eine Reihe von Risikokapitalfonds in Luxemburg niederlassen wollen, die bereit sind, insgesamt eine Milliarde Euro im Weltraumbereich zu investieren. Damit, so Schneider gegenüber dem *Land*, sei seine ursprüngliche Idee hinfällig, dass der Staat die Hälfte eines angepönten Investitionsvermögens von bis zu 300 Millionen Euro auf den Tisch legen müsste, um einen solchen Wagniskapitalfonds zu gründen und dadurch die Finanzierung der nach Luxemburg gelockten Unternehmen sicherzustellen. Der Staat wolle sich dennoch an einem solchen Fonds beteiligen, um in den Informationsfluss eingebunden zu sein. [ms](#)

Berufsgeheimnis, ja? Nein? Jein!

Kann die CSSF vor Gericht im Rahmen von Strafverfahren ihr

Berufsgeheimnis geltend machen oder nicht? Nach Ansicht von Generalanwältin Juliane Kokott vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) hat die Luxemburger Finanzaufsicht dazu im Prinzip das Recht, aber nur wenn dadurch das Recht zur Verteidigung anderer nicht beeinträchtigt wird. Konkret geht es um die Nachwehen der Madoff-Affäre, im Zuge derer die CSSF einen Firmendirektor zum Rücktritt von seinen Ämtern aufgefordert hatte. Die betroffene Firma hatte nach Ansicht der CSSF eine entscheidende Rolle im Aufbau und beim Vertrieb des Madoff-Fonds Luxalpha gespielt. Gegen die Entscheidung der CSSF zog der Betroffene vor Gericht und forderte die Herausgabe von Unterlagen im Besitz der CSSF im Zusammenhang mit der Beaufsichtigung von Luxalpha und der Depotbank des Fonds, UBS, die seiner Ansicht nach seine Unschuld belegen. Die CSSF lehnte dies ab und machte EU-Recht geltend, laut dem die Finanzaufsicht nicht frei ist, Informationen im Rahmen von Strafverfahren frei herauszugeben. Das Luxemburger Verwaltungsgericht reichte die Problematik an den EuGH weiter. In ihren Schlussanträgen befand Generalanwältin Kokott erstens, dass sich der betroffene geschasste Firmendirektor gegen eine Verwaltungsentcheidung der CSSF wehrt, und zweitens dass das in der Finanzmarktrichtlinie verankerte Berufsgeheimnis der Aufsichtsbehörde das Recht auf Verteidigung nicht einschränken darf. Ihre Lösung: Sie schlägt vor, dass die CSSF in solchen Fällen die Informationen ans Gericht selbst übermittelt, das dann darüber befindet, ob die Unterlagen dazu beitragen können, die Unschuld zu belegen, wie sie im Prozess zum Einsatz kommen können und ob es sie an die Prozessparteien weiterreicht oder nicht. Da der ehemalige Firmendirektor vor Gericht gezogen ist, weil er sich für unschuldig hält, kann dieser Ansatz ein wenig überraschen. [ms](#)

Arbeitsmarkt in Schwung

Die Zahl der Arbeitslosen, die bei der Adem eingeschrieben sind, sank innerhalb eines Jahres bis Ende Juni um 4,5 Prozent. Demnach waren 720 Personen weniger bei der Adem arbeitslos gemeldet als vor einem Jahr. Insgesamt

waren 15 235 Personen auf der Suche nach einer Anstellung und die Arbeitslosenrate lag damit bei sechs Prozent. Die Arbeitgeber meldeten vergangenen Monat 2 883 freie Stellen. [ms](#)

Pech für Lakshmi

Die französische Sparte von Arcelor Mittal, die versucht hatte, das europäische System für den Handel mit Treibhausgasemissionen (ETS) vor Gericht zu kippen, erlitt am Mittwoch in Kirchberg eine Schlappe. Arcelor Mittal hatte gegen die französische Umsetzung des ETS geklagt, da nach Meinung des Unternehmens die Berechnungen der EU-Kommission, die als Grundlage für die Quotenverteilung dienten, fehlerhaft seien. Sie seien veraltet und berücksichtigten laut Arcelor Mittal nicht die Weiterverwertung von Gasen zur Stromherstellung. Die Richter in Kirchberg untersuchten diese Vorwürfe auf Anfrage des Verwaltungsgerichts von Montreuil und kamen zum Ergebnis: „Die Prüfung der vorgelegten Fragen hat nichts ergeben, was die Gültigkeit des Beschlusses [...] der Kommission zur [...] Harmonisierung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten [...] beeinträchtigen könnte.“ [ms](#)

Ein wenig überraschend

Die Luxemburger Zentralbank (BCL) zeigt sich in ihrem neuesten *Bulletin* ein wenig überrascht über die anhaltend gute Konjunkturlage – vier Jahre ununterbrochen Wachstumsraten von über vier Prozent –, da sie in ihren Indikatoren keinen Anlass dafür findet. Sie hat ihre Voraussagen für das vergangene und für das laufende Jahr im Vergleich zu denen von Dezember um jeweils 0,7 Prozent angehoben und geht nun davon aus, dass die Luxemburger Wirtschaft sich 2016 um 4,2 Prozent ausgedehnt hat, dieses Jahr um 4,6 Prozent wachsen wird und 2018 um 3,9 Prozent. Sie rechnet im laufenden Jahr mit einer Inflationsrate von 1,8 Prozent und 2018 mit 1,7 Prozent Inflation. Die Arbeitslosenrate soll bis 2018 auf 5,8 Prozent sinken. Die öffentliche Hand hat BCL-Berechnungen zufolge 2016 einen Überschuss von 1,6 Prozent erzielt. Die Überschüsse sinken auf 0,1 Prozent 2017 und auf jeweils 0,4 Prozent in den kommenden zwei Jahren. [ms](#)

... der Countdown läuft weiter. Bis zum Ende dieser Woche soll feststehen, ob die letzten 1,8 Hektar, die gebraucht werden, um ein zusammenhängendes 25 Hektar großes Areal für das Google-Datenzentrum in Bissen/Roost zusammenzubekommen, gekauft werden können oder nicht. Die Verhandlungen mit den Eigentümern liefen dieser Tage weiter, zwei von drei Mitgliedern einer Erbgemeinschaft waren nach *Land*-Informationen zum Verkauf bereit und es geht darum, den dritten Erben zu überzeugen. Eine neue Deadline von Google soll es indes nicht geben. [ms](#)

Mit Strom und Gas auf du und du

In Luxemburg wird immer mehr Windstrom produziert – das ist eine der wichtigsten Feststellungen aus den neuen Jahresberichten 2016 der Regulierungsbehörde ILR über die Strom- und die Gasversorgung. Der Zuwachs hatte sich zwar angekündigt, denn die Prozeduren zur Einrichtung neuer Windparks sind langwierig, aber innerhalb von nur zwölf Monaten verdoppelte die installierte Windstromleistung sich nahezu von 63,8 auf 119,7 Megawatt. 68 Windräder waren Ende 2016 in Betrieb. Die installierte Solarstromleistung lag mit 121,9 Megawatt (6 MW mehr als 2015) immer noch über der von Windstrom, die Jahresausbeute an Solarstrom war mit 100,3 Gigawattstunden aber leicht kleiner als die 101,5 Gigawattstunden Windstrom.

An diesen Zahlen sieht man unter anderem, wie „diskontinuierlich“ Wind- und Sonnenstrom ins Netz gehen. Über 240 Megawatt Wind- und Sonnenstromleistung installiert zu haben, ist relativ viel. Aber nur relativ: Würden diese Produktionszentralen in den 8 760 Stunden, die ein Jahr hat, ununterbrochen ihre Leistung liefern, entspräche das 2 100 Gigawattstunden oder 2,1 Terawattstunden und würde fast ein Drittel des Jahresstromverbrauchs des Landes decken, der 2016, die Elektrostahtwerke inklusive, bei 6,5 Terawattstunden lag.

Aber natürlich weht der Wind nicht immer stark, unterliegen Windkraftwerke zum Teil Betriebseinschränkungen, und dass es um jedes Solarstrompanel immer wieder Nacht wird, kann niemand ändern. Deshalb stand 2016 die gesamte Stromausbeute aus erneuerbaren Quellen mit 461,3 Gigawattstunden nur zu sieben Prozent dem Gesamtverbrauch gegenüber und der Rest wurde importiert. Ganz leicht fällt es deshalb nicht sich vorzustellen, wie in den 2050-er Jahren 70 Prozent des Strombedarfs erneuerbar gedeckt werden könnten, wie der Rifkin-Bericht das andeutet. Zumal falls Google tatsächlich ein Datenzentrum errichtet, dessen Strombedarf mit laut Wirtschaftsministerium knapp 2,5 Terawattstunden 38 Prozent des Gesamtverbrauchs des Landes im vergangenen Jahr entspräche. Energie sparen soll Luxemburg laut EU-Vorgaben immerhin auch – zwischen 2013 und 2020 sechs Terawattstunden oder fast einen Jahresbedarf. Der Stromverbrauch aber

sinkt schon jetzt nicht. 2016 lag er um drei Prozent höher als 2013.

Als Regulierungsbehörde für die liberalisierten Märkte hält das ILR fest, dass 2016 mit 571 mehr als doppelt so viele Stromverbraucher ihren Anbieter wechselten wie 2015 (214 Wechsel). Das sei aber noch immer wenig, weil es nur zwei Promille der Kunden betraf und 1,1 Prozent des Stromvolumens. Was die Konkurrenz angeht, meldet das ILR zum Ende des Jahres 2016 acht Anbieter auf dem Gasmarkt, während es Ende 2015 nur sechs waren. Einer der beiden neuen, Eida, beliefert auch Haushaltskunden. Möglich wird das nicht zuletzt, weil Luxemburg und Belgien nun einen integrierten Gasmarkt bilden und jeder Luxemburger Versorger sich am „Erdgas-Hub“ in Zeebrugge bedienen kann.

Der Gasverbrauch nahm 2016 von 10,1 auf 9,1 Terawattstunden ab, vor allem der Außerbetriebnahme des Escher GUD-Kraftwerks wegen. Weil im vergangenen Jahr 196 Gaskunden ihren Lieferanten wechselten, während 2015 das nur 18 taten, stellt das ILR fest, die Konkurrenz „entwickelt sich“, was aber zunächst vor allem kommerzielle und Industrieverbraucher betreffe. Die Biogasproduktion deckte 2016 mit 61 Gigawattstunden, die ins Netz eingespeist wurden, 6,7 Promille vom Gasendverbrauch. Der Durchschnittsgaskunde bezahlte im vergangenen Jahr eine Rechnung von 106,40 Euro im Monat; der Durchschnitts-Stromkunde bezahlte monatlich 57 Euro. [pf](#)



Quiet politics

Questions : Bernard Thomas

L'historien suisse Thibaud Giddey (31 ans) vient de soutenir sa thèse de doctorat à l'Université de Lausanne il y a deux mois. Intitulée « Surveiller et servir » et longue de 700 pages, elle analyse la régulation des banques en Suisse entre 1914 et 1971.

d'Land : Après la publication des « Panama papers », de nombreux avocats d'affaires et banquiers plaident pour plus de relativisme historique : juger les pratiques du passé à l'aune des normes morales et politiques d'aujourd'hui, ce serait commettre un anachronisme. En tant qu'historien de la finance, cette ligne d'argumentation vous convainc-t-elle ?

Thibaud Giddey : L'avertissement méthodologique à la base de cette réflexion me paraît tout à fait fondé ; la mise en garde contre l'anachronisme fait d'ailleurs partie du bagage intellectuel de tout historien. Cependant, il repose sur une conception fautive du rôle de l'histoire et de l'historien. Il ne s'agit pas d'émettre un jugement moral sur les pratiques observées, mais de comprendre les origines de ces pratiques, de les situer dans un contexte particulier et d'en analyser les conséquences. De plus, les partisans de ce « relativisme historique » se fourvoient aussi en partie en adoptant une conception idéalisée d'un passé relativement lointain qu'ils se représentent comme nécessairement plus consensuel et moins polémique que la période plus récente. Or, les pratiques incriminées remontant aux deux premiers tiers du XX^e siècle ont également nourri des débats politiques au moment de leur adoption ; c'est justement à l'historien que revient la tâche de mettre à jour ces discussions historiques dans le contexte de leur production.

Dans votre thèse vous identifiez une « remarquable capacité des banquiers à imposer un cadre réglementaire qui leur est favorable, avec la complicité passive d'un superviseur des banques timoré et impuissant ». Pour vous, la théorie de « capture réglementaire » (par exemple grâce au lobbying) ne suffit donc pas pour saisir le phénomène...

En analysant le processus d'élaboration de la loi sur les banques en Suisse, j'ai en effet pu constater que les banquiers sont organisés dans un groupe d'intérêts très puissant et influent, l'Association suisse des banquiers, et qu'ils interviennent à un stade très précoce de la discussion des projets de loi. Je préfère utiliser le terme d'« associations d'intérêts » plutôt que celui de « lobby ». Le concept de lobbying ne fonctionne pas bien dans le cadre de la politique économique suisse. Il présuppose une pression venant de l'extérieur, alors qu'en Suisse les milieux bancaires sont étroitement intégrés dans les sphères de décision et parfois organiquement liés aux instances étatiques. De même, la théorie de la « regulatory capture », qui désigne le phénomène par lequel une régulation est détournée de l'intérêt commun vers les intérêts particuliers de l'industrie régulée, n'est pas parfaitement opératoire dans le cas étudié. Les élites administratives en charge de la régulation des banques en Suisse – considérées théoriquement comme défendant les intérêts de la collectivité – ne sont pas corrompues par des lobbyistes externes ayant une influence sournoise. Le cas de la régulation bancaire en Suisse montre qu'il est souvent très délicat de délimiter des frontières rigides et d'opposer les représentants des pouvoirs publics et ceux des intérêts privés.



Thibaud Giddey lors du « Forum Z – Global histories of finance » organisé par l'Uni.lu début juillet



Succursale de la banque genevoise Mirabaud ; réception pour la Fête nationale suisse à la résidence de l'ambassadeur à Strassen ce jeudi soir

Quelle était la conscience professionnelle de ces fonctionnaires réduits à l'impuissance ? Comment décriez-vous leur « Selbstverständnis » ?

Je crois que la conscience professionnelle des superviseurs bancaires était très développée. Le faible impact des rares interventions de la Commission fédérale des banques n'est pas dû à un manque de professionnalisme de ses membres. Au contraire, les superviseurs cherchaient à garantir une stricte application des normes légales inscrites dans la loi sur les banques. Mais dans cette rigueur se situait aussi le défaut des actions entreprises : en effet, l'autorité de régulation et ses membres se limitaient aux maigres compétences que leur donnait la loi, avec une attitude timide et un juridisme étroit. La faiblesse de son activité est aussi imputable à ses dimensions et à ses moyens très modestes. Jusqu'en 1966, la Commission fédérale des banques compte quatre à six employés à plein temps, tandis que la place bancaire suisse s'établit à la fin des années 1960 comme la troisième place financière mondiale derrière New York et Londres.

Quant à la perception de soi des superviseurs, je dirais qu'elle évolue vers une identité ambivalente. D'une part, les fonctionnaires de la surveillance bancaire sont conscients qu'ils doivent assurer la sécurité des déposants et des créanciers bancaires, d'autre part ils identifient aussi – consciemment ou non – un second objectif qui est de favoriser les possibilités de profit et d'expansion du secteur bancaire. Il y a donc une forte cohésion de vues entre les régulateurs et les régulés, qui proviennent des mêmes milieux et naviguent, au cours d'une même carrière, entre différents rôles à coloration tantôt publique, semi-publique ou privée.

Vous mobilisez le concept de « quiet politics » pour expliquer la mainmise du secteur bancaire sur l'élaboration de la régulation. En creux, le succès du lobby bancaire implique donc l'échec de la société civile et de la presse à générer un débat public ?

Le concept de « quiet politics », développé par le politologue Pepper D. Culpepper, renvoie à l'idée selon laquelle les représentants d'un secteur économique privé parviennent mieux à imposer leurs préférences

dans un contexte de discussions confidentielles entre experts que dans un débat politique public et ouvert. Le cas de la surveillance bancaire en Suisse en fournit un parfait exemple. À de nombreuses reprises, on observe que la plupart des acteurs qui prennent part aux décisions en tant qu'experts cherchent à éviter que des discussions sur la régulation s'engagent dans des espaces plus ouverts, comme le parlement et la presse. Ce phénomène explique en partie pourquoi la loi sur les banques de 1934, qui souffre pourtant de nombreux défauts reconnus par les banquiers eux-mêmes, n'est pas modifiée formellement avant 1971. Les milieux bancaires craignent que le débat politique soulève des points délicats et que l'on aboutisse à un résultat défavorable.

Mais cette longévité est aussi due à un autre facteur, qui explique également la difficulté à générer un débat public : la place bancaire suisse ne connaît pas de faillites retentissantes qui débouchent sur d'importantes pertes subies par des déposants et des épargnants pendant la période étudiée. La prospérité du secteur engendre à la fois un renforcement des législations en vigueur et un certain désintérêt du public pour des questions de régulation que les initiés se plaisent à présenter comme techniques et complexes.

De nombreux banquiers regrettent le bon vieux temps de l'« autorégulation ». Comment cette surveillance privatisée fonctionnait-elle ? Quel était son degré d'efficacité ?

Je serais plus prudent sur le diagnostic consistant à voir l'autorégulation comme un phénomène ancien et une pratique révolue. À mon avis, malgré l'alourdissement des normes réglementaires qui régissent les activités financières, les pratiques d'autorégulation internes aux acteurs financiers subsistent et coexistent. Leur importance, aujourd'hui encore, ne doit pas être négligée. La régulation bancaire privatisée fonctionnait selon une surveillance indirecte. La législation créait une minuscule agence étatique dont le rôle était essentiellement d'enregistrer les arrivées et départs de banques, et de recueillir certaines informations sur des cas problématiques. Entre cette petite instance étatique et les établisse-



« Il y a une forte cohésion de vues entre les régulateurs et les régulés, qui proviennent des mêmes milieux et naviguent entre différents rôles à coloration tantôt publique, semi-publique ou privée » Thibaud Giddey

ments bancaires privés, la régulation instaure des intermédiaires privés, appelés sociétés de révision. Ces entreprises (qu'on appellerait aujourd'hui sociétés d'audit) sont chargées de vérifier auprès des banques que les normes légales sont respectées et que la comptabilité annuelle produite est conforme. En l'absence d'une irrégularité qui ne peut être résolue « à l'amiable » entre la banque et sa société de révision, l'agence étatique n'est même pas tenue au courant des activités et des éventuelles infractions développées par les banques.

L'insuffisance de ce système réside dans le manque d'indépendance des sociétés de révision chargées de contrôler les banques. En effet, ces sociétés ont dans leur grande majorité été fondées par les banques elles-mêmes durant le premier tiers du XX^e siècle, et leurs dirigeants et leur actionnariat sont étroitement liés aux grandes banques qui dominent la place financière suisse. Qui plus est, une banque est libre de sélectionner la société de révision de son choix. Il y a donc fort à parier que la surveillance exercée ne se distingue ni par sa sévérité ni par son autonomie.

Il est difficile de mesurer l'efficacité de tout système de régulation. Les facteurs à prendre en compte sont si nombreux que je ne voudrais pas me risquer à définir quelle part revient au modèle de surveillance dans la prospérité ou la crise d'un secteur financier. Du point de vue des banquiers helvétiques, la régulation privatisée avait l'avantage de préserver – au moins symboliquement – la grande confidentialité des opérations bancaires à l'abri du regard de l'État, et participait ainsi à consolider un avantage compétitif dans la concurrence entre places financières.

Un aspect surprenant de votre thèse est l'épisode protectionniste que traversait la place bancaire suisse dans la seconde moitié des années 1960. Comment analysez-vous cette peur de l'« Überfremdung » dans un milieu carburant grâce aux capitaux internationaux ?

Il est vrai qu'entre 1965 et 1972, les banquiers et les autorités suisses ont cherché à freiner un fort mouvement d'internationalisation de la place bancaire suisse, caractérisé par l'établissement de très nombreuses banques étrangères à Genève, Zurich, ou encore Bâle. Interpellés par les milieux bancaires, les pouvoirs publics ont alors promulgué dans l'urgence un arrêté fédéral qui fixait des conditions d'ouverture plus restrictives aux banques étrangères.

Plusieurs raisons expliquent cette peur de l'« Überfremdung ». De simples raisons de concurrence étaient certainement à l'œuvre : les banquiers suisses voyaient d'un mauvais œil que des mastodontes internationaux comme la First National City Bank et la Bank of America marchent sur leurs plate-bandes et débauchent le rare personnel qualifié, en engendrant une inflation salariale. De plus, ils craignaient que les banques étrangères profitent de la grande liberté d'affaires offertes par la Suisse pour pratiquer des opérations interdites dans leur pays d'origine et que, finalement, leur présence en Suisse attire une publicité négative sur les activités financières qui y sont développées.

Dans un contexte international déjà tendu, marqué par des campagnes hostiles aux banques suisses dans les pays anglo-saxons, les banquiers suisses voulaient éviter que l'utilisation « abusive » du secret bancaire, des comptes numérotés et les pratiques d'évasion fiscale facilitée – des activités dont elles profitent par ailleurs – ne ternissent la réputation de leur place financière. Pour les milieux bancaires suisses, il fallait à tout prix éviter que des autorités étrangères, alertées par les activités de leurs compatriotes en Suisse, cherchent à organiser des inspections sur le territoire helvétique.

En Suisse, une recherche universitaire critique sur la place bancaire s'est établie au cours des dernières décennies. A-t-elle dû faire face à des pressions politiques ou économiques ? Et comment jugez-vous les recherches historiques qui sont financées par les mêmes banques qui en sont l'objet ?

À ma connaissance, la recherche académique sur l'histoire des banques suisses n'a pas fait face à de véritables pressions politiques. En revanche, son développement est régulièrement entravé par le problème de l'accès aux sources. Les deux principales banques du pays, UBS et Credit Suisse, qui ont obtenu au fil des acquisitions et des fusions le contrôle d'un patrimoine archivistique considérable, n'autorisent pas les chercheurs externes à consulter les archives dont elles disposent. Leur documentation est cependant exploitée par des historiens « maison », salariés par les banques, chargés d'en rédiger la « corporate history ». Quelles que soient les qualités des études produites par ces chercheurs, cette situation est regrettable et contrevient à un principe essentiel de toute recherche scientifique : le refus de l'ouverture des archives signifie en effet que les travaux produits en interne ne sont pas vérifiables. Ils ne peuvent donc pas faire l'objet de nouvelles interprétations et il faut croire ces historiens sur parole.

L'interview a été menée par courriels entre le 21 et le 26 juillet 2017

Interview avec l'historien Thibaud Giddey (Université de Lausanne) sur la régulation bancaire suisse (1914-1971)

Témoignage de Jean Guill, ancien directeur général de la CSSF, sur la supervision bancaire luxembourgeoise (1974-2016)

La rupture du « cercle de confiance »

Entretien : Bernard Thomas

L'ancien haut fonctionnaire Jean Guill (66 ans) a passé plus de trente ans à superviser la place financière. D'abord comme conseiller juridique au Commissariat au contrôle des banques (1974-1983), puis comme directeur à l'Institut monétaire luxembourgeois (1983-1998) et enfin comme directeur général de la Commission de surveillance du secteur financier (2009-2016). Entre 1998 et 2009, il était directeur du Trésor.

d'Land : Au Luxembourg, les frontières entre secteur financier et autorité de régulation ont toujours été très poreuses. À tel point qu'on ne peut pas vraiment parler de lobbying, mais plutôt de partenariat public-privé.

Jean Guill : Les frontières ne sont en effet pas aussi tranchées qu'on pourrait l'imaginer en théorie. C'est d'ailleurs une caractéristique de toutes les places financières. Le législateur et le régulateur ne travaillent pas dans le vide. Ils doivent connaître les exigences pratiques du secteur. Auprès du régulateur luxembourgeois, il existe toujours une panoplie de comités réunissant des experts de la place financière et fonctionnaires des ministères. Longtemps, le « Comité pour l'amélioration de l'infrastructure de la place financière de Luxembourg », où figuraient des représentants des études d'avocats, des banques et des fonds, préparaient les textes de loi ensemble avec les fonctionnaires de la CSSF ou de l'Institut monétaire luxembourgeois qui en assuraient la présidence et le secrétariat.

La législation financière naît donc d'un processus informel et très hybride ?

À mon avis, il est très important que ce soit le régulateur qui tienne la plume pour rédiger les projets de loi, en tenant compte des observations et des idées apportées par les praticiens. En employant cette méthode de travail, on obtient quelque chose de valable. Mais ce que je ne trouve vraiment pas bien, c'est que le ministère des Finances fasse écrire des projets de loi par des études d'avocats ou des firmes d'audit. Au cours des dernières années, cette pratique s'est malheureusement répandue. Je la dénonçais d'ailleurs dans ma préface au rapport annuel 2013 de la CSSF. La régulation financière est en soi un service public. C'est au régulateur de peser les différents intérêts en jeu. Car ceux-ci peuvent diverger, y inclus au sein du secteur financier. Le régulateur doit se poser la question : Avons-nous suffisamment protégé le public ? Pouvons-nous assurer le contrôle de l'application du texte ?

On pourrait dire que si le Grand-Duché n'a pas connu de vague de dérégulation financière dans les années 1980, c'est qu'il n'avait pas connu de mouvement de régulation avant.

En effet, contrairement aux États-Unis ou au Royaume-Uni, nous n'avons jamais dû abroger de textes sans les remplacer. S'il fallait réglementer, nous préférons commencer par le nécessaire en établissant un cadre très simple. Puis nous attendions de voir si ce cadre faisait ses preuves. Ce n'est qu'après que nous allions plus dans le détail, que nous ajoutions des couches successives.

Selon la théorie – très fonctionnaliste – des « cycles de régulation », une crise ou une innovation financière met la régulation sur l'agenda politique, puis, dans un deuxième temps, de nouvelles normes sont définies. Le législateur a donc toujours un retard à l'allumage ?

Forcément, car l'on ne saurait réglementer ce qui n'existe pas encore. Une innovation financière tout comme une crise produit une demande de protection et de sécurité juridiques qui peut émaner des clients ou des acteurs de la place financière. Ainsi, pour prendre un exemple qui remonte à 1983, nous avons réglementé le « trust », concept en fait très ancien et bien connu dans le droit anglo-saxon, que la place financière voulait offrir à sa clientèle, mais où tous s'interrogeaient s'il était compatible avec le Code civil. Franchement, il est rare que nous ayons inventé quelque chose de radicalement nouveau. Autre exemple, aussi au début des années 1980, Monsieur Jean Hamilius, alors rapporteur à la Chambre des Députés pour la nouvelle loi sur

« Ce que je ne trouve vraiment pas bien, c'est que le ministère des Finances fasse écrire des projets de loi par des études d'avocats ou des firmes d'audit. Au cours des dernières années, cette pratique s'est malheureusement répandue » Jean Guill

les fonds d'investissement, demandait : « Et si on introduisait une Sicav luxembourgeoise ? » Il ne l'avait pas inventée, puisque la Sicav existait déjà en France, mais son raisonnement était : Pourquoi ne pas la reprendre à notre tour mais en l'améliorant en vue d'une clientèle internationale ? C'est une de nos forces : le régulateur français regarde la clientèle française, le régulateur allemand regarde la clientèle allemande, nous servons tout le monde.

Vous avez dit que la CSSF veille à la fois sur les intérêts des banques et sur les intérêts des épargnants et investisseurs. Or, à l'inverse de ces premiers, ces derniers ne sont pas représentés dans le CA de la CSSF.

Outre que le conseil de la CSSF n'a aucune compétence en matière de surveillance, trouver une organisation représentative des consommateurs financiers est quasiment impossible. Il existe des associations représentant la clientèle luxembourgeoise, certes importante, mais elle ne constitue qu'une fraction des investisseurs. Or quels sont les intérêts communs entre un industriel belge, un investisseur suédois et un dentiste allemand ?

Dans ses discours, l'ancien Commissaire au contrôle des banques, Albert Dondelinger, invoquait sans cesse la formule du « gentlemen's agreement ». Cette autorégulation était-elle efficace ? Et dans quel milieu un tel modèle pouvait-il fonctionner ?

Je dirais que l'autorégulation fonctionnait tant que la place restait relativement petite, à taille humaine. Il faut un petit groupe de personnes qui se connaissent et se comprennent, un cercle de confiance. Si les gens viennent de partout pour partir le lendemain, si vous ne savez plus ce que vaut la parole des uns et des autres, alors ce modèle s'écroule. Il faut alors



Jean Guill, ce lundi

introduire des règles écrites, des contrats signés. Cela vaut aussi pour l'attitude vis-à-vis du régulateur. Il y a quelques années, un membre du conseil de la CSSF s'interrogeait pourquoi nous réservions un budget pour frais de procès en me demandant : « Mais qui peut bien faire un procès à la CSSF ? » Le temps où un francement des sourcils du régulateur suffisait, est bien révolu.

Dans les années 1980 à 2000, le manque d'effectifs avait conduit à une privatisation de la surveillance : Le Commissariat aux banques externalisait ainsi le contrôle des comptes aux firmes d'audit.

C'est exact. Au-début de ma carrière, le Commissariat faisait encore des contrôles sur place. Des fonctionnaires allaient dans les banques et y passaient plusieurs jours à analyser les livres et à interroger les employés. Puis s'ouvre une période d'environ trente ans durant laquelle, faute de ressources, les contrôles sur place seront l'exception. Même pour son « contrôle sur papier », l'autorité de surveillance se basait essentiellement sur les *long form reports* établis par les auditeurs externes. Ceux-ci faisaient donc en fait le travail de base de la surveillance.

Et qui surveillait les réviseurs ?

Personne. La Suisse suivait d'ailleurs la même approche. Au cours des dix dernières années, la situation a radicalement changé. La direction de la CSSF mise en place en 2009 a commencé à faire des contrôles systématiques chez les acteurs de la place financière. Aujourd'hui, la CSSF analyse également les données brutes en interne ; ce traitement a été facilité par les outils informatiques. Enfin, depuis 2010, la profession de l'audit est elle-même surveillée par la CSSF qui a mis en place tout un départe-

ment pour contrôler chaque firme de révision de façon pointilleuse.

Comment ont évolué les effectifs de l'institution de supervision au cours des dernières décennies ?

Lorsqu'en 1974 j'ai commencé à travailler au Commissariat au contrôle des banques, on était tout au plus quelques douzaines d'agents. Avec l'arrivée successive de nouvelles banques par vagues nationales et le développement des fonds d'investissement, le régulateur a dû rapidement augmenter ses effectifs jusqu'à une bonne centaine de fonctionnaires. Ce nombre est ensuite resté assez stable pendant de longues années.

Quel était le profil de ces fonctionnaires travaillant pour le régulateur luxembourgeois ?

Au début, ils se recrutaient surtout parmi les jeunes encore proches de leurs études. La plupart restaient dans l'administration, encore que cela dépendait en partie de la conjoncture sur la place financière : durant les années plus moroses, les fonctionnaires étaient contents d'être à l'abri ; durant les années de boom, certains se faisaient démarcher par les banques. Celles-ci avaient pu voir les superviseurs à l'œuvre et savaient donc lesquels étaient les plus performants.

Et en sens inverse : y a-t-il eu de nombreux passages du secteur privé au secteur public ?

Le statut de fonctionnaire et le critère de l'ancienneté n'incitaient pas exactement les banquiers, avocats ou réviseurs à venir travailler pour l'État. Financièrement, cela aurait été une décision pénalisante, ils n'auraient jamais réussi à rattraper la

carrière et les salaires de ceux qui étaient devenus fonctionnaires des années avant eux. Mais plus le régulateur se libérait des contraintes de la fonction publique, plus il recrutait des gens avec une réelle expérience, et surtout des étrangers. Sans faire sauter le verrou de la nationalité, nous n'aurions jamais trouvé les actuels 720 employés pour valablement remplir les postes vacants. La CSSF était une administration luxembourgeoise, elle est aujourd'hui également une institution européenne, membre du système européen de la surveillance financière.

Après la crise financière de 2007, il devenait vite clair que si le superviseur luxembourgeois ne montrait pas ses dents, il serait tout simplement écarté.

Je me rappelle de mon collègue anglais à l'Esma (ndlr : European securities and markets authority) qui me disait à l'époque : « Jamais je ne me serais imaginé devenir à tel point interventionniste. » Mais à ce moment, devant le consensus international et avec la mise en place d'autorités européennes de surveillance, l'interventionnisme s'imposait, c'était une évidence. Un régulateur national, voire un responsable politique, ne pouvait assumer le risque d'une lacune dans la surveillance. Si nous avions eu une autorité ne remplissant pas les standards exigés au niveau international, nous aurions rapidement été mis au ban. Aujourd'hui, la Banque centrale européenne, en tant que superviseur des banques dans la zone euro, peut dire à une autorité nationale défaillante : « Restez à la maison, continuez à dormir ! Nous arrivons et nous nous occupons de tout. »

Claude Marx, votre successeur à la direction de la CSSF, a été rapidement rattrapé par son passé de banquier privé. Il semblait pourtant évident que la vie professionnelle d'un ex-directeur de la HSBC Private Bank était fatalement liée à l'histoire de l'évasion fiscale...

Naturellement, un banquier privé a – entre autres – eu à faire à de tels dossiers. Mais je ne crois pas que cela ait nui à sa crédibilité. La presse jase un moment, mais tout le monde comprend que c'était à une autre époque et que ce n'était pas lui-même qui avait initié ces dossiers. Les pratiques fiscales qui avaient cours sur notre place financière et ailleurs n'étaient pas nécessairement interdites. Quitte à ce que d'un point de vue moral elles n'étaient peut-être pas toujours justifiées.

En règle générale, tant qu'un sujet reste peu politisé, il peut être traité en cercle restreint par des experts et une industrie peut donc imposer plus facilement sa vision des choses. Une question hypothétique : si l'opinion publique s'était intéressée de plus près à la place financière, pensez-vous que cela aurait conduit à une régulation plus stricte ?

Alors il aurait dû y avoir différentes opinions au sujet de cette place. Je ne dis pas qu'il y ait une unanimité absolue dans la politique et dans le public, mais il existe néanmoins un consensus très large sur ce secteur qui – que nous le voulions ou non – est la source principale des recettes de l'État. Malgré les conjonctures politiques, personne n'a jamais mis en question qu'il fallait assurer le développement du secteur financier. Il n'y a pas de « Strätkultur » sur ce sujet. Mais je trouve effrayant que le grand public ne se fait qu'une idée très approximative du secteur. En fait, c'est triste. Comme si la place financière se trouvait sur une autre planète...

En tant qu'homme privé, quelle était votre vue personnelle sur la place financière largement opaque et basée sur l'évasion fiscale des dernières décennies ?

J'avais mon opinion personnelle là-dessus. Elle était également liée à mon expérience professionnelle. J'avais été directeur du Trésor durant onze ans et j'ai toujours été convaincu que les gens doivent payer leurs impôts. S'ils le faisaient, ils seraient peut-être amenés à réfléchir sur les lois fiscales. La CSSF a certainement contribué à faire bouger petit à petit l'orientation de la place. Cela dit, et même si je devais assumer mon rôle de régulateur dans l'intérêt public, il y avait des acteurs aussi bien que des clients de la place financière qui m'étaient tout sauf sympathiques.

L'entretien a été mené le 24 juillet 2017

In ihrer neuesten Wirtschaftsanalyse drängt die OECD nicht nur auf Rentenkürzungen, sondern auch auf eine bessere Integration der Zuwanderer

Life is good in Luxembourg

Michèle Sinner

Lalaland „Life is good in Luxembourg“ meint die OECD gleich im ersten Abschnitt ihrer neuesten wirtschaftlichen Analyse Luxemburgs. Das Pro-Kopf-Einkommen ist so hoch wie nirgendwo sonst innerhalb der OECD, es gibt wenig Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt und die Langzeitarbeitslosigkeit liegt unter dem OECD-Durchschnitt. Die Einkommensunterschiede sind relativ gering und dank Sozialversicherungssystem ist das Armutsrisiko vergleichsweise niedrig. Die öffentlichen Finanzen sind mit nominalen Überschüssen und niedrigen Schulden gesund und die Vorhersagen gehen davon aus, dass das Wirtschaftswachstum anhält. Sogar die letzte Indextranche findet die OECD gut, da sie die Lohnentwicklung ein bisschen ankurbelt, die in den vergangenen zwei Jahren bei einem mageren Prozent lag.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stellt der blau-rot-grünen Regierungskoalition insgesamt eine gute Zensur aus. Für die Steuerreform von Finanzminister Pierre Gramegna (DP) gibt es von der OECD viel Lob, sowohl was die Besteuerung der natürlichen Personen als auch die der Unternehmen betrifft. Auch wenn sie findet, die Grundsteuer müsse dringend reformiert und angehoben werden, um die Immobilienpreise zu bremsen, und die Individualisierung zwischen Ehepartnern dürfe nicht fakultativ bleiben, weil sich das Arbeiten für Hausfrauen sonst nicht lohne. Ebenso wohlwollend sieht die OECD erwartungsgemäß die von Familienministerin Corinne Cahen (DP) eingeleiteten Reformen des Elternurlaubs, die mehr Flexibilität und höhere Lohnersatzzahlungen vorsehen, sowie die Reform des garantierten Mindesteinkommens, da die „Aktivierung“ von inaktiven Personen im arbeitsfähigen Alter der OECD ein besonderes Anliegen ist.

Drei Hauptforderungen Weil ihr diese Reformen nicht weit genug gehen, fordert sie weitere Maßnahmen, damit Problemgruppen, wie wenig qualifizierte Jugendliche, Frauen und ältere Arbeitnehmer, nicht die falschen Anreize erhalten und etwa deshalb nicht arbeiten gehen. So macht die OECD beispielsweise darauf aufmerksam, dass in anderen Ländern Jugendliche, die noch nie ins Sozialversicherungssystem eingezahlt haben, auch kein Recht auf Arbeitslosengeld haben.

Die OECD stellt außerdem einen Defekt im Bildungssystem fest, der dringend behoben werden müsse, um die Chancengleichheit für Kinder von Immigranten zu verbessern und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht zu gefährden. Und natürlich gibt sie zu bedenken, dass trotz beneidenswerter öffentlicher Finanzen die altersbedingten Ausgaben in den kommenden Jahrzehnten sprun-

haft ansteigen werden und deshalb das Rentensystem weiter reformiert werden muss.

Alter Klassiker Das Luxemburger Rentensystem ist der OECD trotz der Reform in der vergangenen Legislaturperiode weiterhin zu großzügig, die Renten im Verhältnis zum letzten Lohn zu hoch und auch insgesamt zu teuer. Dieses Problem, warnt sie wie auch in vergangenen Jahren schon, werde sich in den kommenden Jahrzehnten verschärfen, wenn die Ausgaben von derzeit neun Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt auf 13,4 Prozent 2060 ansteigen werden, der drastischste Anstieg innerhalb der OECD. Dass die Vorruhestandsregelungen deshalb geändert werden sollen, findet die Organisation daher keine angemessene Reaktion. Sie fordert von der Regierung, die aktuelle Prüfung dazu zu nutzen, „to propose further reforms of the pension system, such as reducing the high replacement rates of pension benefits, setting stricter requirements for imputed years of contributions and increasing the legal retirement age, relating it explicitly to changes in life expectancy“. Auf Deutsch heißt das: kleinere Renten und das erst nach 65.

Cellule de reclassement für Bankiers Die OECD richtet in ihrer wirtschaftlichen Analyse dieses Mal ein besonderes Augenmerk auf die Qualifikationen auf dem Luxemburger Arbeitsmarkt und macht dabei mehrere Feststellungen. Sehr dramatisch zieht sie eine Parallele zwischen der Stahlkrise und den Folgen der zunehmenden Digitalisierung und Automatisierung im Finanzsektor, so als ob die Banken geschlossen und gleichzeitig mehrere tausend Arbeitnehmer durch Computerprogramme ersetzt werden würden und deshalb schlagartig eine *Cellule de reclassement* für Bankiers eingerichtet werden müsste.

Zu den sachlicheren Beobachtungen gehört die, dass das Weiterbildungsangebot vor allem von ohnehin schon relativ gut ausgebildeten Arbeitnehmern genutzt wird und vor allem solchen, die in großen Unternehmen beschäftigt sind, während Niedrigqualifizierte, die einem größerem Risiko ausgesetzt sind, arbeitslos zu werden, dererlei Angebote kaum nutzen. Das habe auch damit zu tun, dass sie, wenn sie einen Job haben, keine Zeit zur Weiterbildung haben, oder niemanden, der auf die Kinder aufpasst und außerdem kaum Aussichten, durch neugewonnene Qualifikationen ihr Gehalt aufzubessern und deshalb verständlicherweise keinen Anlass sehen. Deshalb sieht die OECD Bedarf, das Weiterbildungsangebot auf die Qualität der Anbieter zu durchleuchten und zu prüfen, ob es nicht besser wäre, Arbeitnehmern, die sich weiterbilden oder umschulen wollen, direkte finanzielle Hilfen anzubieten, statt Unternehmen Zuschüsse zu geben, damit sie ihre Mitarbeiter hier und da



Die OECD plädiert dafür, Schüler nicht schon mit zwölf Jahren in *Classique*, *Technique* und *Modulaire* einzuteilen

für ein paar Stunden in *formation continue* von zweifelhafter Qualität und Nutzen schicken.

Segregation im Bildungswesen Die OECD geht aber nicht nur kritisch mit der Weiterbildung, sondern auch mit dem Bildungssystem insgesamt ins Gericht, unter anderem mit dem „early tracking“. Damit meint sie die Aufteilung der zwölfjährigen Schüler in klassische und technische Lyzeen sowie die verschiedenen Diplome der Berufsschüler. Das sei viel zu früh, um die Schüler auf festgelegte „Wege“ einzuteilen, zumal danach die Durchlässigkeit nach oben für Schüler mit guten Ergebnissen nicht gegeben sei. Dadurch, meint die OECD, stecken Schüler auf dem einmal eingeschlagenen Weg fest, obwohl sie durchaus in der Lage wären, höhere Abschlüsse zu machen.

Das ist ein umso größeres Problem, als die Kinder von Zuwanderern, wie die OECD feststellt, öfter ins Technikum als ins klassische Lyzeum orientiert werden. Sie warnt ausdrücklich vor „Befangenheit“ bei der Schülerorientierung. Im Technikum aber sind die Wiederholungsraten besonders hoch und damit die Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluss und Einstieg ins Berufsleben niedriger. In ihren Pisa-Tests hat die OECD festgestellt, dass Kinder mit Migrationshintergrund deutlich schlechter abschneiden als Luxemburger, wenn man die Privatschulen, deren Angebot sich an reiche Expats richtet, außer Betracht lässt.

Zwar gleichen sich die Ergebnisse an, wenn man den sozioökonomischen Hintergrund der Familien berücksichtigt, was heißen soll: Arme Luxemburger Kinder und arme ausländische Kinder schneiden gleich schlecht ab. Doch da die OECD andererseits feststellt, dass im mittleren Einkommensfeld die Gehälter von Zuwanderern denen von Einheimischen deutlich hinterherhinken, muss sie feststellen, dass die Kinder von Zuwanderern in zweiter Generation genauso schlecht abschneiden wie Einwanderer erster Generation. Deshalb begrüßt die OECD zwar die Reform in der frühkindlichen Erziehung, die Kindern aus einkommensschwachen Familien besseren Zugang gewähren und ihre Chancen, ihren Weg durchs Luxemburger Bildungssystem zu finden, verbessern sollen.

Für die OECD ist es hauptsächlich ein makroökonomisches Problem, wenn Zuwandererkinder keinen Abschluss erhalten, weil nachher Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt fehlen. Doch sie beschreibt das Luxemburger Bildungssystem als effizienten Mechanismus zum Erhalt der sozialen Segregation

Für die OECD ist das hauptsächlich ein makroökonomisches Problem, weil nachher Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt fehlen. Dennoch mutmaßt sogar sie vorsichtig: „the school system could play a role in perpetuating inequalities and segmentation“ und beschreibt das Luxemburger Schulsystem als einen Mechanismus zum Erhalt sozialer Ungerechtigkeiten. Diese Erkenntnisse sind alle nicht neu, doch in dieser kompakten und zusammengefassten Form zeichnet das Themenkapitel „Reaping the benefits of a diverse society through better integration“ ein beschämendes Bild für ein Land, das sein Wirtschaftswunder seit Jahrzehnten durch Zuwanderer und Grenzpendler in Schwung hält.

Not so welcome after all Da sich die Migrationsmuster in den vergangenen Jahren aufgrund der Flüchtlingskrise verändert haben – Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern stellen zehn Prozent der Bevölkerung dar, der höchste Wert in einem OECD-Land –, weist die Organisation auf weitere Probleme hin. Obwohl Zuwanderer einen größeren Anteil der Arbeitnehmerschaft im „besten“ Alter stellen und beispielsweise auch die Beschäftigungsrate von aus der EU zugewanderten Frauen deutlich höher ist als die der einheimischen weiblichen Bevölkerung, sind Zuwanderer einem höheren Risiko ausgesetzt, arbeitslos zu werden. Außerdem kehrt sich dieses Bild um, wenn man die Lage von Zuwanderern betrachtet, die von außerhalb der EU kommen. Das führt die OECD einerseits auf die Schwierigkeiten bei der Anerkennung von Qualifikationen und Diplomen zurück und rät deshalb erstens den Kontakt zu Ausbildungsbehörden in Nicht-EU-Ländern dringend zu verbessern, oder aber zweitens Kandidaten auf Anerkennung ihrer Diplome durch Interviews mit Experten ihres jeweiligen Feldes zu prüfen, wie es in anderen Ländern passiert.

Andererseits bemängelt die OECD, dass die Prüfung des Flüchtlingsstatus zu viel Zeit in Anspruch nimmt und dass auch sechs Monate Anschluss vom Arbeitsmarkt statt wie bis vor kurzem neun Monate noch zu lang sind. Sie macht darauf aufmerksam, dass 2015 nur vier Arbeitsgenehmigungen für Personen erteilt wurden, deren Flüchtlingsprozedur schon länger als sechs Monate lief, und fordert, den Arbeitsmarkt für Flüchtlinge aus Ländern mit „hohen Anerkennungsraten“ wesentlich zu vereinfachen.

Bis auf einzelne Tweets gab es bisher in Politik und Gesellschaft kaum Reaktionen auf die OECD-Analyse, die in der Vergangenheit viel Beachtung fand, als sie beispielsweise die Missstände bei der Adem ins Rampenlicht stellte. Das kann nur bedeuten, dass noch niemand ihren Vorschlag gelesen hat, größere Teile des öffentlichen Dienstes für Nicht-Luxemburger zu öffnen, um deren Einbindung ins gesellschaftliche und politische Leben zu verbessern. Sonst würden die 80 Prozent, die beim Referendum gegen das Ausländerwahlrecht gestimmt haben, sicherlich vorbeugend dagegen Sturm laufen.



Die Arbeitseinteilung ist laut OECD klar: Portugiesen und Zuwanderer aus Ex-Jugoslawien arbeiten auf dem Bau, Einwanderer aus Drittstaaten in Restaurants und in Hotels

La place financière se positionne pour l'après-Brexit

Le Luxembourg prend de l’assurance

Georges Canto

Après une année 2016 un peu décevante, les chiffres de l'assurance luxembourgeoise sont repartis à la hausse en 2017 et l'avenir s'annonce sous d'heureux auspices pour ce pilier de la place financière dans le contexte post-Brexit. Une réussite qui fait des jaloux.

Début février 2017, le communiqué trimestriel publié par le Commissariat aux assurances (CAA) faisait état d'un « exercice 2016 en demi-teinte » avec une légère baisse des primes imputable au recul des encaissements en assurance-vie. Le document publié début mai était du même tonneau, évoquant « un exercice 2016 indécis au cours de ses trois premiers trimestres et même en recul important en fin d'année ».

Mais le rapport annuel du CAA paru le 13 juillet est d'une autre tonalité. Non sans emphase, il indique que « l'exercice 2016 occupera à coup sûr une place particulière dans l'histoire de l'assurance luxembourgeoise et européenne qu'il marquera pour longtemps ».

Pourquoi ce changement ? La première raison est d'ordre technique. Les chiffres définitifs concernant l'assurance-vie et l'assurance non-vie (risques liés aux véhicules et aux habitations, responsabilité civile) se sont révélés plus favorables que ceux publiés en février, de sorte que le total des primes a finalement crû de 1,9 pour cent. D'autre part, les données ne prenaient pas en compte la réassurance, une activité importante (plus de 200 sociétés, 1 200 salariés) qui a elle aussi légèrement progressé. Finalement le CAA se déclare satisfait, car « si globalement l'encaissement des assureurs vie et non vie n'a pas connu de croissance importante, la somme des bilans a connu un développement satisfaisant et les bénéfices ont crû de près de 46 pour cent ».

Au Luxembourg l'assurance pèse lourd, eu égard à la taille du pays. Le secteur, qui compte quelque 300 sociétés (un chiffre en baisse régulière), occupe 3 900 salariés en équivalent temps plein au Grand-Duché et 2 700 à l'étranger, hors courtiers. Le montant des primes collectées (34,7 milliards d'euros en 2016) représente les deux tiers du PIB, un record en la matière (la proportion n'est que de onze pour cent en France et de treize pour cent au Royaume-Uni). Les bilans pèsent quatre fois le PIB grand-ducal.

La raison est que, toutes branches confondues, 91 pour cent des encaissements proviennent de l'étranger. En assurance-vie les Français sont les principaux contributeurs (près de trente pour cent) tandis que les Belges, dont la part ne cesse de décroître (quinze pour cent) se trouvent désormais talonnés par les Allemands.

Mais contrairement à une idée reçue, l'assurance-vie n'occupe pas une place écrasante : elle ne représente que 12,5 pour cent des profits avant impôts, 37 pour cent des emplois et 62 pour cent des primes (pas plus qu'en France). Mais elle pèse plus des trois-quarts des bilans (173 milliards d'euros) et se situe, selon une étude de Swiss Re, au dixième rang européen et au 21^e mondial en termes de primes. La branche est très concentrée, avec cinq acteurs contrôlant plus de la moitié du marché, et cinq autres environ trente pour cent

Une autre raison de satisfaction du CAA tient à la bonne application du nouveau régime prudentiel « Solvabilité 2 » entré en vigueur le 1^{er} janvier 2016. Les compagnies luxembourgeoises s'y préparaient depuis 2009 et la transposition des textes communautaires en droit local a été réalisée par la loi du 7 décembre 2015 et par un règlement du CAA daté du même jour.

En juin dernier, l'Autorité européenne des assurances et des pensions professionnelles (EIO-PA) avait publié des chiffres montrant qu'au Luxembourg les entreprises concernées respectaient largement les contraintes réglementaires (*d'Land* du 30 juin). Des résultats confirmés dans le rapport annuel du CAA. Le ratio de solvabilité SCR, qui doit être au minimum de cent pour cent, s'élevait fin 2016 à 178 pour cent en assurance-vie, à 208 pour cent en non-vie et à 241 pour cent en réassurance.

Mais pour le CAA le meilleur reste à venir. Car l'année 2016 aura été celle du vote des Britanniques en faveur du Brexit, « une décision lourde de conséquences pour l'assurance européenne, avec des retombées importantes » pour la place du Luxembourg. Les assureurs et réassureurs établis



Dans les bureaux luxembourgeois de l'assureur Axa, Place de l'Étoile

Un rapport d’information du Sénat français déplorait récemment la « très forte hausse » des primes versées au Grand-Duché par des Français

la mi-juillet, un grand groupe d'assurance avait déjà obtenu un agrément, deux autres demandes étaient en cours d'instruction et trois sociétés avaient annoncé leur intention d'en déposer. Cette stratégie « pourrait rapidement se traduire par un doublement de l'activité non vie » peut-on lire dans le rapport.

Des ambitions qui contrarient celles d'autres places financières, comme Paris, qui cherchent elles aussi à capter les relocalisations potentielles de l'après Brexit. Les Français visent, entre autres, l'assurance-vie, où ils occupent déjà une place de choix : plus de 1 700 milliards d'euros d'encours et 38 pour cent du patrimoine financier des ménages. Mais aussi bien les grands assureurs que la clientèle aisée y sont de plus en plus tentés... par le Luxembourg.

Un rapport d'information du Sénat français publié le 7 juin dernier déplorait ainsi la « très forte hausse » des primes versées au Grand-Duché par des Français, devenus depuis 2010 les premiers clients de l'assurance-vie luxembourgeoise. Tout en reconnaissant que le montant des primes (évalué à sept milliards d'euros en 2015 contre 1,5 en 2004) reste « néanmoins limité par rapport à la taille du marché français » (qui est de 141 milliards d'euros), les auteurs observent que « quatre des six premiers assureurs-vie luxembourgeois sont ainsi des filiales de groupes français, sans que cela ne puisse être justifié par la nécessité de se rapprocher des clients locaux », le marché domestique luxembourgeois s'élevant à seulement 1,3 milliard d'euros.

Pour les épargnants français, les contrats d'assurance-vie luxembourgeois, malgré un ticket d'entrée élevé, présentent de nombreux avantages juridiques et financiers. Mais en les souscrivant ils échappent aussi à l'instabilité fiscale qui frappe depuis plusieurs décennies leur placement favori. À l'opposé, le Luxembourg, connu pour sa stabilité fiscale qui bénéficie aussi bien aux professionnels qu'aux clients, en a fait « un véritable argument de promotion pour se démarquer de ses concurrents » selon le Sénat français, qui note la qualité du travail effectué par « l'agence de développement de la place financière Luxembourg for finance, partenariat public-privé entre le gouvernement luxembourgeois et la fédération des professionnels du secteur ». Des efforts qui ont

au Royaume-Uni perdront leur passeport communautaire et devront relocaliser tout ou partie de leurs activités s'ils veulent continuer à travailler sur le territoire de l'UE.

Pour le CAA il ne fait aucun doute que le Grand-Duché constituera une terre d'accueil privilégiée « avec ses assureurs résolument tournés vers l'international, l'expérience y relative accumulée depuis des décennies, une législation en pointe et un contrôle constituant un mélange judicieux de rigueur, de flexibilité et de pragmatisme ». À

déjà porté leurs fruits dans d'autres domaines que l'assurance, comme celui des OPC.

Curieusement, parmi les quatorze recommandations faites par le Sénat français pour renforcer l'attractivité de la place de Paris, aucune ne mentionne la nécessité de procurer tant aux sociétés qu'aux épargnants un cadre fiscal stable, comme si en France une telle préconisation était hors de portée. En revanche, la recommandation numéro 11 mérite attention : il s'agit rien de moins que de « moderniser le code des assurances afin de lever les freins à l'attractivité de l'assurance-vie française et de garantir des conditions de concurrence équitables au niveau européen ».

Le rapport considère en effet que le droit applicable est « caractérisé par de multiples incohérences et rigidités » avec comme résultat que les cotisations d'assurance-vie des Français fortunés prennent toujours davantage le chemin du Luxembourg. Parmi

les pistes envisagées figure par exemple l'élargissement de la palette des actifs sur lesquels il est possible d'investir, avec comme au Luxembourg une liste de supports éligibles variant selon le niveau du patrimoine et de la prime versée. Par ailleurs, la Cour de cassation a récemment validé, contre l'avis des régulateurs, la proposition par un assureur luxembourgeois opérant en France sous le régime de la LPS, de contrats autorisant le versement de primes par apport de titres sur des fonds dédiés fermés, alors que le droit français autorise seulement le règlement en numéraire. Bien évidemment les assureurs français comptent s'appuyer sur cet arrêt pour réclamer le même avantage.

Toutefois il est improbable que l'on aille plus loin, du moins à court terme, et les contrats d'assurance-vie luxembourgeois conserveront pendant encore longtemps un avantage comparatif important aux yeux des souscripteurs français, mais aussi des autres épargnants européens.

Chronique Internet

Les *tokens* peuvent être des titres

Jean Lasar

La Securities and Exchange Commission (SEC), l'autorité boursière américaine, a annoncé cette semaine qu'après avoir enquêté sur la mésaventure de The DAO (« Decentralised autonomous organisation ») survenue en juin 2016, elle avait conclu que les *tokens* vendus à cette occasion étaient à considérer comme des titres (*securities*) au sens boursier et donc soumis à la réglementation afférente. The DAO, s'appuyant sur la crypto-plateforme Ethereum et utilisant ses *smart contracts*, avait procédé à une levée de fonds en juin 2016 avant de s'effondrer lorsque des hackers avaient mis à profit une faille dans son code. La SEC estime donc que l'émission des *tokens* du The DAO aurait dû suivre les procédures qui encadrent strictement, notamment dans un souci de protéger les investisseurs contre les escroqueries, toute offre de titres au public. Pour autant, la SEC a adopté dans son rapport un ton mesuré, se gardant de jeter l'opprobre sur cette manière innovante de lever des fonds et d'affirmer que tout *crypto-token* relève nécessairement de la réglementation boursière. Une décision de ce type était attendue depuis quelque temps de la part de la SEC. La fièvre des ICO (« Initial Coin Offering ») est à son comble, avec des levées de fonds qui totalisent fréquemment plusieurs dizaines de millions de dollars (le record en date est de quelque 200 millions de dollars).

Contrairement aux introductions en bourse classiques qui proposent des actions, les ICO proposent des *tokens* appelés à payer les commissions sur les transactions effectuées sur la blockchain en gestation. Stricto sensu, ces *tokens* ne sont pas des parts sociales, ce qui leur a permis jusqu'à présent d'échapper aux contraintes réglementaires. Une intervention du gendarme boursier américain, qui considère depuis belle lurette que son rayon d'action n'est en rien limité aux États-Unis, était inévitable et, à vrai dire, souhaitée par beaucoup d'acteurs du secteur.

« La Commission estime approprié et dans l'intérêt du public de publier ce rapport afin de souligner que la loi fédérale américaine sur les titres peut s'appliquer à diverses activités, y compris la technologie du *ledger* distribué (périphrase désignant la blockchain), en fonction des faits et circonstances particuliers, indépendamment du type d'organisation ou de la technologie utilisée pour réaliser une offre ou une vente particulière », a déclaré la SEC. Une directrice de la SEC responsable de l'application de la loi a précisé : « La technologie innovante de ces transactions virtuelles n'exempte pas les offres de titres et les plateformes de trading du cadre réglementaire conçu pour protéger les investisseurs et l'intégrité des marchés ».

Ce ne sont donc pas seulement les startups levant des fonds à l'aide de la blockchain d'Ethereum qui sont dans le viseur de la SEC, mais aussi les plateformes sur lesquelles se négocient les *tokens* émis. Même si la plupart des grandes plateformes ne sont pas enregistrées aux États-Unis, toutes doivent désormais renforcer leur gouvernance et être prêtes à montrer patte blanche.

La décision de la SEC tombe à pic après une série impressionnante de hacks portant sur plusieurs dizaines de millions de dollars qui ont affecté l'univers crypto ces dernières semaines. Dans un cas, les hackers ont pris le contrôle du site web proposant des *tokens* et ont modifié l'adresse de destination des ethers envoyés pour participer à l'ICO, s'emparant de l'équivalent de plusieurs millions de dollars avant la découverte de la supercherie. Dans un autre cas, un « White Hat Group » de hackers intervenant comme des crypto-secouristes a « volé » pour 85 millions de dollars d'ethers compromis par un hack, qui risquaient de tomber définitivement dans l'escarcelle des hackers, réussissant en peu de temps à en restituer pour soixante millions à leurs propriétaires légitimes. Face à ce regain d'arnaques et à la tentation de l'argent facile des « scams », la SEC intervient à point nommé pour encourager les intervenants à mieux tester leur code et séparer le grain de l'ivraie dans la jungle des ICO.

Les pistes envisagées figure par exemple l'élargissement de la palette des actifs sur lesquels il est possible d'investir, avec comme au Luxembourg une liste de supports éligibles variant selon le niveau du patrimoine et de la prime versée. Par ailleurs, la Cour de cassation a récemment validé, contre l'avis des régulateurs, la proposition par un assureur luxembourgeois opérant en France sous le régime de la LPS, de contrats autorisant le versement de primes par apport de titres sur des fonds dédiés fermés, alors que le droit français autorise seulement le règlement en numéraire. Bien évidemment les assureurs français comptent s'appuyer sur cet arrêt pour réclamer le même avantage.

Toutefois il est improbable que l'on aille plus loin, du moins à court terme, et les contrats d'assurance-vie luxembourgeois conserveront pendant encore longtemps un avantage comparatif important aux yeux des souscripteurs français, mais aussi des autres épargnants européens.

Universität du Luxembourg

L'Université service public

Quelle est la raison d'être de l'Université du Luxembourg et quels sont ses perspectives de développement ? Sur ses pages « Meinung », le *Lëtzebuurger Land* a voulu lancer le débat. Dans un premier article, le journaliste Peter Feist avait conclu qu'un telle discussion était nécessaire sinon l'université risquerait de perdre son rôle comme institution où le travail scientifique libre et désintéressé n'est pas seulement toléré mais exigé (*d'Land*, 07.07.2017). Dans la contribution suivante, l'historienne Éloïse Adde situait le problème dans un contexte plus large, suggérant que les difficultés actuelles que traverse l'Uni.lu sont conditionnées par « l'État néo-libéral luxembourgeois » (*d'Land*, 14.07.2017). Cette semaine, Ben Fayot, ancien député du LSAP, se penche sur le rôle que l'Uni.lu devrait assumer en tant que seule université publique du pays.

Ben Fayot

Les turbulences de ces derniers mois à l'Université du Luxembourg ne doivent pas faire oublier qu'un nouveau cadre légal s'annonce, donc aussi, en partie du moins, un nouvel avenir.

Le projet de loi 7132 comporte une modification qu'on peut considérer comme fondamentale. C'est l'agencement interne entre facultés, centres interdisciplinaires et écoles qui est revu vers plus d'interdisciplinarité et de flexibilité interne. Si le nombre de facultés reste fixé à trois, leur contenu n'est que vaguement nommé par une phrase très générale qui parle de « programmes d'études en sciences exactes et naturelles, sciences de l'ingénieur et technologiques, sciences médicales, sciences humaines et sciences sociales. » (Art. 31)

Outre ces trois facultés il y aura désormais six centres interdisciplinaires, au lieu des trois prévus dans la loi du 15 août 2003, et plus d'écoles doctorales organisées par les facultés, qui auront plus de flexibilité pour collaborer entre elles et également avec les centres interdisciplinaires. Encore que, malheureusement, la répartition des ressources entre ces différentes entités ne soit pas clarifiée dans le projet de loi !

Quelles finalités ?

Ce nouvel agencement doit nécessairement s'accompagner d'une réflexion sur les objectifs, réflexion qui fait largement défaut dans le volumineux projet de loi 7132 déposé le 24 avril 2017.

Au début, avant que l'Université ne prit son envol, certains décideurs insistaient lourdement sur la plus-value économique que l'Université pourrait apporter. En somme, l'Université serait investie d'une sorte de mission économique permanente. Logiquement, on y intégrait la « School of Finance » qui s'adonne à une recherche en relation étroite avec la place financière. Il est vrai aussi que l'existence de cette place de même que la proximité d'institutions européennes telle que la Cour de justice européenne ont ouvert des perspectives concrètes à la recherche de la faculté de droit et d'économie.

Quant aux centres interdisciplinaires, prévus à côté des facultés, ils ont également donné des idées à ceux qui voyaient surtout l'intérêt économique d'une université. Ils pensaient que ces centres serviraient à des recherches qui permettraient d'avoir un retour sur investissement par des résultats rapidement monnayables.

Les deux centres existants plus anciens, le « Interdisciplinary Centre for Security, Reliability and Trust » (SnT) pour le domaine des TIC et le « Luxembourg Centre for Systems Biomedicine » (LSCB) pour la recherche médicale, sont aujourd'hui considérés comme des réussites quant à la qualité de leur travail. S'ils ont été créés avec des arrière-pensées économiques, ils ont fait comprendre entretemps que, tout en étant très importantes scientifiquement, de telles recherches ne comportent pas automatiquement des retombées économiques. Surtout, la présence d'équipes de chercheurs de haut niveau est un enrichissement capital en lui-même pour un pays dépourvu traditionnellement d'une large expertise intellectuelle. Ce résultat, peut-être imprévu pour d'aucuns, constitue un enseignement utile pour une société peu habituée à des investissements importants dans la recherche, peu importe qu'on l'appelle pure ou appliquée.



À l'heure actuelle, l'ascenseur social ne fonctionne que si le système linguistique complexe et difficile est maîtrisé à la perfection

Un laboratoire d'idées pour l'avenir du pays

Étant donné l'importance qu'auront les centres interdisciplinaires dans la nouvelle loi, la question passionnante sera de savoir quels seront les trois nouveaux centres à venir. Certes, la loi n'en donne que la possibilité et on dira que rien ne sera décidé avant longtemps. Mais on ne sait jamais comment des choses importantes arrivent, et il faut craindre qu'elles n'arrivent sans véritable débat stratégique.

Or, ce débat est nécessaire. Au lieu de voir ces futurs centres s'orienter une nouvelle fois selon une finalité économique, ils devront cette fois-ci s'engager surtout et délibérément pour le service public, c'est-à-dire s'intéresser à des finalités qui servent l'intérêt général.

Notre pays est arrivé à un moment crucial de son développement où il faut se demander comment continuer. Il est confronté à des défis importants : comment aménager et utiliser parcimonieusement la ressource rare que constitue son territoire, comment gérer harmonieusement une société de plus en plus hétérogène, comment former au mieux une population très plurilingue, à l'école et en dehors, comment maîtriser une croissance économique que le pays accompagne plus qu'il ne contrôle.

Le temps est venu où ce pays ne peut maîtriser son avenir que par une expertise née d'une recherche et d'une réflexion approfondies. Un ou des centres interdisciplinaires à l'Université du Luxembourg pourraient être des instruments où se créerait cette expertise essentielle pour les gouvernants actuels et futurs.

Pour ne donner qu'un exemple : la question des langues au Luxembourg est un défi évoqué de façon récurrente, mais souvent au ras des pâquerettes et sans véritable percée depuis longtemps. Notre pays fonctionne avec un système linguistique complexe et difficile. À l'heure actuelle, l'ascenseur social ne fonctionne que si ce système linguistique est maîtrisé à la perfection. Cette maîtrise est traditionnellement très sélective, car elle exige l'excellence aussi bien à l'écrit que dans la communication orale dans les trois langues du système. D'autre part, elle est une condition essentielle pour la cohésion d'une société multinationale, cela d'autant plus que les arborescences vers d'autres langues internationales commencent à se multiplier (l'anglais surtout, mais aussi le portugais, l'italien, l'espagnol, le chinois, ...) et exigent une capacité de « language switching » permanente, toute la vie durant, dans de nombreux secteurs de la vie courante comme dans l'activité économique et la communication sociale.

Le domaine des langues est capital pour la scolarité de tous les enfants vivant au Luxembourg, du plus petit âge jusqu'à l'enseignement supérieur, de quelque nationalité qu'ils soient. Aucun enfant ne peut vivre en autarcie linguistique sous peine d'autisme social et économique. Mais il concerne aussi l'éducation non formelle qui s'adresse à tous les habitants comme aux navetteurs nécessaires à l'économie luxembourgeoise.

L'interdisciplinarité d'un tel centre est évidente : il devra étudier les conséquences du contact des langues sur notre territoire, rechercher l'origine des difficultés individuelles et collectives, révéler les conséquences du bagage linguistique pour

l'ensemble des branches du savoir humain et le niveau d'éducation en général. À chaque niveau scolaire ou face à l'intégration linguistique nécessaire de nouveaux arrivants, des choix doivent être faits, et ils devraient être cohérents sur l'ensemble du territoire. Et ces choix concernent aussi bien les méthodes didactiques que l'évaluation des compétences.

Un tel centre consacré au multilinguisme devra fédérer en son sein les projets de recherche existants, certes intéressants et importants, mais souvent isolés. Il devra dépasser enfin la juxtaposition des trois langues qui fonctionnent chacune pour soi à l'école, sans tenir compte des autres.

Zu Gast

Solidarität und soziale Verantwortung

Yves Cruchten

2013 ist die LSAP mit neuen Koalitionspartnern angetreten, um das Land zu modernisieren und die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. In der Folgezeit wurden auf nationaler Ebene wichtige Entscheidungen getroffen, die eindeutig die Handschrift der LSAP tragen und für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Durch eine sozial gerechte Steuerreform wurden kleine und mittlere Einkommen deutlich entlastet und die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger gestärkt. Die Bedingungen und Leistungen für den Elternurlaub wurden verbessert, die Studienbeihilfen erhöht und ein Mietzuschuss für Niedriglohneempfänger eingeführt. Darüber hinaus ist es nach jahrzehntelangem Stillstand unter dem Impuls eines sozialistischen Innenministers endlich gelungen, die Gemeindefinanzen zu reformieren und

Yves Cruchten ist Generalsekretär der Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei

für mehr Verteilungsgerechtigkeit bei den kommunalen Ressourcen zu sorgen. Die Diversifikation der Wirtschaft wurde mit neuen Initiativen wie den *Space Resources* oder dem Ausbau des Landes als kompetenter IT-Standort vorangetrieben. Die Staatsfinanzen wurden ins Lot gebracht und der Indexmechanismus wieder vollständig eingeführt.

Auch im gesellschaftspolitischen Bereich kann die LSAP mit der Reform und Neuordnung der Rettungsdienste, der Trennung von Kirchen und Staat, der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und der Einführung eines einheitlichen Werteunterrichts an den öffentlichen Schulen wesentliche Fortschritte verbuchen.

Für mehr Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt in einer sich schnell wandelnden Gesellschaft zu sorgen, gehört zu den Hauptaufgaben der kommenden Jahre. Mit der zunehmenden Digitalisierung, einer wachsenden Bevölkerung, den Auswirkungen des Klimawandels und Ressourcenverbrauchs steht die Politik in der Tat vor großen Herausforderungen. Mut und Weitsicht sind gefragt, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin eine hohe Lebensqualität und eine gute soziale Absicherung zu gewährleisten.

Am 8. Oktober werden die Wählerinnen und Wähler vor einer wichtigen Entscheidung stehen, wenn es darum geht, die Gemeinderäte neu zu wählen

Un ou des centres interdisciplinaires à l'Université du Luxembourg pourraient être les instruments où se créerait une expertise qui sera essentielle pour les gouvernants actuels et futurs

En tout état de cause, ce centre interdisciplinaire devrait aussi permettre d'évaluer sérieusement des démarches qui font tout à coup irruption dans le champ didactique (du genre immersion linguistique) inventées comme autant de « deus ex machina » pour résoudre d'un seul coup des problèmes complexes.

Il serait regrettable que le débat politique autour de l'Université du Luxembourg s'arrête aux quelques turbulences des derniers mois, ou qu'il se limite aux questions d'argent, sans s'occuper du fond. Ce fond, c'est l'avenir du pays, et c'est la question sur l'apport que l'Université peut fournir pour cet avenir, c'est-à-dire, en somme, comment le Grand-Duché peut devenir plus intelligent grâce à son Université !

En tant que député, Ben Fayot a été membre de la commission spéciale sur la recherche au Luxembourg de 1984 à 1989, co-rapporteur de la loi du 7 mars 1987 sur les centres de recherche publics, membre de la commission de l'enseignement supérieur et de la recherche de 1999 à 2013. À ce sujet, il a interpellé le gouvernement le 29 juin 2000 et a présenté une motion, adoptée à l'unanimité, pour demander la création d'une université à Luxembourg.

und jenen die Verantwortung zu übertragen, die die gesellschaftliche Entwicklung mit mutigen Entscheidungen vorantreiben und für das Gemeinwohl und eine fortschrittliche Politik eintreten.

2011 wurde die LSAP bei den Gemeindewahlen zu Recht als stärkste politische Kraft bestätigt, weil sie die Nähe zu den Bürgern sucht und deren Anliegen ernst nimmt. Die LSAP wird ihre kommunalpolitische Erfahrung und Kompetenz auch in Zukunft nutzen und sich dafür einsetzen, dass alle Menschen sich in unserer Solidargemeinschaft, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und sozialen Herkunft, unabhängig von ihrer Religion, Hautfarbe und sexuellen Orientierung frei entfalten können.

Die LSAP wird den Bedürfnissen und Sorgen der Menschen auch in Zukunft Rechnung tragen und dort ansetzen, wo es akuten Handlungsbedarf gibt. Sie wird dafür eintreten, dass Wohnraum wieder bezahlbar und aus überfüllten Straßen eine nachhaltige Mobilität wird. Die LSAP wird dafür sorgen, dass Schule und Betreuung im Dienst von Kind und Familie stehen, dass aus Freizeit Freude wird und aus dem Nebeneinander ein Miteinander entsteht. Solidarität und soziale Verantwortung verpflichten.

Die LSAP hat die Zeichen der Zeit erkannt und bereitet Land und Gemeinden konsequent auf die Zukunft vor.

À propos du nouveau livre de Philippe de Timary, *L'alcoolisme est-il une fatalité ? Comprendre et inverser une spirale infernale*

L'« alcoolique », mon semblable

Paul Hentgen

La consommation excessive d'alcool est un problème de santé public majeur, encore et toujours sous-thématisé, sous-diagnostiqué et sous-traité. Et la stigmatisation sociale de l'alcoolisme et de l'alcoolique, survivance du modèle moral de l'alcoolisme du XIX^e siècle, ne fait qu'en rajouter à la spirale infernale dans laquelle les personnes devenues alcoolodépendantes finissent tôt ou tard par s'enfermer.

Qu'en est-il, dès lors, de la responsabilité du sujet, aussi vulnérable mais également lucide que celui-ci puisse avoir été au départ, de son libre-arbitre, de sa faculté de choisir l'alternative et de remonter la pente, une fois qu'il est pris dans l'engrenage de l'alcoolisme ? Autrement dit, au fur et à mesure de la progression d'un processus aux dimensions multiples – neurobiologiques, neuropsychologiques, psychoaffectives et sociofamiliales – bien souvent marqué par la surenchère du pire et la résignation face à une issue finalement ressentie comme fatale.

L'ouvrage grand public de Philippe de Timary, professeur à l'Université Catholique de Louvain, vient de paraître à un point nommé. Humaniste convaincu, l'auteur est doté de la double légitimité du neuroscientifique reconnu et du clinicien expérimenté pour tenter de répondre de manière qualifiée aux questions – à vrai dire hautement complexes – soulevées.

Réduire l'écart de traitement

Il y a une bonne dizaine d'années environ, la notion d'écart de traitement (*treatment gap*) a été propulsée à la une des agendas de santé publique, de l'Organisation mondiale de santé (OMS) notamment : si les mésusages d'alcool constituent une problématique omniprésente à l'origine d'une très importante charge globale de morbidité (*global burden of disease*), l'accès aux soins est en revanche très limité (quelques dix pour cent des personnes alcoolodépendantes y ont recours, ceci en moyenne seulement après une quinzaine d'années d'évolution de la problématique). Ledit écart de traitement est lié d'une part à la problématique alcoolique elle-même et d'autre part à l'organisation et aux modalités du dispositif de soins, sans oublier l'impact de la société à ces deux niveaux (ambivalences des sociétés dites permissives, stigmatisation sociale).

On considère de nos jours que les différentes catégories de mésusage d'alcool (usage à risque, usage nocif/abusif et usage dépendant, avec ses dimensions psychiques et physiques) constituent en fait différents degrés de sévérité d'un seul et même processus graduel. Si les classifications dites catégorielles gardent l'avantage d'une meilleure opérationnalisation en termes d'interventions de type santé publique, les classifications dites dimensionnelles permettent entre autres de comprendre que l'« alcoolique » ayant développé une dépendance sévère n'est pas l'autre pris dans une sorte de catégorie différente de la mienne,



Qu'en est-il de la responsabilité du sujet, aussi vulnérable mais également lucide que celui-ci puisse avoir été au départ, de son libre-arbitre, de sa faculté de choisir l'alternative ?

mais qu'il s'agit bel et bien de mon semblable, de moi-même en puissance. Penser autre chose relève déjà du déni (voire de la stigmatisation) dont il sera question un peu plus loin. En revanche, les stades initiaux dudit processus sont devenus plus récemment un focus d'intervention privilégié (prévention primaire, repérage précoce, intervention brève, et cetera).

Aussi, l'auteur rappelle-t-il d'entrée de jeu les recommandations de l'OMS relatives aux seuils de la consommation dite à faible risque (le risque zéro n'existant pas, notamment d'un point de vue cancérologique, voilà pourquoi il existe également des recommandations plus prudentes que celles de

l'OMS) : maximum trois verres dits standards par jour pour les hommes (21 verres par semaine), et deux verres par jour pour les femmes (14 verres par semaine), sous réserve d'exceptions (zéro alcool chez les jeunes, les femmes enceintes, et cetera).

Une problématique complexe aux facettes multiples

Pour tenter de répondre à la question de la responsabilité du sujet, l'auteur situe d'abord celle-ci dans le cadre d'une interrogation sur la notion d'alcoolisme-maladie en tant que processus qui à la fois engage le sujet et le dépasse. L'auteur distingue à ce titre entre deux types de facteurs d'occultation de la prise de conscience par le sujet de ce qui le concerne et qui le plongent dans une sorte de contemplation : d'une part le déni subjectif (refus de reconnaissance de la réalité, de la perte de contrôle et des conséquences de l'alcoolisme, entre autres par blessure de l'amour-propre, par compensation d'une faible estime de soi, d'un vécu de dévalorisation, et cetera), et d'autre part le déficit neurologique (anosognosie ou absence de conscience morbide sur fond d'une atteinte cérébrale plus ou moins prononcée et réversible à l'arrêt de la consommation).

L'auteur se penche ensuite sur les causes et les mécanismes du développement de la problématique alcoolique. Là encore il y a lieu de distinguer entre deux types de facteurs, les facteurs de vulnérabilité, indépendants de toute consommation d'alcool (prédisposition génétique, tolérance biologique, traumatismes psychologiques, traits de personnalité en rapport avec l'impulsivité, l'intolérance à la frustration, l'anxiété, la dépression, et cetera), et les facteurs engendrés par la consommation elle-même (facilitation des interactions sociales en cas de timidité ou de phobie sociale, recherche d'apaisement en cas de crise d'angoisse, de stress posttraumatique, d'événement de vie critique, et cetera). La combinaison de ces deux types de facteurs constitue le nid de l'enfoncement dans la spirale bio-psycho-sociale négative de l'alcoolisme.

Une autre barrière à l'accès aux soins est liée aux effets psychologiques de l'alcool. L'auteur relève l'installation de plusieurs cercles vicieux : alcool, dépression,

L'OMS définit comme seuil de la consommation « à faible risque » : maximum trois verres dits standards par jour pour les hommes (21 verres par semaine), et deux verres par jour pour les femmes (14 verres par semaine)

anxiété et fatigue (en général, amélioration rapide après le sevrage) ; alcool, atteinte des fonctions cognitives/exécutives (réflexion, anticipation, décision), du contrôle des impulsions et de la régulation des émotions (différenciation, expression, élaboration), y compris dans leurs dimensions interpersonnelles (effets susceptibles de persister à plus long terme).

Nous voilà arrivés au cœur de l'ouvrage où l'auteur déploie l'une de ses thèses centrales, notamment l'hypothèse d'un lien entre l'existence d'un trouble par excès (hypersensibilité liée au Soi et au rejet social, écart grandissant entre un idéal élevé et une réalité à la dérive), d'un trouble par défaut (trouble de la cognition sociale, de la théorie de l'esprit, de la mentalisation, de l'empathie, et cetera), et l'alcoolisme (en réponse aux blessures sociales vs. indifférence progressive au rapport social, syndrome d'autoexclusion, déconnexion de la société). Tant l'impulsivité que le trouble de la cognition sociale ont leurs corrélats au niveau des dégâts cérébraux causés tôt ou tard par l'alcool en cas de dépendance sévère et qui ne sont pas sans conditionner

les risques de rechute et de perte de contrôle parfois précoces et massifs en cas d'abstinence.

Les mécanismes biologiques concernent deux types de processus, respectivement de renforcement positif (recherche de plaisir, rôle central du système de récompense et de motivation) et de renforcement négatif (évitement/atténuation d'états émotionnels négatifs, impliquant également le système du stress). À ces deux types de processus (rajoutons qu'en cas d'alcoolisme chronique l'impact du second tend à se substituer au premier) correspondent différents circuits neuronaux, faisant intervenir différents neurotransmetteurs. Ceux-ci sont la cible des divers médicaments utilisés dans le traitement de l'alcoolisme, dont les principaux sont brièvement évoqués dans le livre. Un domaine de recherche sans doute prometteur – investi par l'auteur – porte sur les mécanismes biologiques plus indirects du développement de l'alcoolisme, notamment dans le cadre d'un processus inflammatoire (altération de la perméabilité de la paroi intestinale et du microbiote intestinal, libération sanguine d'agents bactériens, répercussions finalement au niveau cérébral).

Un dispositif de soins différencié, à la portée de tous

Les conseils prodigués aux familles sont de trois types : réagir suffisamment tôt pour prévenir l'installation de la spirale négative ; manifester son inquiétude en évitant les reproches (conformément à l'esprit de l'entretien motivationnel de l'addictologie contemporaine) ; faire appel à une aide extérieure, le cas échéant professionnelle. Au-delà de ces conseils les familles sont invitées à s'interroger sur leur implication, ceci malgré les meilleures intentions de ce monde, dans la genèse et le maintien de la problématique de dépendance (codépendance) et à s'adresser, au même titre que la personne alcoolique, aux groupes d'entraide.

Quant au traitement de l'alcoolisme, le lecteur découvrira, chemin faisant, le nouveau paradigme de l'élargissement et du libre choix des objectifs thérapeutiques (abstinence vs. modération/réduction de

(Suite en p.14)

Baulückenprogramm

Alter Schmarren!

Letzte Woche ereiferte sich Wohnungsbauminister Marc Hansen (DP) anlässlich einer Pressekonferenz über die Schließung von Baulücken durch öffentlich-rechtliche Bauherren. Das Projekt in der Düdeler Ortschaft Biringen wurde der Öffentlichkeit als „erstes Projekt auf Staatsgelände“, das der Fonds du Logement realisiere, publikumswirksam verkauft.

Tatsache ist vielmehr, dass diese Vorgehensweise seit Jahrzehnten auf der Agenda des staatlichen Wohnungsbaufonds steht und konsequent bis zum Jahre 2015 durchgezogen wurde. In der Tat, seit seiner Gründung im Jahre 1979 erwirbt der Fonds regelmäßig vom Staat, von Gemeinden, von Kirchenfabriken, aber auch von privaten Grundstücksbesitzern so genannte Baulücken, um sie im Rahmen der inneren Stadterweiterung Wohnzwecken zuzuführen.

Dieses ehrgeizige Programm begann bereits Anfang der 1980-er Jahre mit der Verdichtung des Quartier Brill in Düdelingen. Hier wurde in die

Abstandsflächen der alten Arbeiterhäuser jeweils ein neues Einfamilienhaus gebaut und verkauft. Auch der Bau von 32 Mietwohnungen am Boulevard Kennedy in Esch-Alzette gehörte zu diesem großen Baulückenprogramm.

Der Staat verkaufte dem Fonds eine bedeutende Baulücke in Grevennmacher am Ort *Bei der Poirt*, die es ihm erlaubte, im Jahre 1992 am Stadteingang 31 Mietwohnungen zu errichten. Sechs Einfamilienhäuser zum Verkauf konnten in einer staatlichen Baulücke, gelegen in der Rue Emile Metz in Luxemburg Stadt, errichtet werden.

1997 begann der Bau von 16 Mietwohnungen in der Differdinger Rue de l'Hôpital in einer Baulücke, die der staatliche Wohnungsbaufonds von der Arbed erworben hatte. Die acht Wohnungen zum Verkauf in der Rue du Rham wiederum wurden in einer staatlichen Baulücke errichtet, um nur diese wenige Beispiele zu nennen. Daniel Miltgen, bis 2015 Vorstandsvorsitzender des Fonds du Logement

Die kleine Zeitzeugin

Die glückliche Touristin



Schon gesehen? In Sankt Petersburg brennt die Ewige Flamme der Sowjetunion noch

Michèle Thoma

Es gibt sie, die glückliche Touristin. Sie steht an einem Hotspot, an dem sich Geografie, Geschichte, Life & Style ein Rendezvous geben, seit Jahrhunderten, hat sich allgemein herumgesprochen. Sie ist hingerissen. Inmitten von Busladungen aufmerksamer Asiat_innen, betuchter Damen aus den Emiraten und ihren Kinderwagen und Leibwächtern, den Tourismusbrigaden aus sämtlichen Kontinenten steht sie und staunt. Das ist so schön!

Obwohl sie aus einem wohlhabenden Land kommt, mitten im gepflegten europäischen Museum, und sie weder an Armut noch an schweren Gebrechen leidet, war sie überall noch nicht gewesen. Der Beruf, die Kinder, das Haus, die Zeit ist vergangen, sie wundert sich selber darüber.

Sie ist überall nicht gewesen, wo alle schon waren. Wovon sie gar nicht mehr reden, so selbstredend ist das. Sie hat diesen oder jenen schon millionenfach abgebildeten Ort, diesen optisch und sentimental abgeleschten Ort, längst ein Emblem, ein Logo, eingestanz in die weltbürgerliche DNA, niemals betreten. Kenner_innen ziehen diesen Ort schon gar nicht mehr in Betracht, müde winken sie ab: Da kann man ja gar nicht mehr hin. Damals, ja damals, da war das noch anders, als Byzanz noch Byzanz war, damals, als sie mit neugeborenen Augen vor der Antike standen, die friedlich vor sich hin zerbröselte, und es gehörte alles ihnen. Denn sie waren jung, und die Welt war jung, so kam es ihnen jedenfalls vor, auch wenn sie vor ihren Augen den Geist aufgab. Sie hatte wenigstens noch Geist!

Das war vor all den Liftings, bevor man immer professioneller darin wurde, die Touristenströme zu kanalisieren, aus Gotteshäusern Horror-Museen mit unverstündlichem Inventar zu machen. Es war, bevor Venedig venezianerfrei wurde und Wien zum Fake. Es war noch nicht alles Attrappe. Warum nicht gleich in China ein Fake-Wien buchen, es wäre sicher authentischer als das, was den bedauernswerten Opfern des Tourismus kulinarisch, optisch, akustisch in sämtlich verfügbare Öffnungen und Aufmerksamkeitskanäle gestopft wird.

All das hat seine Unschuld verloren, ist käuflich geworden, profaniert, von Massenmenschenmassen zertrampelt, hat keinen Charme mehr. Die Auskennerinnen schützen sich vor Entsetzen beim bloßen Gedanken an den Eiffelturm. Die Touristen und die Terroristen. Gott sei Dank haben sie das ja längst intus. Und sie können ausweichen, großräumig. Südafrika zum Beispiel, Afrika *light*, immer noch gut. Nordkap geht auch noch.

Die glückliche Touristin gondelt in City-Bussen einmal rundherum und einmal quer durch, sie besteigt Schiffelein, die eine Stadt umschiffen, von wo aus sie Türme sieht und Brücken und viele, viele wie sie, die sich vor Brücken und Türmen posten. Es stört sie nicht, manchmal klagt sie über die Füße, nur Stehplätze, aber das nimmt sie in Kauf und sie kauft eine Eintrittskarte, um eine Stadt zu betreten, die zu einem Tourismuspark mutiert ist, den die Einheimischen längst desertiert haben. Weil es so viele wie sie gibt.

Auf der Karlsbrücke, vor der sie gewarnt wurde, vielleicht würde sie zermalmt von den terroristischen Tourismustruppen, steht sie ergriffen. So etwas Schönes und Perfektes hat sie noch nie gesehen, so ein Gemälde mit Fluss und Türmen, und alles am genau richtigen Platz. Sie nimmt ihr Gelati zu sich in der Gelateria, die längst Herrn Xi Ping gehört, inmitten von russischen, arabischen, japanischen Wortfetzen. Ein paar bunte Fetzen wehen auf einer Leine wie in sehr bunten Filmen mit Lambretta und Sophia Loren, sie knipst sie. So italienisch! Ihre Begleiter murmeln was, vielleicht vom Tourismusverein drapiert, wegen Lokalkolorit. So was überhört sie. Sie lässt sich ihre Freude nicht nehmen. Sie hat sie sich verdient.

Sie vergleicht nicht Barcelona mit London mit Berlin. Ihr Paris ist nicht von Milliarden Blicken abgenutzt, das Chanson, das einer klimpert unter einer Brücke, die in unzähligen Filmen mitspielte, ist nicht abgewetzt.

Alles leuchtet, auch der größte Kram, für sie, ihre Augen leuchten.

(Suite de la p.13)

consommation, le cas échéant comme objectif intermédiaire), inscrivant l'alcoologie au cœur d'une addictologie se soutenant depuis une trentaine d'années désormais de la réduction des risques et des dommages, ce qui a déjà permis dans bien des situations jugées désespérées voire dépassées de briser les différents cercles vicieux cités et d'inverser ladite spirale infernale, sinon même de la muter en spirale vertueuse.

Précisons que si l'abstinence reste en 2017 l'objectif recommandé en cas d'alcoolodépendance avancée, sévère, physique, etc. et en cas de comorbidité psychiatrique (alcoolisme associé à d'autres troubles mentaux/psychiques), toute réduction de consommation significative est préférable au statu quo.

L'objectif d'abstinence présuppose, en définitive, pour pouvoir être atteint et maintenu dans la durée, une motivation dite intrinsèque dont l'appropriation par le sujet passe souvent par la fixation des précités objectifs intermédiaires. Parmi les facteurs déterminants d'une abstinence réussie l'auteur en cite trois : la persistance ou non d'une appétence à l'alcool (*craving*), elle-même soumise autant à des processus automatiques qu'à des processus réflexifs (la décision d'arrêt et son maintien !), le mieux-être psychologique procuré par l'abstinence (qui n'est pas toujours au rendez-vous et dont il faudra le cas échéant s'occuper !), enfin la qualité des relations sociales (souvent hypothéquée par la fierté ou la honte) et les stratégies de gestion des tentatives de consommation en contexte sociétal.

Le traitement se déroule typiquement en plusieurs phases (contact, sevrage, consolidation, longue durée) et associe plusieurs modalités/méthodes (pharmacothérapie, psychoéducation, psychothérapie, intervention systémique, réentrainement cognitif, exercices de pleine conscience, et cetera).

C'est ici qu'il convient de se rappeler les distinctions précédemment introduites, et d'adapter l'approche à la situation de la personne : fragilité narcissique vs. anesthésie sociale ; illusion de reprise du contrôle après amélioration subjective initiale vs. persistance

de troubles cognitifs, émotionnels et relationnels exposant au risque de rechute en postsevrage plus ou moins immédiat, et cetera.

L'une des originalités du modèle décrit et implémenté en milieu universitaire à Bruxelles par Philippe de Timary consiste dans ce qu'il appelle l'hospitalisation scindée (par le biais d'une collaboration très étroite en unité conjointe entre médecine interne et psychiatrie dans le champ partagé de l'alcoologie) : le sevrage hospitalier en deux temps entrecoupés par un retour en situation de vie réelle, sorte de mise à l'épreuve et de confrontation à la dynamique du refus évoquée ci-dessus, mais aussi de mise en confiance du sujet avec ses propres ressources et engagements convenus avec les soignants.

La question de la fatalité...

Même si l'angélisme n'est pas de mise, selon la formule de l'auteur, si les dégâts causés à soi-même et à autrui peuvent être considérables et s'il n'y a pas lieu d'en affranchir complètement le sujet, les personnes alcoolodépendantes n'ont qu'une responsabilité de plus en plus limitée au fur et à mesure de leur enlèvement dans le processus aliénant et dévastateur de l'addiction (difficultés allant en s'aggravant avec la poursuite de la consommation, pour les raisons biopsychosociales évoquées, pour jeter un regard critique et éclairé sur leur propre situation).

Donnons également à penser ceci : s'il n'est pas très utile de se sentir coupable d'avoir développé une dépendance à l'alcool, il peut être pertinent, en revanche, de se sentir responsable de se donner les moyens pour s'en sortir. Une telle prise de conscience implique, au demeurant, pour autant qu'elle soit (encore/à nouveau) possible, la prise de responsabilité par le sujet par rapport aux conséquences de ses actes, y compris de l'acte de boire.

L'auteur estime dès l'introduction que « l'alcoolisme n'est une fatalité que si l'ensemble des intervenants se laisse sombrer dans la résignation ». Le pessimisme n'est dès lors pas non plus de mise : dans moins de dix pour cent seulement des cas admis en traitement, selon l'expérience de l'auteur, le pronostic reste réservé. Mais même dans ces cas-là, et

Même si l'angélisme n'est pas de mise, les personnes alcoolodépendantes n'ont qu'une responsabilité de plus en plus limitée au fur et à mesure de leur enlèvement dans le processus aliénant et dévastateur de l'addiction

dont on ignore tout à l'avance même en pensant tout savoir, sinon à plus forte raison dans ceux-ci, il faut avoir à l'esprit que l'attitude soignante compte parmi les principaux facteurs prédictifs susceptibles d'infléchir une trajectoire de soin et de vie.

Si vous êtes de près ou de loin concerné par la question et si vous estimez qu'un travail de réflexion sur celle-ci peut vous aider à avancer, alors rendez-vous sans hésiter chez votre libraire, à condition bien entendu de maîtriser la langue de Molière. Cela dit, sachez qu'il ne s'agit pas d'un ouvrage simplificateur rempli de caricatures multicolores et d'anecdotes faciles, mais bien d'un travail de transposition rigoureux visant à rendre accessible les acquis scientifiques de l'alcoologie contemporaine à un large public inégalement averti. Ceci dans un langage clair et sensible, le tout assorti de nombreuses vignettes cliniques qui sont autant de témoignages de tragédies singulières que de sources d'espoir pour s'en sortir.

Paul Hentgen est psychiatre.

Philippe De Timary : *L'alcoolisme est-il une fatalité ? Comprendre et inverser une spirale infernale*. Bruxelles : Mardaga, 2016, 176 pages, 18 euros

Karawanserei

Zwischen Meer und Lagune

Die Sonne sinkt, der Geräuschpegel steigt. Seit einer Woche ist das Wetter in Ras al-Khaimah schlecht. Es regnet ausgiebig wie nie. Es ist keine zwanzig Grad warm, geschweige denn dreißig, wie sonst um diese Jahreszeit. Doch so schnell legen die Einheimischen ihre Gewohnheiten nicht ab. Normalerweise verlassen sie in dieser Jahreszeit erst am späten Nachmittag ihre Häuser, ihre Wohnungen. Wenn die Sonne sich allmählich dem Horizont nähert, die Nacht naht, die Temperaturen sinken.

Dann gehen an der al-Khor Road, man nennt sie auch noch New Corniche, die Laternen an. Halbstarke in bunter Freizeitkluft albern herum. Junge Mädchen flanieren in kichernden Grüppchen am Ufer der Lagune entlang. Größere Gruppen, hauptsächlich Frauen, auch ältere in dunkler Verschleierung, haben sich mitsamt Sprösslingen zum Picknick auf den sicherlich immer noch ein wenig feuchten Grünflächen niedergelassen, während

junge Eltern ihren Nachwuchs mit Eis verwöhnen und Kinderfahrzeuge für die Kleinen mieten, vor denen man sich in Acht nehmen muss.

Die Old Corniche liegt ein paar hundert Meter gegenüber, auf der anderen, der dem Meer zugewandten Seite der langen schmalen Landzunge. Dort herrscht nie viel Verkehr. Eine zweispurige löchrige Straße zieht sich an einem mit Sand und Geröll ausgelegten Spazierweg entlang. Schäbige, schon halb eingestürzte Häuschen, in denen Gastarbeiter aus Indien, Pakistan und Bangladesch untergekommen sind, säumen die heruntergekommene Promenade. Wenige Geschäfte, ein paar Imbissbuden, ein, zwei Cafeterrassen mit den berüchtigten Monobloc-Plastikstühlen, die in weißer Ausführung in der ganzen Welt verbreitet, hier aber von dunkelbrauner Farbe sind. Abends ist es hier tot.

Im Gegensatz zur New Corniche. Dort tobt geradezu das Leben. Kindergeschrei, Kommandos

der Eltern, Gehupe, Gejaule. Spätestens wenn die Sonne hinter den entferntesten Hochhäusern verschwunden ist, füllen sich die Bars und Restaurants. Kundschaft wird mit echtem italienischem Espresso angelockt, serviert auf winzigen Pariser Bistrotischen, mit Spezialitäten aus Thailand, Nepal und dem Libanon. Auf der Lagune flackert es und glitzert. Der Mangrovenwald jenseits der Lagune zieht sich dahin wie ein düsteres, gefährliches Band mit zahlreichen Schlingen und Fallgruben.

Umso heller sind die ein, zwei, drei oder vier Minarett der großen Moschee beleuchtet. Sich in den riesigen Regenpfützen widerspiegelnd, erscheint das Gebetshaus einem noch imposanter. Auf die Rufe des Muezzins allerdings scheint am westlichen Ufer des Wasserarms niemand gewartet zu haben. Nur ein paar versprengte Fremde halten beim Gesang aus unsichtbare Lautsprechen kurz inne und heben die Köpfe. hr.



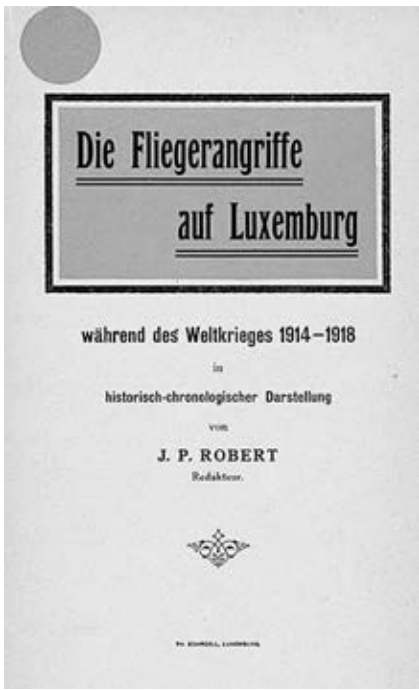
Abendstimmung: Kinder auf der neuen Promenade entlang der Meereslagune Ras al-Khaima

An der Old Corniche, wo die Gastarbeiter untergekommen sind, ist es abends tot in Ras al-Khaima



Am heutigen Freitag Abend werden die *Congés annulés* eröffnet, das Anti-Sommerloch-Festival in den Bonneweger Rotonden. Wie schon in den Jahren zuvor liegt der Schwerpunkt eindeutig auf Rockmusik im weitesten Sinne: 23 Konzerte stehen bis zum 25. August auf dem Programm – bei-
nahe jeden Tag eines und das längste beginnt heute um 20 Uhr zum Festivalstart. Gezeigt werden aber auch Musik-Dokumentarfilme, etwa am Sonntag *We Are X* über den „melodischen Metal“ in Japan; der City Open Air zieht vom *Palais* zu den Rotonden um und führt Kultfilme der Achtzigerjahre vor, beginnend mit David Lynchs *Blue Velvet* am Montag, und es wird – ganz neu – bis Ende August fünf thematisch unterschiedliche Pop-up Stores geben, in denen junge Luxemburger Kreative ihre Schöpfungen feilbieten. <http://rotondes.lu> pf

Luxemburgensia



Alte Schriften lesen

Die Nationalbibliothek hat 63 Luxemburger Monografien per Internet zugänglich gemacht, die von ihr im Rahmen des Projekts *luxemburgensia* digitalisiert wurden. Ihr digitaler Monografien-Bestand liegt nun bei 513 Schriften. Aufge-sucht werden kann er über das Portal luxemburgensia.lu und die Suchmaschine *a-z.lu* der Bibliothek. 18 der 63 neuen Texte beschäftigen sich mit der Zeit des Ersten Weltkriegs, etwa Pierre Roberts Chronologie *Die Fliegerangriffe auf Luxemburg* (Foto: BNL) oder *Das Erlebnis des Weltkrieges in der luxemburgischen Dichtung* von Alphonse Poes. Zugänglich gemacht wurden aber auch die *Table générale alphabétique et analytique des matières contenues au Mémorial du Grand-Duché du Luxembourg (1830-1870)* des Autors Pierre Ruppert oder das 1912 publizierte *Rosenbüchlein* des Botanikers und Rosenzüchters Charles Gemen. pf

Festival

Rallye in der Unterstadt

Viele sagen, sie sei längst zu überlaufen. Aber das zeigt auch, zu was für einer Institution die Blues'n Jazz Rallye geworden ist. Ab Samstag Nachmittag 16 Uhr und bis in den frühen Morgen treten auf elf Freiluftbühnen und in 14 Kneipen im Stadtgrund, in Clausen und Pfaffenthal Luxemburger Musiker sowie Solisten und Bands aus dem Ausland auf. Ab 20 Uhr zum Beispiel gastiert im Melusina der italienische Sänger Marco Massa (Foto oben: Ilaria Triolo), im Innenhof der Abtei Neumünster ab 21 Uhr die japanische Sängerin Shiho gemeinsam mit dem Orchestre national du Jazz Luxembourg und ab 23.30 Uhr das Quartett Klangcraft aus Deutschland (Foto unten: Klangcraft). www.lcto.lu pf



Film



Premiere in Toronto

Der irisch-kanadisch-luxemburgische Animationsfilm *The Breadwinner* wird im August auf dem Toronto International Film Festival uraufgeführt. Die Koproduktion, an der Mélusine Productions beteiligt war, ist ein abendfüllender Film nach dem gleichnamigen Buch von Deborah Ellis. Unter der Regie von Nora Twomey erzählt er die Geschichte eines afghanischen Mädchens zur Zeit des Taliban-Regimes, das sich, nachdem sein Vater gefangen-genommen wurde, als Junge ausgibt, um den Lebensunterhalt der Familie zu verdienen (Foto: GKIDS). pf

Zehn Jahre Ostfilme

CinEast, das Festival des osteuropä-schen Films, findet dieses Jahr zum-zehnten Mal statt. Die Organisatoren versprechen deshalb vom 5. bis zum 22. Oktober ein besonderes Programm, zu dem sie im September Einzelheiten bekannt geben wollen. Gezeigt werden sollen auf jeden Fall an die hundert Filme und am 14. Oktober wird es in den Bonneweger Rotonden eine Geburtstagsparty geben. pf

Hype

Belval bei Nacht

Wer den restaurierten Hochofen A in Belval bei Nacht besteigen möchte, hat am Samstag nächster Woche (5.8.) Gelegenheit dazu. Dann organisiert der Fonds Belval zwischen 18 Uhr und Mitternacht eine *Nocturne estivale*. Mit Schutzhelm und Kopflampe versehen, kann der beleuchtete Hochofen erklimmen und, wie der Fonds schreibt, „le site de Belval baigné dans les lumières urbaines“, von oben her entdeckt werden (Foto: Patrick Galbats). Auf einer Plattform in 40 Metern Höhe wird die Ausstellung *Paysages recomposés* gezeigt, welche die Wandlungen vom Beginn der Eisenpro-dukution vor Ort bis zur Rekonversion des Standorts zur Cité des sciences nachvollzieht. www.fonds-belval.lu pf



Von der Seele

Europas Seele ist nicht etwa der Binnenmarkt, sondern die „Kunst, die Freiheit schafft und für Freiheit steht“. Das hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker der Europäischen Kunstakademie Trier geschrieben, die ihr vierzigjähriges Bestehen feiert. pf

Workshop

Musik, selber gemacht

Im Rahmen der *Congés annulés* wird am 12.8. in den Rotonden ab 15 Uhr ein dreistündiger Workshop angeboten, in dem der Computerspezialist und Musikproduzent Andri Soren in die Software *Ableton Live* einführt. Sie erlaubt intuitives Produzieren von Musik, ob allein zuhause oder mit Musikern auf der Bühne. Kursprache ist Englisch, verlangt werden keine Vorkenntnisse, aber eine Voranmel-dung zum Kurs über rotondes.lu. pf

Look, feel, think

Ein „Watery Line Translation Game“ kann am Wochenende 19./20. August im Mudam gespielt werden. Es gehört zu einer Sommerschule parallel zur Ausstellung *Hard to Picture: A Tribute to Ad Reinhardt*. Mal poetisch, mal verspielt, mal provokativ sollen die Teil-nehmer sich Reinhardts Art, die Welt anzuschauen, nähern. Der Workshop wurde vom Londoner Künstlerkollektiv Nous Vous entwickelt (Foto: Mudam). Teil eins „Look“ fand schon statt, was aber nicht verhindert, im August an „Feel“ teilzunehmen oder erst an „Think“ im September. Anmelden muss man sich nicht, aber die Teilnehmer-zahl ist limitiert. www.mudam.lu pf



Kunst

Kreative Außenseiter

Etwas anders und trotzdem kreativ ist die Ausstellung überschrieben, die Kunstwerke von 35 psychisch Kranken versammelt. Organisiert von Psychart ASBL und Cepas ASBL, wird sie am kommenden Freitag (4.8.) um 18 Uhr im Hollericher Carré (1, rue de l'Académie) eröffnet und bis 13. August zu sehen sein. Um 19.30 Uhr am Tag der Vernissage hält Thomas Röske, Leiter der Prinzhorn-Sammlung in Heidel-berg, einen Vortrag über Psychiatrie und „Outsider Art“. pf



Intro, Teil drei

Am Donnerstag (3.8.) wird im Kunschthaus beim Engel in der Luxemburger Oberstadt der dritte Teil von *Intro* eröffnet. Die vom Kulturmi-nisterium organisierte zwölfteilige Ausstellungsreihe mit jeweils un-terschiedlichen Schwerpunkten soll junge Künstler und Designer fördern. Teil drei ist *Fashion design & accessoires* gewidmet. Neun Designer stellen bis zum 27. August aus. Vernissage um 18.30 Uhr. pf

Theater

Schmarotzkowitsch zu Grousbutzki



Nach einer Stunde nimmt die anfangs etwas fade Inszenierung Fahrt auf

Anina Valle Thiele

Die Männer tragen lange Rauschebärte, Pelzmützen und grobe Mäntel, die Frauen gleichen in ihren bunten Kostümen Babuschkas. Dazu ertönen Kasatschok-Klänge, fidel und schwermütig. Die Kulisse könnte kaum pittoresker sein! Ein idyllischer Bauernhof im Norden Luxemburgs: Rechter Hand der hölzernen Bühne marschieren Gänse neben einem Heuhaufen umher und schnattern, dahinter blickt man auf einen alten Gutshof. Wir sind in einer russischen Kreisstadt um 1836 oder aber in Grosbous, zu Grousbutzki ... Russische Folklore vermischt sich in Claude Mangens Inszenierung von Nikolai Gogols berühmten Stück um Korruption in einer russischen Kleinstadt, in der die Furcht vor der Staatsmacht, den provinziellen Mikrokosmos bestimmt, mit der Landschaftsidylle von Grosbous.

Zum 13. Mal findet das Freilichtspektakel der Schankemännchen Asbl in diesem Jahr statt. Alle zwei Jahre präsentiert der Verein eine neue Inszenierung. Nach Jemp Schuster und Clod Thommes hat in diesem Jahr Claude Mangen die Regie übernommen. Das eigens für das Stück gecastete Amateur-Ensemble besteht aus rund 30 Darstellern.

Die Kunde, dass ein Revisor in die Stadt kommt macht schnell die Runde. Mit weit aufgerissenen Augen verbreiten die trägen Beamten in dem verschlafenen Provinznest die Neuigkeit. Doch plätschert die Inszenierung von *De Revisör* die erste Stunde weitgehend ohne dramaturgische Höhepunkte vor sich hin, liegt das Augenmerk auf dem Text, der von den Laiendarstellern anfangs noch recht zäh wiedergegeben wird. Dennoch wird schnell klar, dass der Schwerpunkt gerade im Wortwitz liegt, und das funktioniert.

„Wat fir eng Karriere huet den wuel beim Staat, Wladimutz?“, fragen sich die Bewohner der Kleinstadt, bevor sie alle nacheinander auf die vermeintliche Obrigkeit hereinfallen, um die Gunst des hohen Staatsfunktionärs buhlen und ihm Geldscheine zu stecken werden. Einige Dialoge scheinen ironisch auf Lëtzebuerg zugeschnitten: „Ze

Arts plastiques

Peindre

Marianne Brausch

La galerie Nosbaum Reding reste fidèle aux artistes peintres dans ce qui est désormais son espace 1. Les dimensions intimistes du lieu d'exposition se prêtent bien à l'exploration de ce medium et cette fois tout particulièrement, avec le travail raffiné du Liégeois Michael Debatty. Né en 1988, Debatty vit et travaille à Bruxelles, haut lieu comme on sait de la peinture surréaliste belge, un héritage que l'artiste revendique dans son travail à la peinture acrylique et à l'aérographe.

Que nous propose-t-il ? Des pièces de dimension moyenne (la plupart font 180 sur 150 centimètres), aux tons gris sur gris. La matière principale constitue un fond. Comme un ciel, dans *Untitled*. Ou encore dans *Excavation* : ici, il pourrait aussi s'agir d'un papier peint arraché, qui laisse deviner les sous-couches dont on ne sait quelles matières antérieures qui sont révélées par cette sorte d'échancrure.

C'est donc une manière de peindre plane, voire banale, ce qui la rend mystérieuse qui se révèle être vivante au fur et à mesure qu'elle prend une dimension 3D. Car dans les autres pièces de l'ensemble intitulé *Ethereal Solid* (les différentes peintures sur bois ou sur toile datent tous de cette année), voici des sortes de cordes à *nœuds* (*Swains, Moth*), qui semblent lier quelque chose derrière la peinture ou en-dehors du format. Ou s'agirait-il d'amibes ? Auquel cas nous aurions à faire à un monde premier en devenir.

S'il s'agit de larves (*Olifant, Blind Walk*), peut-être vont-elles coloniser la matière de la peinture et envahir le mur alentours ? C'est au visiteur de juger s'il s'agit là d'un univers inquiétant ou apaisant. Tout dépend du rapport de chacun au rêve.

Ethereal Solid, de Michael Debatty, est encore à voir jusqu'au samedi 5 août à la galerie Nosbaum Reding, 4, rue Wiltheim à Luxembourg-ville. Ouvert de 11h00 à 18h00 du mardi au samedi

La subtilité des tons de gris de Michael Debatty passe d'un réalisme surréel au rêve étrange

vill Verstand ass schlimmer wéi guer keen“, heißt es da etwa. Auch die Rivalität zwischen St. Petersburg und dem Land und das Misstrauen gegenüber den als versnobt geltenden Hauptstädtern funktioniert bezogen auf Luxemburg wunderbar. Gelungen auch die Figuren-Besetzung, setzt Mangen doch auf schräge Typen, wie etwa einen Pfarrer, der monoton verständnisvoll aus der Wäsche blickt und bei dessen Anblick man schmunzeln muss.

In seiner phantasievollen Übersetzung hat Mangen, der nah an Gogols Ursprungstext geblieben ist, lediglich die Namen humoristisch verfremdet. Seine Figuren, samt und sonders krumme Gestalten, heißen Boris Drecksakow, wie der Bürgermeister, Nikotin Krätzdiwi, Leiter des Armenhospizes, der Richter Konstantin Krommasoff, der Briefträger und Postmeister Oleck Stibitzki, und sie verkörpern allesamt den blinden Glauben an Staat und Autoritäten. Bis mit Iwan Schmarotzkowitsch ein Beamter aus Petersburg (Marc Pletschette) und Scharlatan eintrifft und die Meute aufmischt.

Nach einer Stunde nimmt die anfangs etwas fade Inszenierung Fahrt auf, als jäh der falsche Revisor, ein geleckter, exaltierter Aufschneider, der ungenlenk die hauptstädtische Arroganz verkörpert und sich mit Werken aus fremden Federn schmückt, in die Kleinstadt platzt und der Tochter des Bürgermeisters Kamelotti (Zoé Kneip) den Hof macht: „Eng adorabel Kreatur, wéi Dir et sidd!“ bevor er es erst mit der Mutter, dann mit der Tochter treiben will, die sich ihm gleichermaßen naiv und willig hingeben.

„Im *Revisor* beschloss ich alles Schlechte in Russland, was ich damals kannte, auf einem Haufen zu sammeln und mit einem Mal zu verspotten“, soll Gogol selbst einst über seine beißende Satire auf das russische Provinzbeamtentum gesagt haben. Auch in Mangens Inszenierung ist Gogols Message unverkennbar: Alle habt ihr Dreck am Stecken! Die einzig ehrliche Persönlichkeit im *Revisor* ist das Lachen. Die Bestechung von Beamten wie die blinde Hörigkeit vor Obrigkeiten erscheint zeitlos; der Traum von Privilegien bestimmt das Handeln der verkommenen, aufstiegsversessenen Figuren. Nicht nur Bürgermeister

Exposition

Folies de jardins

Lucien Kayser

Le titre de l'exposition du Centre Pompidou-Metz promet un « jardin infini » ; promesse tenue, et le plaisir qu'on y prend n'est pas moindre. En sous-titre, on est emmené de Giverny (sachant la transformation qu'y a opérée Claude Monet à son installation) à l'Amazonie, pas moins. Mais arrêtons-nous à d'autres jardins, à d'autres bois (ou forêts), voisins dans l'exposition, et qui tous deux, Désert de Retz, à la limite nord de la forêt de Marly, comme Bosco Sacro, à Bomarzo, au nord du Latium, nous ont été révélés, (re)-découverts par les surréalistes. La végétation en avait pris possession, les pierres ne tenaient plus debout, et comme on est dans le conte, dans la féerie, le pur *Dornröschenschlaf* dont il fallait les sortir.

Plus près de nous que l'autre, le Désert de Retz, à une vingtaine de kilomètres de Paris, remonte à la fin du XVIII^e siècle, jardin anglo-chinois initié par François Racine de Monville qui en a fait justement son désert, endroit solitaire comme le privilégiait l'Alceste de Molière. L'attention, de mon côté, y fut attirée dans la vente aux enchères André Breton, en avril 2003, avec des tirages photographiques du groupe surréaliste, de ses membres et de leurs masques blancs. À l'époque de la visite (ou de l'occupation des lieux) par les Breton, Mansour, Toyen, bien avant les restaurations, les reconstructions, le Désert ne fut rouvert au public qu'en 2009, pas difficile d'imaginer combien cette troupe devait s'y plaire. Un paysage, un pays, comme sorti de leur propre tête. Site non encore classé monument historique, ce fut fait en 1941 quand même.

L'aristocrate bâtisseur, suivant le goût de l'époque, avait joué lui-même de l'attrait des ruines. Ainsi pour la Colonne détruite, comme le vestige d'un temple colossal, dira-t-on que sa date de construction, 1781, peut la faire passer pour annonciatrice des bouleversements à venir. Il en va de même pour d'autres fabriques, les unes encore présentes, d'autres en ruine, définitivement, ou disparues ;

Il faudrait visiter Bomarzo à la façon dont on lit un roman d'initiation, et le jardin serait comme un soulèvement contre Dieu, l'église, le monde tel qu'il était

fabriques, dans la langue de l'époque, œuvre, ou atelier, disons simplement travail de construction d'un édifice, avec pourtant une référence au langage symbolique des francs-maçons.

L'originalité des bâtiments, l'exotisme, du pain béni pour les surréalistes, comme le souvenir des fêtes qui s'y étaient données. Cela va plus loin, même dans la note extravagante, qui appartient au maniérisme italien, avec sa part d'érotisme, dans le Parco dei Mostri, chez les monstres de Bomarzo, près de Viterbe. Et dans le temps on remonte à la Renaissance, au milieu du XVI^e siècle, pour les lubies constructrices du *condottiere* Vicino Orsini.

Pour le Bosco Sacro, la découverte, je la dois à André Pieyre de Mandiargues, grand voyageur, grand amoureux de l'Italie, à son livre paru en 1957 avec des photographies d'André Glasberg. « [...] de grands monuments bizarres, qui se trouvent en Italie, non loin d'Orte... », c'est le moins qu'on puisse dire pour ce qui vous attend, une fois la porte surmontée de l'emblème des Orsini franchie, et les deux sphinx laissés derrière vous. Une ménagerie de pierre, animaux sauvages et fabuleux, comme telle harpie à pattes de lion et queue de sirène ; un étalage de mythologie grecque.

Wenn der Revisor nach Grosbous kommt

Drecksakow träumt von einem besseren Leben und schimpft schon mal gewöhnt an die staatlichen Zuschüsse auf die „Schäiss-Liberalen“!

Die malerische Kulisse beeindruckt. Die Symbolik so mancher Requisiten liegt im Detail: so dienen schlichte Holzhocker dazu, die Machtphantasien eines Jeden zu symbolisieren. Jeder möchte darauf thronen, um einmal im Mittelpunkt zu stehen, und als sich am Ende alles als Farce herausstellt, purzeln die Hocker den korrupten Beamten aus den Händen.

Leider fallen die Frauen in Mangens Inszenierung vor allem durch einfältiges Geplapper und schrilles Geschrei auf. Gogols Text mag nicht gerade für ein emanzipiertes Frauenbild herhalten, doch wirken seine Frauenfiguren in der Inszenierung *De Revisör*, vor allem die Gattin des Bürgermeisters Olga Drecksakow (Marie-Jeanne Jacobs), wahlweise in roten oder knallgelben Stiefelchen und mit rotem Kussmund, reichlich schrill und unbedarft.

Als eindrucksvoll bleiben hingegen die in Handarbeit gefertigten Kostüme (Sylvie Hamus/Henriette Hengen) in Erinnerung. Am Ende werden die Damen mit hochtoupierten Haaren und glitzernden Hüten auftreten. Die letzte halbe Stunde der Inszenierung, die zwischen gelungenem Unterhaltungsstück und Provinzposse mäandert, wird musikalisch und tänzerisch zum folkloristischen Augenschmaus. Das Publikum quittierte das Spektakel mit rauschendem Applaus.

De Revisör – eine Groteske in fünf Akten von Nikolai Gogol ins luxemburgische übertragen und inszeniert von Claude Mangen. Produktionsleitung: Christiane Thommes. Die Premiere war am 20. Juli. Weitere Spieltermine: am 28. und 29. Juli um 20.30 Uhr am Prommenhof in Grosbous. Informationen unter: www.schankemaennchen.lu



Les surréalistes visitant le Désert de Retz en 1960

Aujourd'hui, là encore, le parcours est fléché, c'était autre chose quand Mandiargues tombait sur ces statues « qui semblent n'avoir été taillées que pour créer l'effroi ou le trouble des sens ». On s'en doute, avec toutes ces gueules ouvertes, a fortiori cette créature moins connue, Echidna, proche peut-être de Mélusine, mais autrement scandaleuse, avec ses jambes sous forme de serpents écartées. Et puis que dire de l'Ogre, porte des Enfers, pas étonnant non plus que très vite l'émerveillement ait fait place à un désir de compréhension, à l'interprétation.

Vicino Orsini l'avait prédit, évoquant dans une lettre au cardinal Farnèse les imbéciles qui visiteront son parc sans rien y comprendre. Des historiens d'art s'y sont mis, Horst Bredekamp le premier, et dans sa suite, Renate Vergeiner, dans un livre qui vient de paraître, chez Birkhäuser. Il faudrait visiter Bomarzo à la façon dont on lit un roman d'initiation, et le jardin serait comme un soulèvement contre Dieu, l'église, le monde tel qu'il était. « Lasciate ogni pensiero », est-il inscrit à l'entrée des Enfers, à l'envers de Dante, de son « lasciate ogni speranza ». Il reste qu'il y a de quoi cogiter dans le bois sacré nouvelle manière ou, comme le suggère Mandiargues, se laisser aller à « une musique qui n'avait pu être que céleste ou terrible ».

Série télévisée *(Spoiler Alert)*

De retour à Twin Peaks

Loïc Millot

Émancipé des studios hollywoodiens, David Lynch observe aujourd’hui une solitude créatrice depuis les hauteurs de Mulholland Drive. Adepte de la méditation transcendante et promoteur indéfectible de la paix dans le monde, Lynch est le dernier moine tibétain de Californie. Reclus dans son atelier, il consacre tout son temps à son activité première de peinture qu’il n’a jamais cessée de pratiquer au cours de sa carrière de cinéaste. Depuis le vertigineux *Inland Empire* (2007), qui débutait par un adieu à la pellicule argentique, Lynch n’a plus rien tourné pour le grand écran.

C’est dire l’événement que représente la reprise de la mythique série *Twin Peaks*, 27 années après sa première diffusion télévisuelle sur ABC. La prophétie de Laura Palmer, annoncée au terme de la saison 2, se voit donc accomplie : « I’ll see you again in 25 years, meanwhile... », adressait-elle à l’agent du FBI, Dale Cooper (Kyle MacLachlan). Placée au seuil du premier épisode, la réplique inaugure la troisième saison de *Twin Peaks*.

Au cours de ce long intermède, on a curieusement perdu toutes traces de Cooper sur terre. On le retrouve là-même où on l’avait quitté, gisant dans l’entre-monde de la « Black Loge », pendant que son double maléfique (l’obscur Mr. C.) sévit dans le monde, à la tête d’une bande de criminels. Un « troisième Cooper », positif et lumineux cette fois-ci, entre alors en jeu sous l’identité de Doogie Jones. Marié à Janey-E (Naomi Watts), cet employé d’une société d’assurances est atteint d’amnésie et recherché par des malfaits. À travers le dédoublement du protagoniste, dont chaque rôle est interprété par l’excellent MacLachlan, le cinéaste formule une allégorie morale : Face à la menace que représente le *Doppelgänger*, l’innocence de Doogie parviendra-t-elle à sauver le monde ? Une espérance repose sur la régression infantile de ce personnage, qui chaque jour ressemble un peu plus à l’agent Co-



Dale Cooper (Kyle MacLachlan) et Laura Palmer (Sheryl Lee) se retrouvent dans la Black Lodge

per : même passion pour le café, même réflex de flic devant les situations périlleuses... Doogie devient vraisemblablement ce qu’il était autrefois, à savoir l’impeccable agent Cooper, au service de la vérité et de la justice.

Disposant d’une liberté de création sans égale, Lynch expérimente toutes les audaces narratives et formelles possibles. À rebours des conventions télévisuelles, il prolonge outre mesure la durée de certains plans, multiplie les personnages secondaires, alterne les séquences en couleurs et en noir et blanc. Il n’hésite pas non plus à recourir aux effets spéciaux pour reconstituer l’explosion de la première bombe atomique dans le désert du Nou-

veau-Mexique (juillet 1945). L’essai militaire, entaché par la musique de Krzysztof Penderecki dédiée aux victimes d’Hiroshima, précède de quelques mois la naissance de l’auteur. Pareilles images apocalyptiques viennent convoquer l’œuvre d’autres cinéastes, de Pier Paolo Pasolini (*La Rage*, 1963) à Stanley Kubrick (*Dr Folamour*, 1964), d’Andreï Tarkovski (*Le Miroir*, 1974) à Bruce Conner (*Crossroads*, 1976). Générations définitivement marquées par la prolifération des armes atomiques.

À l’instar des premiers fans de la série, les acteurs n’ont pas été épargnés par l’œuvre du temps. Des cheveux gris coiffent, à présent, la plupart des personnages issus des saisons précédentes. Si Cooper a

« I’ll see you again in 25 years, meanwhile... », disait Laura Palmer à l’agent Dale Cooper

conservé un port élégant, force est de constater que la beauté de Laura Palmer (Sheryl Lee) s’est fanée. De nouvelles recrues apparaissent en outre pour la première fois. Laura Dern prête ses traits à Diane, la secrétaire de Cooper dont on entendait exclusivement la voix. Fabuleux rempart pour Doogie, le jeu vif de Naomi Watts éclate dans l’épisode 6, face à deux escrocs médusés qui en voulaient à son argent. On découvre le fils né de l’union d’Andy et de Lucy (Kimmy Robertson), le jeune Wally, héros romantique à moto, réplique de Marlon Brando dans *L’équipée sauvage* (*The Wild One*, 1953). À ces présences attachantes répondent les absences en-deuillées. Les premiers épisodes rendent hommage à Catherine Coulson (la « Log Lady ») et à Frank Silva (alias Bob), respectivement décédés en 2015 et en 1995. On ne peut que regretter la disparition de l’acteur Miguel Ferrer (le médecin légiste Albert Rosenfield), survenue au début de l’année 2017. Le troisième épisode lui est dédié.

Présentée dans son intégralité lors du dernier Festival de Cannes (soit, au total, dix-huit heures de téléfilm), la série est diffusée chaque semaine sur Canal +, jusqu’au 3 septembre prochain. Nous en sommes pour l’instant à la moitié du programme. À suivre, donc.

Twin Peaks : The Return (USA, 2017), de David Lynch. À voir sur Canal + Séries et, à condition d’installer un VPN, sur HBO Nordic.

Cinémasteak

Une passion mexicaine

Loïc Millot

Un pantin géant en papier mâché, une végétation luxuriante mais piquante, un paon déambulant parmi d’énigmatiques statues, le tout prenant place dans la cour intérieure d’une maison bleue. C’est là que vit la peintre mexicaine Frida Kahlo (1907-1954), dans cet environnement familial que l’on retrouvera dans ses tableaux. La réalisatrice de *Frida* (2002), Julie Taymor, le sait bien, chaque plan de son film jouant de la porosité entre l’œuvre et la vie. Le choix du *biopic* s’avère judicieux dans le cas de Kahlo, elle dont la peinture, si personnelle et douloureuse, fut exutoire, cicatrisation, conjuration du sort. La toile est un miroir où se reflètent les failles d’un corps et les déceptions amoureuses d’une âme blessée.

La vie de l’artiste fut en effet émaillée de drames, à commencer par cet accident de bus qui lui brisa la colonne vertébrale à l’âge de 18 ans. Le corps orné dorénavant d’une robe de plâtre, la jeune femme passe le plus clair de son temps entre le dessin et les séances de rééducation. Un an après, pourtant, Frida remarche ; à peine remise sur pied, elle part à la rencontre de Diego Rivera (1886-1957) pour lui soumettre ses toiles. C’est le début d’une histoire d’amour aussi longue que tourmentée, à une époque marquée par d’importants bouleversements sociaux au Mexique. Interprétée par Salma Hayek, Frida est belle, petite, excentrique et fragile ; lui, est grand, massif, sûr de ses moyens : c’est un peintre renommé, incarné par l’acteur anglais Alfred Molina.

Julie Taymor, la réalisatrice de *Frida*, apporte un soin anthropographique à la reconstitution de la culture populaire mexicaine



On les surnommait, par dérision, « l’éléphant et la colombe ». Leurs œuvres mêmes traduisent deux conceptions opposées de la peinture. Kahlo travaille sur chevalet à des tableaux de petits formats dont les sujets sont intimes : ce sont principalement des portraits ou des autoportraits dans lesquels son regard noir de gitane prend le spectateur à témoin. À l’inverse, Rivera peint sur des murs publics d’imposantes fresques peuplées d’ouvriers et de paysans, sous la bannière rouge du communisme. À l’introspection de la jeune femme répond l’objectivité de la lutte des classes. Si l’émancipation de l’homme repose sur l’alliance du prolétariat et des masses paysannes, elle passe aussi par le bouleversement des mœurs. On assiste aux infidélités nombreuses de Rivera, incorrigible coureur de jupons, et aux plaisirs homosexuels auxquels sa femme se livrait par dépit.

On connaît les talents multiples de Julie Taymor. Formée à l’École internationale du Mime de Jacques Lecoq (Paris), la réalisatrice a suivi également des études d’anthropologie à l’université de Columbia (USA). Doué le soin particulier que celle-ci a apporté à la reconstitution de la culture populaire mexicaine. Le tournage a eu lieu *in situ*, parmi les églises espagnoles et les superbes plateaux du Teotihuacan, où se rencontrent Frida et Trotsky. Les vêtements traditionnels de la jeune femme et des Indiennes ont été parfaitement réalisés par la costumière Julie Weiss. Leurs couleurs pures resplendissent de toutes parts. Le commentaire musical permet de découvrir de remarquables chants assortis de tangos sensuels. Enfin, on prendra plaisir à reconnaître certains lieux communs (sans connotation négative) de la vie mexicaine : le marché aux fruits, la fête des morts, ou encore les institutions d’État ayant accueilli les fresques de Diego.

Frida (USA-Mexique, 2002) sera projeté à 20h30 ce mercredi 2 août 2017 à la Cinémathèque de la Ville du Luxembourg, place du Théâtre.

Theater

Musik ist mein Theater

Claude Reiles

Der Spielplan des Kapuzinertheaters 2017/18 sorgt mit seinen zehn Produktionen inhaltlich zweifellos für Spannung. Vier Produktionen geben aber die Marschrichtung vor: Das Haus hat sich maßgeblich dem Musikalischen oder Szenisch-Musikalischen verschrieben.

Dazu gehört im Dezember zum einen Florent Stauds Bühnenarbeit *Nina, c’est autre chose* mit der luxemburgischen Jungschauspielerin Eugénie Anselin in der Hauptrolle (die später im Mai auch in Marivaux *Le jeu de l’amour et du hasard* zu sehen sein wird). Die Vorlage von Stauds multinationaler Zusammenarbeit lieferte Michel Vinaver der sich mit den Brüchen in der Bruderschaft zweier Mittvierziger befasst, als plötzlich die 24-jährige Nina in ihr Leben tritt. Auch die Musikkomödie *Olivier Py chante „Les premiers adieux de Miss Knife“* dürfte von Interesse sein. An diesem Liederabend im Januar wird Py, Direktor des Festival d’Avignon, seine Kunstfigur Miss Knife gemeinsam mit Band in einem eher skurrilen Auftritt aufleben lassen.

Auch das musikalisch-szenische Porträt *Sehnsuchtsmädchen* des St. Pauli Theaters über die 1979 freiwillig aus dem Leben geschiedene Schauspielerin und Bürgerrechtlerin Jean Seberg wird mit Anneke Schwabe in der Hauptrolle die Grenzen zwischen Schauspiel und Musik aufheben. Schließlich endet das Theater-Programm des Kapuzinertheaters im Juni mit einem Liederabend zu Werken von Schubert, Brel und Finzi: Eine ausgefallene, sprachspielerische Darbietung mit dem Titel *Nain portes quoi?*

Neben diesen musikalischen Arbeiten findet jedoch auch das Sprechtheater seinen Raum: In der weitgehend luxemburgisch besetzten Produktion *7 Minuten. Betriebsrat* nach der italienischen

Das Théâtre des Capucins findet 2017/18 Gefallen an der Verbindung von Musik und Szenischem

Vorlage von Stefano Massini befasst sich Carole Lorang im Oktober mit Fragen der Arbeitsethik und prekären Arbeitsverhältnissen. Ein aktuelles Thema gemimt von u.a. Nora Koenig und Rosalie Maes in dieser Eigenproduktion.

Von persönlichen Schicksalen, genauer der Identitätssuche eines Homosexuellen, handelt Max Claessens Regiearbeit zu Michel Marc Bouchards Vorlage *Tom auf dem Lande* mit Christiane Motter und Konstantin Rommelfangen. Bouchard schildert Toms verzweifelten Versuch, eine Grabrede an der Ruhestätte seiner großen Liebe zu halten, ohne dabei das Geheimnis um seine eigene homosexuelle Neigung zu offenbaren.



Im Dezember spielt Florent Stauds Bühnenarbeit *Nina, c’est autre chose* im Kapuzinertheater

In Zusammenarbeit mit der Escher Kulturfabrik wird zudem die Luxemburgerin Claire Thill ihr Werk *Blackout* im Februar inszenieren. Es ist im Kontext des zur unverbindlichen Förderung von Jungautoren eingerichteten Programms „Capucins libre“ entstanden. Diese „prä-apokalyptische Phantasmagorie“ um einen TV-Meteorologen, der in den eigenen Wetteranalysen besorgniserregende saisonale Unregelmäßigkeiten entdeckt, wird als „Liebeserklärung an den Horrorfilm und die Schauerliteratur der Gotik“ angekündigt. In der Hauptrolle ist Marc Baum zu sehen.

Eine weitere, international ausgerichtete Eigenproduktion steht im März mit Anne Simons

Kindertransport an. Zwar liefert das Kapuzinertheater noch keine weiteren Details zu diesem „work in progress“, inhaltlich thematisiert das Drama von Diane Samuels jedoch die britische Rettung zahlloser Kinder aus den Wirren des Holocaust am Beispiel der Eva Schlesinger, die diese Erfahrungen zu verarbeiten sucht. Wie gehen Menschen mit tief emotionalen Traumata in der Kindheit um? *Kindertransport* wirkt vielversprechend.

Weitere Informationen zu Inhalt und Kartenkauf sind der Internetseite www.theatres.lu und dem aktuellen Programmheft zu entnehmen.

Administration communale de Strassen

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 02.10.2017 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :
Administration Communale de Strassen
1, place G-D Charlotte
L-8041 Strassen

Intitulé :
Construction immeuble résidentiel sis 110, route d'Arlon, L-8008 Strassen

Description :
Travaux de chauffage :

- 1 chaudière gaz condensation étanche ;
- 600 m² de chauffage sol dans les appartements, 4 radiateurs dans les parties communes, y compris réseaux d'alimentation et isolations ;
- Comptages de chaleur individuels et sur les départs collecteurs ;
- 9 sèche-serviettes électriques dans les salles de bains ;
- 1 production d'eau chaude sanitaire solaire avec capteurs solaires à tubes sous vide.

Travaux de ventilation :

- 1 centrale de ventilation double flux, y compris réseaux de pulsion, de reprise, d'amenée et de rejet d'air ;
- Isolation des réseaux de gaines de ventilation ;
- 5 ventilations mécaniques simples flux pour les caves, la buanderie et le local poubelles ;
- 1 ventilation naturelle des parkings.

Travaux sanitaires :

- 40 ensembles d'appareils sanitaires y compris accessoires et robinetteries ;
- Réseaux d'alimentation y compris isolations ;
- Comptages eaux froide et eau chaude individuels ;
- Réseau d'évacuation des eaux usées hors sol à raccorder aux attentes du réseau enterré et au réseau public, y compris 1 pompe de relevage ;
- Réseau d'évacuation des eaux pluviales intérieur hors sol à raccorder au réseau public.

Travaux divers :

- Percements, fermetures coupe-feu

Conditions de participation :

- Association momentanée avec dénomination d'un mandataire (le cas échéant) ;
- Effectif minimum en personnel de l'opérateur économique occupé dans le métier concerné : 12 personnes ;
- Chiffre d'affaire annuel minimum dans le métier concerné pour le dernier exercice légalement disponible : 1 160 000 euros ;
- 3 projets similaires de référence.

Modalités visite des lieux/réunion d'information :
La visite des lieux est laissée à l'appréciation du soumissionnaire.

Conditions d'obtention du dossier de soumission :

Les documents de soumission peuvent être retirés à partir du 24.07.2017 soit électroniquement via le portail des marchés publics (www.pmp.lu), soit après réservation par fax ou par email, 48 heures à l'avance, auprès du bureau d'architecture. Les documents pourront être retirés contre paiement en espèces (50 euros caution), montant remboursé en cas de remise d'une offre valable.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Informations complémentaires :
Début des travaux : 10.09.2018
Durée des travaux : 135 jours ouvrables

Date de publication de l'avis 1701128 sur www.marches-publics.lu :
24.07.2017

Le collège des Bourgmestres et échevins
M. Greiveldinger, Bourgmestre,
M. Pundel, 1^{er} échevin,
M. Faber, 2^{ème} échevin

Administration communale de Strassen

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 02.10.2017 à 10.30 heures

Lieu d'ouverture:
Administration Communale de Strassen
1, place G-D Charlotte
L-8041 Strassen

Intitulé :
Construction immeuble résidentiel sis 110, route d'Arlon, L-8008 Strassen

Description :
Travaux d'électricité :

- 1 TGBT 100 A + 1 TD commun 63 A + 9 TD appartements ;
- 220 luminaires + 21 luminaires de secours ;
- 450 équipements électriques, prises, interrupteurs... ;
- 1 centrale de gestion de stores pour 40 stores ;
- 1 centrale de détection incendie pour 40 détecteurs, boutons poussoirs + 100 m de câble linéaire ;
- 1 centrale de désenfumage ;
- 1 installation téléphonique résidentielle ;
- 1 installation de vidéo-parlophonie ;
- 1 installation d'antenne parabolique ;
- 1 installation de gestion rampe parking avec boucles induction et feu rouge.

Conditions de participation :

- Association momentanée avec dénomination d'un mandataire (le cas échéant) ;

- Effectif minimum en personnel de l'opérateur économique occupé dans le métier concerné : 9 personnes ;
- Chiffre d'affaire annuel minimum dans le métier concerné pour le dernier exercice légalement disponible : 860 000 euros ;
- 3 projets similaires de référence.

Modalités visite des lieux/réunion d'information :
La visite des lieux est laissée à l'appréciation du soumissionnaire.

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Les documents de soumission peuvent être retirés à partir du 24.07.2017 soit électroniquement via le portail des marchés publics (www.pmp.lu), soit après réservation par fax ou par email, 48 heures à l'avance, auprès du bureau d'architecture. Les documents pourront être retirés contre paiement en espèces (50 euros caution), montant remboursé en cas de remise d'une offre valable.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Informations complémentaires :
Début des travaux : 10.09.2018
Durée des travaux : 135 jours ouvrables

Date de publication de l'avis 1701127 sur www.marches-publics.lu :
24.07.2017

Le collège des bourgmestres et échevins
M. Greiveldinger, Bourgmestre,
M. Pundel, 1^{er} échevin,
M. Faber, 2^{ème} échevin



Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 07.09.2017
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Le Fonds Belval
1, avenue du Rock'n'Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette
Tél. : +352 26840 1
Email : soumission@fonds-belval.lu

Section II : Objet du marché

Description succincte du marché :
Soumission relative à la fourniture, pose et configuration d'équipements multimédia dans l'intérêt de la Maison du Livre à Belval.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
À télécharger gratuitement sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
La remise électronique des offres est autorisée pour cette soumission. Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
25.07.2017

La version intégrale de l'avis n° 1701151 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère du Développement durable et des Infrastructures Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 11.09.2017
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Fourniture et installation d'équipements des salles de sciences dans l'intérêt de la construction d'un lycée à Clervaux

Description succincte du marché :
– Équipement des salles de sciences

La durée prévisible des travaux est de 8 semaines.
Début prévisionnel des travaux : 1^{er} trimestre 2018

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau. La remise électronique est autorisée.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour les équipements des

salles de sciences dans l'intérêt de la construction d'un lycée à Clervaux » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
24.07.2017

La version intégrale de l'avis n° 1701145 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Administration communale de Strassen

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 02.10.2017 à 11.00 heures

Lieu d'ouverture :
Administration Communale de Strassen
1, place G-D Charlotte
L-8041 Strassen

Intitulé :
Construction immeuble résidentiel sis 110, route d'Arlon, L-8008 Strassen

Description :
Travaux d'ascenseur :

- 1 ascenseur 630 kg, 8 personnes ;
- Avec parois inox, simple accès, desservant 5 niveaux.

Conditions de participation :

- Association momentanée avec dénomination d'un mandataire (le cas échéant) ;
- Effectif minimum en personnel de l'opérateur économique occupé dans le métier concerné : 4 personnes ;

- Chiffre d'affaire annuel minimum dans le métier concerné pour le dernier exercice légalement disponible : 360 000 euros ;
- 3 projets similaires de référence.

Modalités visite des lieux/réunion d'information :
La visite des lieux est laissée à l'appréciation du soumissionnaire

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Les documents de soumission peuvent être retirés à partir du 24.07.2017 soit électroniquement via le portail des marchés publics (www.pmp.lu), soit après réservation par fax ou par mail, 48 heures à l'avance, auprès du bureau d'architecture. Les documents pourront être retirés contre paiement en espèces (50 euros caution), montant remboursé en cas de remise d'une offre valable.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Informations complémentaires :
Début des travaux : 10.09.2018
Durée des travaux : 60 jours ouvrables

Date de publication de l'avis 1701122 sur www.marches-publics.lu :
24.07.2017

Le collège des Bourgmestres et échevins
M. Greiveldinger, Bourgmestre,
M. Pundel, 1^{er} échevin,
M. Faber, 2^{ème} échevin

d'LetzebuengerLand

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Michèle Sinner (48 57 57-20; msinner@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 3,50 € **Abonnement annuel** 120,00 € **Abonnement étudiant/e** 65,00 € **Comptes en banque** CCPLLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003



Opéra

Aix en Provence 2017

Paul Rauchs

De la clinique privée de Carmen... Carmen, une femme hystérique (non, ce n'est pas un pléonasme, mais, sous la plume du psy, un compliment) face à son amant, Don José, un homme immature qui, tout en restant accroché au sein de la mère, va aller se perdre dans le vagin denté de la Gitane : « Parle-moi de ma mère », supplie Don José Micaëla, son amour d'enfance. Voilà résumé l'intrigue de l'opéra le plus populaire du monde qui attendait depuis presque un siècle et demi cette mise en scène en forme de psychothérapie que le russe Dmitri Tcherniakov, finalement pas si iconoclaste que ça, donna enfin à Aix-en-Provence.

Et cela fonctionna ! Oh certes, en remplaçant les dialogues originels par des injonctions thérapeutiques bavardes, forcément bavardes, le metteur en scène n'a pas toujours su résister à la tentation de l'art contemporain d'inonder et donc de diluer ses productions par d'interminables commentaires pesants et redondants. Et si la distance intellectuelle et toute brechtienne introduite par ce cadre thérapeutique nous priva certes du plaisir immédiat et émotionnel de nous vautrer dans ces vocalises mille fois entendues, elle nous fit cependant maintes fois nous exclamer : « Bon sang, mais c'est bien sûr ! », en écoutant par exemple Micaëla s'adresser au toréro au lieu du soldat et en voyant le hall froid et aseptisé de l'hôpital se substituer aux arènes de Séville.

Nous rîmes de bon cœur aux trouvailles de la mise en scène, nous admirions la beauté de la composition de nombreux tableaux et surtout nous succombions aux charmes de Stéphanie d'Oustrac, aussi



Carmen mis en scène par Dmitri Tcherniakov et *The Rake's Progress* revu par Simon McBurney

inspirée comme comédienne que comme soprano qui résuma pour notre plus grande joie un siècle et demi d'interprétations de Carmen : séduction et amour, fourberie et agressivité, tendresse et lasciveté, toute la gamme d'une vie de femme y passa. Le Don José de Michael Fabiano n'avait aucun mal à passer de l'amant désabusé à qui on ne la fait pas du début de la thérapie à l'amant fou et désespéré de la fin de la tragédie. La voix de Michael Todd Simpson en Escamillo tenait, fort logiquement, plus de l'honnête homme que du macho latin, contrairement à celle d'Elsa Dreisig (Micaëla) dont la tessiture rivalisa, un paradoxe, avec celle de Carmen. L'orchestre de Paris, sous la baguette de Pablo Heras-Casado, mit juste ce qu'il fallait de réminiscences espagnoles dans ses timbres et accompagna solistes et chœurs avec des accents parfois appuyés et des coups de théâtre à faire pâlir d'envie le Haydn des coups de cymbales.

Et quand au dernier acte, les Carmen et Don José de Bizet et de Tcherniakov s'identifiaient jusqu'à

se confondre et à effacer les frontières entre opéra et thérapie, entre musique et mise en scène, nous pouvions enfin laisser libre cours à nos émotions. Dommage que Tcherniakov surligna alors lourdement son concept en faisant ressusciter les deux protagonistes. Il priva ainsi acteurs et spectateurs de la catharsis qui est pourtant l'alpha et l'oméga du théâtre comme de la thérapie.

...à l'asile de *The Rake's Progress* Après la cure dans la très chic clinique privée, place à l'hôpital psychiatrique où se retrouva, à la fin de sa « progression », le pauvre Tom Rakewell, l'anti-héros de *The Rake's Progress* d'Igor Stravinski que le génial Simon McBurney donna au Théâtre de l'Archevêché. Il commença à placer ses personnages dans un cube d'un blanc aussi immaculé qu'aucun musée d'art contemporain n'ose plus afficher. Surface de projection de tous les phantasmes, cet anti-décor figurera, en se défigurant comme le tableau de Dorian Gray, les échecs successifs du protagoniste.



Délaissant le véritable (?) amour de sa fiancée Anne Trulove, Tom Rakewell vend son âme à Nick Shadow et se met à la recherche de..., de quoi en fait ? De l'ultime savoir comme Faust, du bonheur comme Schlemihl, du temps perdu comme Proust ou, tout simplement, de l'impossible bonheur comme tout bon névrosé menacé par la psychose ? Tom se ruine en voulant devenir riche et sombre dans la folie après avoir épousé Baba, la femme à barbe, cette lointaine ascendante de Conchita Wurst et, accessoirement, annonciatrice de notre actuelle problématique transsexuelle. Eh oui, la rédemption n'opère que dans les opéras de Wagner. Et le chef d'œuvre néoclassique de Stravinski tient plus des opéras de Mozart, du Faust de Goethe et de *L'histoire du soldat* du maître lui-même que des drames musicaux du maître de Bayreuth.

La magie de Shadow fut donc moins opérante que celle de McBurney. Car c'est en véritable enchanteur que le metteur en scène britannique métamorphosa ce qu'il faut bien appeler sa toile en forêt bucolique, en cour des miracles, en bestiaire baroque, en château hanté, en cellule aseptisée etc., etc.

La distribution était dominée par Julia Bullock, rayonnante d'empathie, de don de soi, voire d'autorité. Le Tom Rakewell de Paul Appleby passa de la candeur à la rouerie, de l'espoir au désespoir avec une déconcertante facilité, quand Kyle Ketelsen campa avec assurance un Nick Shadow aussi inquiétant qu'étrange. Eivind Gullberg Jensen fit plus que remplacer Daniel Harding à la tête de l'Orchestre de Paris, très à l'aise dans cette partition qui ne versa jamais dans la parodie du style classique et fit la part belle aux vents et aux rythmes si caractéristiques de la patte de Stravinsky. Nous accordons volontiers la palme d'or du millésime aixois 2017 à cette adorable et féérique production.

Bizet chez le psy, Stravinski à l'asile

Theater

Vielseitig, mit Hang zum Klang

Claude Reiles

Große Namen der Theatergeschichte und -szene spielten im Grand Théâtre schon immer eine maßgebende Rolle. Zum roten Faden des anstehenden Theaterprogramms gehört jedoch eine Verlagerung auf das musikalisch-tänzerische Bühnengeschehen. Von 17 Produktionen der Sparte Theater/Musiktheater weist das Programmheft neun Produktionen mit entweder musikalischer oder multimedialer Ausrichtung auf. Das puristische Sprechtheater kommt kürzer, ohne jedoch in die Ecke gedrängt zu werden.

Das aufgefrischte Libretto *Orfeo* nach Claudio Monteverdi inszenieren Samuel Achache und Jeanne Candel im Oktober, mit der *Dreigroschenoper* gastiert das Hamburger Thalia-Theater im März mit den Melodien von Kurt Weill zu Brechts bekanntem Gangster-Drama um Mackie Messer. Mit Spannung dürfte ferner die Zusammenarbeit des US-amerikanischen Dichters W. H. Auden mit dem Komponisten Benjamin Britten in den Jahren 1932 bis 1936 erwartet werden. Die Luxemburger Pianistin Cathy Krier wird die Texte in einer Inszenierung von Olivier Fredj bereits im Januar musikalisch begleiten. Schließlich endet das Programm im Mai am Glacis mit dem Tanztheater *A man of good hope* auf der Grundlage des gleichnamigen Romans vom südafrikanischen Autor Jonny Steinberg zum Thema der Flucht über den afrikanischen Kontinent. Das Isango Ensemble arbeitet hier mit dem Londoner Young-Vic-Theater zusammen.

Damit seien nur die maßgeblich musikalischen Theaterproduktionen erwähnt. Auch im Rest der hier aufgelisteten Arbeiten spielen Musik und multimediale Einschübe zum Teil eine Rolle. Das Große Theater dringt auffällig in die Bereiche der Phantastik vor. Mit dem von Stephen Mallatratt adaptierten Westend-Erfolg *The woman in black* von Susan Hill im Oktober und *Golem*, einer spielerisch surrealen Bearbeitung des jüdischen Homunkulus-Mythos unter der Regie von Suzanne Andrade im Dezember, sind zwei Beispiele zu erwähnen. Mit der luxemburgischen Eigenproduktion *Rumpelstilzchen* hat sich Autor Ian de Toffoli zudem an eine Neubearbeitung des Grimm-Märchens gewagt. In einer Inszenierung für Kinder von Myriam Müller wird dieses Spektakel im Dezember zeigen, wie sehr „das Märchen die Welt widerspiegelt, wie sie derzeit ist“. Mit Elsa Rauchs und Jules Werner in den Hauptrollen wird Müller übrigens in der ebenso luxemburgischen Produktion *Anéantis* nach dem Text von Sarah Kane über die Beziehung

eines jungen Paares mitten im bosnischen Bürgerkrieg Regie führen. Dieser Auftritt steht im Februar auf dem Plan

Wie bereits erwähnt, liefert das Grand Théâtre immer auch Gastspiele mit besonders prominenten Namen. Eine Bühnenarbeit zu Michel Houellebecqs *Les particules élémentaires* steht im November an, Thomas Ostermeiers Fassung zu Arthur Schnitzlers medizinethischem *Professor Bernhardt* mit der Berliner Schaubühne erwartet uns im Januar. Auch Albert Camus politischer *État de siège* steht mit dem Pariser Stadttheater im Februar auf dem Plan.

Nach Jahren der Gastspieltage mit dem Deutschen Theater Berlin im März wird in der kommenden Saison mit dem renommierten Thalia-Theater gearbeitet: Neben



Michel Houellebecqs *Les particules élémentaires* inszeniert von Julien Gosselin

Zum Programm des Grand Théâtre in der kommenden Spielsaison 2017/18

der *Dreigroschenoper* inszeniert Luk Perceval das *Zola Marathon*. Dabei handelt es sich um eine Trilogie mit den Untertiteln „Liebe“, „Geld“, „Hunger“, die jeweils auf mehrere Prosa-Texte des französischen Naturalisten gründen. Sämtliche Episoden stehen am 11. März auf dem Programm.

Aus hiesiger Perspektive ist im Thalia-Paket jedoch von besonderem Interesse, dass es den begnadeten Darsteller André Jung gemeinsam mit Barbara Nüsse in Alvis Hermanis' Inszenierung von *Späte Nachbarn* mit Texten von Isaac B. Singer ins Großherzogtum zieht. Schließen wollen wir mit Henrik Ibsens *Gespenster* im April. Johannes Zametzer steht ein kraftvolles Schauspielensemble mit Steve Karier, Luc Schiltz und Anouk Wagener zur Verfügung. Diese luxemburgische „production en création“ über den Zerfall einer Familie in Anbetracht überholter sozialer Konventionen gehört zu den stärksten Werken des norwegischen Dramatikers.

Weitere Informationen zu Inhalt und Kartenkauf sind der Internetseite www.theatres.lu und dem aktuellen Programmheft zu entnehmen

STIL

Coeur de loup (de mer)

Fabien Rodrigues

Si Steinfort n'avait déjà plus à faire ses preuves en matière de bonne table, c'était sans compter sur l'arrivée du jeune chef Mathieu Van Wetteren et de son Apdikt au printemps dernier... Esprit libre, épicurien et avide de sensations fortes, le belgo-luxembourgeois a ainsi pris ses pénates dans l'ancienne pharmacie de la rue principale du bourg en respectant l'héritage du lieu tout en défaisant à loisir les codes de la cuisine traditionnelle...

S'il respire aujourd'hui une sérénité joyeusement insolente – ou l'inverse – le chef Van Wetteren a eu l'adolescence cabossée qui font les caractères bien trempés. Originaire d'Ingeldorf, il étudie à Diekirch jusqu'à ses quinze ans, âge auquel il doit affronter un drame familial lourd : « Le suicide de mon père m'a détruit, je ne voyais aucun sens à ce que je faisais chaque jour ». Après un renvoi et une période que l'on imagine bien difficile, c'est finalement à l'École Hôtelière de Namur que le jeune homme de l'époque reprend pied, notamment grâce à un stage à Nadrin au sein de ce qu'il considérera par la suite comme une véritable seconde famille... Il roule ensuite sa bosse dans plusieurs établissements étoilés en Forêt Noire et en Belgique, notamment à l'Héliport à Liège et au Sea Grill de Bruxelles, deux étoiles au Michelin, au sein duquel il parvient à la position de sous-chef à vingt-cinq ans à peine.

Celui qui cuisine « certainement par amour, beaucoup moins pour l'argent », décide alors cependant de revenir au Grand-Duché pour travailler en famille au Pall Center d'Oberpallen. Après trois ans de collaboration, Mathieu Van Watteren reprend le chemin des cuisines les plus en vues et rejoint l'équipe du très, très couru The Jane à Anvers. Toutefois, après quelques mois, l'envie qui lui trotte depuis toujours dans un coin de la tête se confirme, tant personnellement que par son entourage professionnel : Il est temps pour le « pirate » d'avoir son propre navire ! Et ce dernier se trouvera à Luxembourg quoi qu'il arrive, tant pour des raisons financières que par désir propre : « J'aime ce qui se passe ici en ce moment, avec des restaurants comme Ma Langue Sourit ou en encore La Distillerie au Château de Bourglinster et son chef René Mathieu qui est tout à fait ouvert à partager son savoir-faire et son expérience avec la nouvelle génération ». Dans cette ancienne pharmacie, tout correspondait à la façon dont Mathieu avait envie de travailler : sa cuisine, c'est un peu de la pharmacie moderne, la chimie en moins, tout en naturel, près des gens qu'il aime et de ceux qu'il rencontre au quotidien. On retrouve d'ailleurs tout cela à l'intérieur de l'Apdikt : du confort, de l'élégance, de l'authenticité mais aussi un certain parfum de baroudeur et pas mal de rock'n'roll...

Cette image du pirate-rockeur, le jeune chef la cultive d'ailleurs avec plaisir et amusement, tout d'abord par son look très soigné – barbe rousse taillée au millimètre, tatouages et cheveux plaqués en arrière – mais aussi dans les métaphores qu'il a visiblement l'habitude de manier : « Des fois je me dis que j'ai envie de remplir des stades avec des gros sons sur ma guitare, des fois je me plais bien à m'imaginer capitaine pirate, avec mes matelots fiers de voguer avec moi ».

Mais au final c'est pour lui-même qu'il se donne à fond : Van Wetteren fonce tout droit, la tête en avant, avec en ligne de mire ce qui est le mieux pour lui. Le « star system » de la scène culinaire internationale, promu plus que jamais grâce à des superproductions comme le Chef's Table de *Net-*

flix : il n'en a que faire. La concurrence que l'on pourrait considérer comme farouche dans une ville aussi petite que Steinfort : ce n'en est pas une. Tout ce qui lui importe, c'est se démarquer par son audace et sa fraîcheur, de pair avec celle de ses produits ; et tout cela semble marcher puisqu'à peine quatre mois après son ouverture, le tout

Luxembourg semble se ruer chaque soir à l'Apdikt pour déguster le Turbot Kombu (avec une marinade d'algues éponymes et un travail du poisson inspiré par le Japon) et les autres voyages gustatifs que le jeune chef concocte aux fourneaux de sa cuisine ouverte et entouré de son équipe cent pour cent féminine...

Enfin, si Mathieu Van Wetteren s'accorde quelques semaines de vacances pleines de soleil et de parachute jusqu'au 17 août, il est à parier que ce n'est que pour revenir avec encore plus d'idées en tête, d'envie dans les mains et d'étincelles dans le cœur...

Apdikt, 3, rue des Martyrs à Steinfort, www.apdikt.eu



Mathieu Van Wetteren

L'endroit



Un des manques les plus regrettables en notre capitale est le choix limité d'hôtels, voire l'absence quasi totale de boutique-hôtels. Le nombre d'habitants augmente par dizaines de milliers, celui des lits disponibles aux visiteurs stagne. Il n'est donc pas étonnant, lorsqu'on jette un œil sur le site de Airbnb, de constater que l'offre nationale y est florissante. Mais au niveau de l'état comme de la déco de ces habitations court terme, nombreux sont celles qui ne font pas honneur à l'image d'un pays qui vit dans le surplus. Parmi cette offre de tout et de rien, on est donc content de pouvoir recommander de petits bijoux comme celui de Natasha & Serge, couple franco-russe, situé au beau milieu du plateau du Rham. Avec ses deux chambres de 45 m², dont chacune occupe un étage entier plus salle de bain, sa cuisine, son salon et sa salle à manger au rez-de-chaussée, le tout dans un look agréable et aéré, mi-vintage, mi-contemporain, elle offre le panorama et le confort nécessaires pour une belle exploration de la ville, en commençant par le Grund ou Clausen. Les proprios offrent, à part leurs conseils, des mignardises nationales aux locataires. Cerise sur le gâteau : lorsqu'on ne loue qu'une chambre, la seconde reste libre, histoire de ne pas mettre le ou les occupants mal à l'aise : www.panorhama.com. GD

L'endroit

Voici une taverne italienne dont le patron discret ne semble pas friand de communication. Nous n'aurions découvert son existence sur le blog goguettetrotter.com, quelle nous serait sans doute restée cachée. Il est vrai qu'avec uniquement vingt sièges, pas besoin de tirer la sonnette d'alarme, surtout quand la cuisine est excellente. Et elle l'est, au **Al Grappolo** (photo : GD), endroit simple mais lumineux grâce à deux grandes fenêtres qui faisaient auparavant partie d'un salon de coiffure. Situé à un angle calme des rues Adolphe Fischer et Michel Rodange, le Grappolo semble vite être devenu une auberge de proximité dans laquelle les riverains se sentent à l'aise. Il y a ceux qui passent juste pour l'apéro et les plus gourmands qui viennent pour se régaler d'un des quatre plats uniques proposés sur une ardoise à midi et le soir. Le proprio avoue que ses pâtes sont importées d'Italie alors que nous pensions déguster des linguine faites maison. Au moins s'approvisionne-t-il chez les meilleurs fournisseurs et le jus qui accompagne les *vongole* ou la sauce tomate qui nappe les ravioles aux champignons sont de toute fraîcheur. Au niveau des vins, bonnes suggestions au verre, tel un Montepulciano à 6,50 euros. Nous y avons même eu la preuve qu'un excellent rosé ne doit pas forcément être clair. À découvrir. Réservations : 671 106 803. GD

